CONTRASTE

Zeitung für Selbstverwaltung

P 8008 E Vertrieb: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20 6900 Heidelberg 1 Nr. 58/59 Jahrgang 6 Juli/August '89 3.00 DM

Leinen los für das Traumschiff Projektemesse!

Bericht vom Kasseler Treffen zum „Ende der Eiszeit"

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Red. Berlin Es war wenig mehr als ein Elferrat, der sich am 1.7. in Kassel versammelt hatte, um eine europäische Projektemesse zu planen. Aber die Bandbreite der politischen Gewichte war schon beträchtlich, die sich auf dem luftigen Balkon des Offenen Wohnzimmers in Kassel drängelte, als ein Rolf Schwendter mit dem Unkenruf „Gleich stürzt er ab!" auch noch ins Freie trat. Vertreten, oder zumindest beobachtend anwesend, war es, das Spektrum der Selbstverwaltungsszene in seiner qualitativen Präsenz: Menschen aus großen und kleinen Projekten und Netzwerken, von zwei Branchenverbänden, Ökobank-Beiräte und Ökonovia zusammen mit CONTRASTE.

Fortsetzung Seite 2

Thema: Gegenöffentlichkeit

Europa gegen den Strom: „Es gibt keine Einheit" Festival der linken, radikalen Meinungsträger in Amsterdam

Torschlußpanik ALO-Zeitung in BaWü — Seite 3

Das „Vorwärts"-Team schreibt jetzt Bewerbungen — Seite 4

Die taz, der Staat und das Geld — Seite 5

Keine Zeit für Bescheidenheit

Rot-GRÜNE Modernisierer ohne gesamtwirtschaftliches Konzept/Gewerbehof ohne Boden unter den Füßen/Berichte aus Frankfurt

Red. Rhein/Main Die rot-GRÜNE Koalition bot schon einmal wichtigen Gesprächsstoff innerhalb der hessischen Selbstverwaltungsszene. Damals tat sich der „7-Millionen-Hessenknete-Topf" auf und erfreute kurzfristig die selbstverwalteten Gemüter. Und obwohl eine Aufarbeitung der Erfahrungen mit besagtem Topf noch aussteht, bahnt sich diesmal eine ganz andere Diskussion an.

Peter Bartelheimer von der Landesarbeitsgemeinschaft Wirtschaft der hessischen GRÜNEN fragt sich, ob es den GRÜNEN tatsächlich noch um den Umbau der Gesellschaft oder lediglich um eine ökologische Modernisierung des Kapitalismus geht. Zudem sieht er die Chance, daß GRÜNE Wirtschaftsprogrammatik dadurch lebendig wird, daß sie von Praktikern des Umbaus mitgestaltet wird und – andersherum – die Selbstverwaltungswirtschaft wieder in unseren Parlamenten vertreten ist. (Eine eigens zu diesem Zwecke gegründete Arbeitsgruppe wird ihr Ergebnis in einer der nächsten CONTRASTE-Ausgaben zur Diskussion vorlegen.)

Eine ganz praktische Aufgabe stellt eine Gruppe von Betrieben und Projekten aus Frankfurt den rot- GRÜNEN. „Gebt der Zukunft ein Zuhause!", fordern sie in ihrem Flugblatt. Gemeint ist damit ein Gelände in Frankfurt für ein selbstverwaltetes Ökozentrum.

Fortsetzung Seite 6

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Betriebsübernahmen

Einen Überblick über Betriebsfortführungen in Belegschaftshand in der BRD gibt Rainer Duhm mit Vorstellung einer Studie, die durch die Angestelltenkammer Bremen erstellt wurde, auf den **Seiten 8/9.** Eigentlich als Schwerpunktthema geplant, war es der ehrenamtlich arbeitenden Redaktion Rhein/-Main aber nicht möglich, dieses Thema rechtzeitig zum Redaktionsschluß abzuschließen. In unserer Oktober-Ausgabe werden wir diesem Thema nochmals drei Seiten widmen.

Frauen in Gewerbehöfen

Petra Schallhöfer interviewte während des Treffens des Netzwerks „Frauen in örtlichen Beschäftigungsinitiativen" Mitarbeiterinnen von Frauenstadthaus Bremen, der Köln-Ehrenfelder Bau- und Produktionsgenossenschaft und des Gründerinnenzentrums Berlin über Pläne und Entwicklungsstand der Projekte.

Cash-Coop Hessen

Kooperation bei Finanzierungsproblemen, um die alternativen Finanzierungsströme leichter steuern und und koordinieren zu können, hat sich das neueste Kind des hessischen AK Finanzierung mit seinen derzeit ca. 220 Mitgliedern zum Ziel gesetzt.

Seite 6

Neuformulierung des Gemeinnützigkeitsrechts

Der Entwurf der Regierungskoalition zur Novellierung des Gemeinnützigkeitsrecht ist nach Auffassung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Netzwerke ein weiterer Schritt in die Zwei-Drittel-Gesellschaft und ergänzt sich auf wundersame Weise mit den neuen ABM-Richtlinien.

Seite 7

Seite 10

3,4% Wirtschaftswachstum 1988

Ein Grund zum Feiern oder zur Besinnung? Ein Beitrag von Helmut Creutz auf

Seite 14

Außerdem in dieser Ausgabe:

Körnerecke

Die Guten ins Töpfchen die Schlechten ins ...? Birgit Röhrs

Die Ladenszene organisiert sich Herrmann Cropp

Die BAG der Lebensmittelkooperativen — Seite 11

Food Coops und Naturkost e.V. — Seite 12

Genossenschaften

Die unbekannte Kapitalbeteiligung Gesetzliche Vermögensbildung in Genossenschaften — Seite 13

Leinen los für das Traumschiff Projektemesse!

Bericht vom Kasseler Treffen zum „Ende der Eiszeit"

Kurt Regenauer

Das Ende der Eiszeit wurde geprobt und geplant. „On the rocks" serviert, zierten dank kluger Moderationstechniken Erwartungen und Befürchtungen der TeilnehmerInnen zum Messeprojekt gleich drei große Wandzeitungen. Einwände und Vorschläge wurden ausgetauscht: Ergebnis ist ein international zu verbreitender Aufruf zu einer Europäischen Projektemesse, der verschiedensprachig gedruckt und vertrieben werden soll. Immer weitere UnterstützerInnenkreise sollen angesprochen werden und/-oder ihre Einwilligung, den Aufruf mitzuvertreten und -verbreiten, direkt (und möglichst umgehend) bei CONTRASTE in Heidelberg (06221-1 34 02) bekanntgeben.

Die Multiplikation der Messe-Idee

Organisiert wurde somit eine Multiplikation, aber auch eine Konkretisierung der Ideen zu einer Europäischen Projektemesse. Alsbald entstand das Bild eines großen Verteilers, der mit dem Aufruf und einem Fragenkatalog angeschrieben werden soll. Reaktionen sollen ausgewertet werden. Welche Erwartungen und Vorschläge werden die Antwortenden haben? Wie weit kann ihre Unterstützung und Teilnahme gehen?

Somit wird eine Wechselwirkung zwischen Verbreitung und Fortentwicklung einer Projektskizzierung, was denn nun genau 1991 in Westberlin stattfinden soll und kann, angestrebt. So steckte das Kasseler Treffen den Rahmen der Veranstaltung **Ende der Eiszeit** auch bewußt ungenau und lediglich in Abgrenzung zu dem, was es nicht werden soll, ab: Gewünscht war weder nur eine Veranstaltung mit interner Mobilisierung (Bspl. Wintertage), aber keineswegs auch etwas wie ein „alternativer Kirchentag".

Eine Planungsgruppe will bereits im Juli vor Ort in Westberlin die Arbeit aufnehmen (Kontakt über Friedel Rohde, **Fairsicherungsbüro**, Schulenburgring 130, 1000 Berlin 42 (Tel.: 030-785 00 00). Und diese Gruppe wird nicht zuletzt auch durch das feedback der zügig in den nächsten Wochen durchgeführten Verschickungsaktion erfahren, wieweit sie lediglich als Aktionskommando 30.Februar fungiert oder als Initiative zur Skizzierung einer solchen Großveranstaltung auf „dem Reißbrett" tatsächlich Erfolge verzeichnen wird. Alternative Brainstormings wurden auch aus Kassel und Frankfurt, dort auf einem „Phantasieabend", angekündigt. Kontakte zur Bildung eines internationalen Beirats sollen ermöglicht werden, Themen- und Personenvorschläge ausgeknobelt und angebandelt werden. In den alternativen think-tanks wird es hoch hergehen...

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Kommunikation durch Messezeitung

Den hierfür notwendigen Austausch von Ansichten und Absichten soll – zumindest für den deutschsprachigen Raum – CONTRASTE weiterhin gewährleisten. Eine Messezeitung wird entstehen, die wahlweise in CONTRASTE oder solo bezogen werden kann.

In Kassel war Mensch sich jedoch einig, daß ein Zeitungsabo für **CONTRASTE** Verschickungsaufwand und -kosten in jedem Fall erheblich reduzieren. Dies nicht nur, weil Gebühren der Post auf diese Weise zu Lasten wirklich Interessierter gehen, sondern vor allem auch, um den niedrigstmöglichen Gebührensatz von Schwarz-Schilling nutzbar zu machen: Das ist der Postzeitungsvertrieb. Lediglich das erste Anschreiben mit Aufruf und Fragebogen soll für Deutschsprechende als Drucksache verschickt werden – mit Werbung für ein 3 Monate – Messe – Schnupper – Abo der CONTRASTE inklusive Messezeitung. Auf Wunsch ist diese aber auch ohne Zeitungsmantel als Einzelbroschüre und (wesentlich teurere) Massendrucksache zu beziehen.

Auf diese Weise wird es allen Interessierten möglich, sich während oder nach dem Sommerloch einzuklinken oder sich zumindest zu informieren. Am 14.Oktober kann dann auf einer größeren Veranstaltung in der Krebsmühle, Frankfurt, die inzwischen veröffentlichte und (in der Zeitung) „andiskutierte" Projekteskizze der Planungsgruppe in Westberlin genauer vorgestellt werden. Auch wären dort verbindlicherere Festlegungen zu Arbeitsstrukturen und weiteren Zeiplänen zu treffen.

Und wer soll das bezahlen...

Postverschickungen in dieser Dimension verursachen erhebliche Kosten. Erfreulich war daher der spontane Entschluß diverser auf dem Kasseler Treffen vertretener Vereine, für diese Porti zu spenden oder die Verschickung selber zu übernehmen.

Aber auch bisher entstanden schon erhebliche Reisekosten und Sachaufwendungen, die nur durch Kredite und Zuschüsse befreundeter Vereine, Verbände, Organisationen und Personen abgedeckt werden konnten. Der Anschub einer öffentlichen Finanzierung erweist sich auf diese Weise auch als ein finanzieller Kraftakt, bei dem CONTRASTE e.V. auf Unterstützung angewiesen ist.

CONTRASTE richtet daher ab sofort ein Sonderkonto bei der Ökobank ein, um Spenden und Finanzierungen für die Projektemesse entgegennehmen zu können. Eine Veröffentlichung der Abrechnung dieses Sonderkontos in der Messezeitung versteht sich von selbst...

Sonderkonto
Projektemesse '91:
CONTRASTE e.V.
Ökobank e.G.
BLZ 500 901 00
Kto-Nr. 105 335 06

Aufruf Zur Europäischen Projektemesse

Ende der Eiszeit

Ende der Eiszeit ist eine Initiative verschiedener Personen und Gruppen der westdeutschen Alternativszene, eine Europäische Projektemesse im Mai 1991 in Westberlin zu veranstalten.

Unsere Situation in den Projekten ist gekennzeichnet von einer zahlenmäßigen Breite und Vielfältigkeit, einer zunehmenden Professionalisierung und Orientierung zu ökonomischer Stabilität. Diese Entwicklung wirft Fragen nach der Fortentwicklung selbstverwalteter Zusammenhänge auf. Die Aufbruchstimmung der 70er Jahre ist für viele Projekte und Personen einer Ernüchterung über unsere eigene gesellschaftliche Bedeutung gewichen.

Trotzdem bleiben unsere Ansprüche, anders d.h. selbstbestimmt zu arbeiten und zu leben, sowie Modelle und Alternativen gegen Umweltzerstörung und Armut zu suchen.

Wir wissen, daß diese Ansätze auch in anderen Ländern verfolgt werden und wollen in einen internationalen Dialog eintreten. Der Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft „von oben", ab 1992 im Rahmen des EG-Binnenmarktes, soll ein Prozeß „von unten" gegenübergestellt werden.

Wir sehen unsere Initiative im Zusammenhang mit verschiedenen ähnlichen internationalen Projekten des Jahres 1989:

- die MIR-Caravane startet im Mai 1989 in Moskau eine gesamteuropäische Kulturtournee mit 200 Aktivistinnen aus acht europäischen Ländern...
- Mitte Juli ist in Paris ein alternativer Weltwirtschaftsgipfel, der Fragen der „Dritten Welt", der Armut, der Umweltzerstörung und des Friedens behandelt...
- im August versammeln sich in der Provence VertreterInnen der freien Radios verschiedener europäischer Länder...
- noch weitere unabhängige, linke Medien treffen sich auf einem großen Festival im September in Amsterdam unter dem Motto „Europa gegen den Strom"...

Auch unsere Idee einer Europäischen Projektemesse soll keine Veranstaltung im Sinne EG-Europas, sondern für ein „Europa der Regionen" werden. Über die Grenzen des EG-Binnenmarktes und Europas hinaus suchen wir Kontakt und Austausch im Sinne einer gemeinsamen Standortbestimmung.

Dabei ist uns bewußt, daß die Entwicklung von Gegenströmungen zum herrschenden Europa in den verschiedenen Ländern unterschiedlich ausgeprägt ist. Die **Europäische Projektemesse** wünschen wir uns daher als ein Forum, all dies in seiner ganzen Unterschiedlichkeit zusammenkommen zu lassen. Kontakte und Verbindungen sollen entstehen können z.B. zwischen neuen Kooperativen aus Osteuropa, westeuropäischen selbstverwalteten Betrieben und Projekten aus der „Dritten Welt".

Ende der Eiszeit als Motto der Projektemesse soll einen politischen Rahmen bilden, der einer internationalen Bewegung Raum bietet, die Selbstbestimmung und Selbstverwaltung fordert und praktizieren will.

Die Euroäische Projektemesse wird initiiert von **CONTRASTE** e.V., einem Verein für Selbstverwaltung und Ökologie, der die einzige deutschsprachige Zeitung für den Bereich der alternativen Projekte monatlich herausgibt. Im Herbst 1989 wird in Westberlin ein Koordinationsbüro zur Projektemesse eröffnet. Bis zu diesem Zeitpunkt ist Kontaktadresse:

CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
Tel.: (06221)1 34 02

Wir verstehen diesen Aufruf als Einladung zur inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung. Geplant ist auch die Berufung eines international besetzten Beirats.

Was dann wirklich 1991 in Westberlin stattfinden kann, ist auf diese Weise von einer breiten Beteiligung europäischer Projekte und Initiativen abhängig. Diskutiert den Aufruf in euren Zusammenhängen und meldet euch!

Waldemar Schindowski (Amsterdam), Ricarda Buch (Westberlin), Angelika Müller (Heidelberg), Kurt Regenauer (Netzwerk Franken), Robert F. Mayer (Unternehmensverband Riedmühle), Helmut Bonn (taz-Mitarbeiter), Gerhard Pomp (Contraste-Mitarbeiter), Friedel Rohde (Friedels Fairsicherungsbüro, Westberlin), Rolf Schwendter (Kassel/Wien), Petra Inden (Krebsmühle), Karl Bergmann (Krebsmühle), Gerd Behrens (Berlin), Hans-Jürgen Kapust (Düsseldorf), Regina Engel (Contraste Red. Kassel), Benita und Manuel Joswig-Costa (Kassel), Dieter Poschen (Red. Heidelberg)

Weitere UnterzeichnerInnen bitte umgehend in Heidelberg telefonisch durchgeben

Reise nach Europa

Sabine Joswig

Red. Heidelberg Der berüchtigte CONTRASTE-Reisekader besuchte Italien und knüpfte die ersten Kontakte mit der Bold-Machine, einem selbstverwalteten Druckereikollektiv in Bologna, um die Werbetrommel für das Ende der Eiszeit zu rühren. Folgender Beitrag beschreibt Eindrücke einer Reise nach Europa.

Strategisch günstig liegen die Städte der Toskana auf den Kuppen der Berge. Es war schließlich schon immer wichtiger, Siedlungen dort zu planen, wo der Landbesitz überwacht werden kann; nicht etwa dort wo Wasser und Platz, was das Leben angenehmer machen würde, wären. Von einem dieser Städtchen kommend fahren wir gemütlich bergab. An der Ampel sind sie hinter uns im blauen Alfa Romeo, ausgestattet mit MP und Funkgerät, herausgeputzt wie Hähne in blau mit weissem Lederkoppel. Sie halten uns an, salutieren dumm wie eh und je:„Ich bin nichts, ich kann nichts, gebt mir eine Uniform!" – europaweit die gleiche Lächerlichkeit. Unser Vergehen: wir präsentieren kein "D" am Auto. "D" – für Deutschland, nicht etwa "BRD", aber die Bildzeitung, das Nationalorgan, schreibt schließlich auch immer noch "DDR" in Anführungsstrichen.

Porca Miseria

Carabinieri, deren Existenz in Italien vor jeder Ortschaft auf Schildern angekündigt wird, die mindestens doppelt so groß wie die regulären Ortsschilder sind, als erste Gemeinsamkeit in Europa. Denn:..."Tag und Nacht woll'n sie bei Dir sein die Polizei-ei-ei" (Extrabreit).

Will ich die italienischen Bars besuchen mit espresso, gelati und vino rosso tue ich es ausschließlich mit der einen Hälfte der Menschheit – jenen, die ein kleines Stückchen Haut und Fleisch zwischen ihren Oberschenkeln auszeichnet. Gehe ich auch noch alleine – welche Provokation – dorthin, bildet sich selbst der vergreiste Herr am Nebentisch ein, ich säße einzig und alleine dort, um ihn in mein Touristinnenbett zu verschleppen. Neben dem Europa des „Überwachen und Strafen" finden wir das Europa der Männerherrschaft. Ein Blick in Zeitungen und das Europa der Banken, des Kapitals, der Chemiekonzerne... (und so weiter bis zum bitteren Ende. Amen) winkt uns hinter jeder ach so idyllischen Ecke im heiligen Land Italia.

Aufbruch

Nichtsdestotrotz gibt es imme noch Gespenster in Europa. CONTRASTE machte sich auf, einige davon zu besuchen. Ein Ex-Weltenbummler und Selbstverwalter, dessen Lay-out-Fähigkeiten in dieser Ausgabe zu bewundern sind, kennt ein Druckereikollektiv in Bologna. Dort gibt es ein Fest. Das Lay-out-Team, die Endredaktion und die Werbeabteilung starten zum Betriebsausflug in den Süden.

Zwei Autos, ein Kasten Bier, ein Vertreter der schweizerischen Bergvölker und der Auf-

Fortsetzung Seite 12

Europa gegen den Strom:

„Es gibt keine Einheit“

Red. Amsterdam Seit einigen Jahren zirkuliert in den Köpfen der MacherInnen aus dem Umfeld des Amsterdamer Buchladens „Fort von Sjakoo“ die Idee eines europäischen Festivals. Nach jahrelangen Vorbereitungen ist es im September dieses Jahres endlich soweit. Drei Tage, vom 15. bis 17. September, werden sich im Herzen von Amsterdam, im früheren Börsengebäude „De Beurs van Berlage“, mehrere hundert alternative/radikale Verlage, Zeitschriften, Radios, Cassetten-Produzenten etc. der breiten Öffentlichkeit vorstellen. Zusätzlich sind vier themenbezogene Ausstellungen vom 12. bis 23. September geplant (siehe Kasten, Seite 16). Das Festival „Europa gegen dem Strom“ findet zu einem Zeitpunkt statt, wo viele vollmundig von Europa reden und auf Europa 1992 starren. Von Daimler Benz über die Grünen bis zu den selbsternannten alternativen Lobbyisten, alle sitzen sie in den Startlöchern und warten auf den Startschuß.
Unterhalb oder daneben existiert ein Europa, das man nicht leicht fassen kann: Kommunen in Spanien (s. auch CONTRASTE, Februar '89), spirituelle Gemeinschaften in Wales, illegale deutsche Zeitschriften z.B. „Radikal“, abwechselnd in Zürich, Kopenhagen und jetzt Amsterdam. Über die Hintergründe und Erwartungen an das Festival sprach CONTRASTE mit den beiden Mitarbeitern Erik Nieuwendijk und Eef Vermeij.

Waldemar Schindowski

CONTRASTE: Wie ist die Idee zu diesem Festival „Europa gegen den Strom“ entstanden?

Eef und Erik: Die erste Idee zu diesem Festival kam 1986, weil es damals auf der Frankfurter Buchmesse keine Gegenbuchmesse mehr gab, und wir vom Amsterdamer Buchladen „Fort van Sjakoo“ dies als einen Mangel enpfunden haben. Auf der Heimreise haben wir uns gedacht, na gut, warum organisieren wir nicht selbst so etwas. Unsere erste Idee war eine Messe nur für Holland zu machen. Aber bald haben wir uns überlegt, warum so provinziell, nur auf Holland beschränkt. Dann machen wir das gleiche wie die Gegenbuchmesse, die den deutschsprachigen Raum umfaßte, oder wie „Anarchy Fair“ in London, die nur auf die englische Sprache und das anarchistische Spektrum orientiert ist. Unser Konzept entwickelte sich dann in Richtung auf eine europäische Messe, wobei die inhaltliche Breite Anarchisten, Ökologiebewegung, Frauen usw. umfassen sollte. Hinzu kam, daß wir uns gedacht haben, wenn die Leute schon drei Tage zur Messe kommen, dann können wir noch einige andere Dinge organisieren. Es sollten auch Ausstellungen gezeigt werden, Radio und Fernsehen und verschiedene andere Sachen.

Stichwort Europa '92. Was mir im Zusammenhang mit dem Festival „Europa gegen den Strom“ einfällt: Zur Zeit versuchen verschiedene Städte – Paris, Berlin, London, die grossen Metropolen – sich ein europäisches Gesicht zu geben. Will sich Amsterdam mit dem Festival in diesem Orchester einklinken?

Unsere Idee haben wir entwickelt, als von Europa '92 überhaupt noch keine Rede war. Das ist eigentlich unser Pech, weil ziemlich viele Leute uns fragen, ob Europa '92 unsere Inspiration war, und wir uns gegen das offiziele Europa '92 stellen wollen. Man kann zugespitzt sagen, daß uns Europa '92 überhaupt nicht interessiert. Wir wollen ein „anderes“ Europa vorstellen. Für all diese Gruppen, die wir im September eingeladen haben, gibt es eigentlich gar kein Podium, wo man sich austauschen kann. Das Europa '92 ist auf Metropolen ausgerichtet und neben diesen Zentren verschwinden die restlichen Regionen. Und was wir versuchen, ist die Verschiedenheit von Europa vorzustellen, nicht nur Mitteleuropa.

Es ist aber doch so, daß zur Zeit ein Europa-Gefühl aufkommt, das zum Beispiel in der Zeitschrift „Lettre“ gepredigt wird. Das von einem Europa ausgegangen wird, was vielleicht so gar nicht existiert. Nach dem Motto „wir sind wieder wer“: Da gibt es die Russen, die Amerikaner und jetzt daneben das kleine oder auch je nach Blickwinkel das große Europa und zum Schluß auch noch das Europa von unten, das Europa der Freaks.

Vielleicht ist in unserem Bewußtsein so etwas dabei, daß wir in diese neue Europa-Welle hinein passen, aber dies ist nicht unsere Intention. Ich glaube, daß jede Gruppe z.B. „Lettre“ andere Vorstellungen und Erwartungen von Europa hat. Die Regionalbewegungen in Europa sagen auch, daß sie hoffen, daß in Europa mehr Raum für ihre Entwicklungen geschaffen wird. Dies ist ein Argument gegen den Staat, gegen den Nationalstaat. Was damit verbunden ist, ist die Hoffnung auf mehr Freiheit. Für jede Gruppe gibt es andere Motive, um den Begriff Europa zu füllen. Das Problem ist auch, wenn über Europa geredet wird, meint man meistens Westeuropa, oder die EG. Es ist natürlich so, daß seit in paar Jahren, seit diesem Artikel von Milan Kundera über Zentraleuropa, die Diskussion wieder aufgekommen ist: Was ist eigentlich Europa oder Mitteleuropa, was gehört dazu und was nicht? Gibt es eine gesamteuropäische Kultur, gehört Russland dazu oder nicht? In dieser Diskussion können wir uns schon wiederfinden und unser Ansatz ist praktisch, die regionalen und inhaltlichen Gruppen darzustellen. Aber eigentlich gibt es kein gemeinsames Europa. Man merkt dies bei der Grenzüberschreitung, daß man in einer anderen Welt ist, es gibt keine Einheit.

Ihr wollt also die Verschiedenheit darstellen?

Das ist unser erstes Ziel, die Darstellung all dieser verschiedenen Gruppen, Initiativen. Wenn von daher sich eine engere Zusammenarbeit entwickelt, daß z.B. andere Projekte aus diesem Festival heraus geboren werden, dann freut uns das natürlich. Als langfristiges Projekt können wir uns vorstellen, daß Netzwerke von zentralen Kommunikationsstätten wie Buchläden etc. entstehen. Erster konkreter Ansatzpunkt davon soll der zum Festival fertiggestellte Katalog sein, wo Leute aus Frankreich sich informieren können, wo sie z. B.in Berlin Leute treffen können. Die zweite Initiative die läuft, ist für unabhängige Cassetten-Labels, wo eine bessere Verbreitung der Cassetten über die Ländergrenzen hinaus passieren soll. Wir merken jetzt schon aus der Reaktion von Leuten aus anderen europäischen Ländern, daß solche Vorstellungen in vielen Köpfen herumschwirren. Das schöne bei diesem Festival ist, daß wir nicht eine ganz genaue inhaltliche Vorstellung von dem haben, was hier im September passieren soll. Wir stellen ein Gerüst zur Verfügung, wobei die Leute dieses Gerüst füllen müssten. Die Anarchisten denken, dies wird eine anarchistische Messe, die Ökos denken, sie treffen hier alle Ökobewegungen aus anderen Ländern. So gibt es mehrere Vorstellungen über das, was hier im September stattfinden soll. Wir wollen das auch so offen organisieren, daß es Raum gibt für Gruppen, wie z.B. die Idee einer Buchhandlung aus Den Haag, ein Treffen von radikalen europäischen Zeitschriften zu machen. Da haben wir gesagt, okay wir machen die Struktur, die Leute kommen sowieso.

Und geplant ist, wenn es gut klappt, daß dann das Festival in den folgenden Jahren wieder stattfinden soll?

Ja, wir hoffen, daß es, wenn es den Leuten gut gefällt, in zwei Jahren in einer anderen europäischen Stadt wieder so eine Messe geben wird. Sei es in Berlin, Barcelona, Zürich, Oslo oder London.

Osteuropa soll ja bei diesem Festival einen großen Raum einnehmen.

Was wir erwarten sind kulturelle Gruppen, Künstler, Theater-, Musikgruppen, aber auch politische Initiativen aus der Ökologiebewegung und feministische Gruppen. Aus Jugoslawien auch spirituell angehauchte Gruppen. Aus Polen mehr kulturelle Zusammenhänge, die unabhängig vom Staat arbeiten. Dabei muß man jedoch beachten, daß die Trennung zwischen staatlichen und unabhängigen Organisationen nicht immer eindeutig zu ziehen ist. In Jugoslawien z.B. finden unter dem Dach der offiziellen Organisationen viele oppositionelle Gruppen Ruhe, um ihre Anliegen zu äußern und darzustellen.

Und aus der Sowjetunion selber?

Es hängt natürlich davon ab, was sich in den nächsten Monaten noch an Kontakten konkretisiert. Im Prinzip wollen wir Leute einladen, es hängt jedoch davon ab, ob wir hier Menschen finden, die dies gut finden und die Reise und die Unterkunft bezahlen. Das ist natürlich ein großes Problem für die meisten Leute aus Osteuropa, da sie kein Geld haben. Wir versuchen deshalb ein Art Reisefonds zu schaffen, damit die Teilnahme nicht daran scheitert.

Ich mach ja hier ein Interview für eine deutsche Zeitung. Wahrscheinlich werden auch viele Deutsche zum Festival kommen. Was für eine Vorstellung habt ihr eigentlich von der deutschen Szene?

Wir haben erst einmal 600 Adressen aus Westdeutschland. Was stellt man sich darunter vor? Ich denke, daß es in Holland ein relativ falsches Bild gibt über die Alternativbewegung in Deutschland. Die Vorstellung ist sehr geprägt von den Autonomen aus Deutschland und man denkt, daß die Situation dort ganz repressiv ist. Andererseits besteht vielleicht in Deutschland die Vorstellung das man hier in Holland alles machen kann.

Kontakt:
Stiftung Europa gegen den Strom
Jodenbeestraat 24
NL-1011 NK Amsterdam
Tel.: (0) 20-258979/272643
Fax.: (0) 20-203570

Zusätzlich können über die Datenbank „De Zwarte Ster“ (Der schwarze Stern) Neuigkeiten und Mitteilungen ausgetauscht werden. Tel.: (0) 10-4365200 baudrate 300 oder 1200; noparity; 8 bits; 1 top bit; E=N; Information in section (sig.) TRANSEUR

ALO-Zeitung in Baden-Württemberg:

Torschlußpanik

Arbeitslose von der Arbeitsverwaltung hingehalten und vertröstet

Red. Heidelberg Während an diesem Wochenende die erste Mini-Pressen-Messe, Pflichtmesse für alternative Zeitungen, in Mainz ihre Tore öffnete, schwitzten Projektleute einer landesweiten Arbeitslosen-Zeitung über Bilanzen und Finanzierungsplänen in einem tristen, viel zu engem Raum eines Hinterhauses in Leonberg. Wälzten Ordner und Gesetzeswerke und sinnierten über Antragsformulare und Richtlinien, um ihr sinkendes Schiff mit Hilfe des von der Bundesregierung neu aufgelegten Förderungsplanes für Langzeitarbeitslose wieder flott zu machen. Direkt betroffen sind ein Dutzend arbeitslose Verlagskaufleute, Journalisten, Lehrer, Handwerker, Grafiker und Jugendliche.

Nach Ablehnung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) für ihre Zeitung, bemühen sie sich um Spenden und Stiftungen, um über das Projekt doch noch zu einem Arbeitsplatz zu kommen.

Uwe Lenz

Bei der ALO-Zeitung Baden-Württemberg ist manches erstaunlich. Am meisten, daß es die Zeitung überhaupt gibt. Kein Verlagsbaron stellte das Kapital für die kühne Unternehmung; kein Geschäftsführer dirigierte die Redaktionskonferenzen. Anders als bei etablierten Zeitungs- Organen, konnten die zehn Projektleute weder auf Traditionelles noch bisher Existierendes zurückgreifen. Den Initiatoren war vor allem eines gemeinsam: soziales Engagement, langjährige Berufserfahrung und Arbeitslosigkeit. Dementsprechend sensibilisiert für Themen des Arbeitsmarktes, schlossen sie sich vor einem Jahr im Förderverein Mensch + Arbeit zusammen. Führten das Blatt innerhalb eines halben Jahres zum Erfolg. Bereits in der Erstausgabe wird die wichtigste Zielsetzung „Abbau von Informationsdefiziten“ umgesetzt. Neben Grundsatzartikeln zum Wert der Arbeit, kritischen Analysen, zu Initiativen aus der Arbeitsverwaltung und Modellen der Ministerien, finden sich auch ein „Sozialprotokoll“, Berichte von „Streetworkern“ und Selbsthilfegruppen, wie Pfarrer Arbeitslosen helfen sowie viele Geld-, Rechts- und Steuertips. „Kein Kampf – noch Verlautbarungsblatt. Auf der Suche nach Wahrheit gehen wir von der einzig für Verantwortung geltenden Idealform aus: dem Gewissen“, erläutert Jan Molander, Mitarbeiter in der ALO-Zeitungsredaktion. Ihm und den auf ganz Deutschland

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung

Torschlußpanik

verteilten Projektleuten bleibt der vielzitierte Vertrauensvorschuß nicht lange versagt. Und sie kämpfen schwer dafür. Mehr als 2000 ehrenamtliche Arbeitsstunden hat bisher jeder von ihnen investiert.

Allseits belächelt und mit unverhohlener Skepsis aufgenommen, findet das Blatt überraschend schnell seine Zielgruppe. Zur Jahreswende weist das Blatt eine intensive Leser-Blatt-Bindung, ähnlich den italienischen Verhältnissen, bei 11. 000 verkauften und gleichviel kostenlosen Exemplaren sowie 117 Abonnenten aus. Dennoch schwebt das Blatt heute noch im luftleeren Raum. Einzig die geduldete Nutzung eines Raums in Stuttgarts Römerstraße für Plenumssitzungen und Arbeitsgruppen und eine „fliegende" Redaktion in Leonberg steht den mittlerweile 47 Projektleuten zur Verfügung. Provisorien, die die Leser bisher unbesehen akzeptierten, dem Projektteam selbst umso mehr schadete. Eine von Anbeginn schwindsüchtige Kassenlage, nur kurzfristig durch Unterstützung von der Evangelischen Kirche saniert, zwingt die Projektleute, nach der dritten Ausgabe der ALO- Zeitung zunächst eine Pause einzulegen. Die Rechnung, das „bundesweit erste Journal in Form, Anspruch und Professionalität, in dem Betroffene für Betroffene schreiben", wie es Andreas Wagner von der „Heilbronner Stimme" formuliert, geht nicht auf. Handgestrickte Perfektion ohne Basis zur Realität? Jan Molander bestreitet es. Vermutet politische Zusammenhänge, daß das von ihnen frühzeitig auserkorene fördernde Klientel zunächst auf Distanz ging. Später eine Unterstützung ganz ablehnte, teils aus grundsätzlichen Überlegungen, teils weil sie aufgrund der 9. Novelle AfG selbst in die Krise geraten waren. Verzweifelte Versuche des Fördervereins, nur über Anzeigen die nicht unerheblichen Herstellungskosten in den Griff zu bekommen, scheiterten. Die Projektleute diskutierten und agierten andere Möglichkeitsformen. Stiftungen, Mäzenen aber auch Verlagen wird eine stille Teilhaberschaft offeriert; parallel dazu Anteilscheine ausgegeben. Ende Februar spitzt sich die Situation zu, da viele Projektleute spontan, da um ihren berechtigten Anspruch auf ABM gebracht, sich anderweitig orientieren. „Ohne finanzkräftigen Förderverein keine ABM-Unterstützung" wird lapidar seitens der Arbeitsverwaltung argumentiert.

Der Frust sitzt tief. Doch derweil die MacherInnen noch über Lösungen sinnieren, die Medien das Spektakel mit Hohn begleiten, hebt sich die Stimmung. Spätestens mit der März-Tagung der Evangelischen Akademie Bad Boll, die unter dem Titel „Konkurrenz der Habenichtse" läuft, wird allen Beteiligten klar, daß sie nicht die Resignierten auf dem großen Verschiebebahnhof der (derzeitigen) Arbeitsmarktpolitik sein wollen. „Mißstände dieser Politik, die – wie jeder weiß – mittlerweile Wahl- Publizität erreicht haben, müssen nicht nur diskutiert, sondern sachlich aufbereitet in der ALO-Zeitung veröffentlicht werden", sagt Jan Molander und betont: „Dazu sind wir geradezu verpflichtet!" Und dem Projektteam schwebt bereits eine Themenvielfalt für die – wenn's denn gut geht – Juli-Ausgabe vor, die nach ihrer Meinung zur Schlichtung der zur Zeit ausufernden Emotionen beitragen könnte. Erst kürzlich hätten einige von ihnen am eigenen Leibe erfahren, wie weit die unmenschliche aber politisch gewollte Spaltung sozial Schwacher bereits gediehen sei. Kommunen, dem Druck der Bundesregierung nicht mehr standhaltend, berichtet Molander, kündigten Erwerbslosen die Wohnung, um Aussiedlern das Nest zu wärmen. Was sich hier unter dem Deckmantel Rentenpolitik auf dem Arbeitsmarkt so auswirken würde, daß Aussiedler sich daraufhin Arbeitgebern mit Null- Arbeitsrechten andienen, buchstäblich aus Unkenntnis, grobem Versäumnis der Informationspflicht, bisher schwer erkämpfte Arbeitnehmerrechte unterwanderten.

Aussiedler, Asylbewerber und Erwerbslose im Strudel des sozialpolitischen Abgruppierungssystems – das kam auf der jüngsten Tagung in Bad Boll deutlich zum Ausdruck: „Haß und Futterneid unter Habenichtsen existiert nicht. Das ist eine Erfindung der Medien und der Politiker, die aus solchen Scheinkonflikten Kapital schlagen." Molander ist es noch unverständlich, wie man Millionen von Menschen derart hinter's Licht führen könne und ihm wird unwohl bei dem Gedanken: „Das hatten wir schon einmal".

Mundtot lassen sich die Projektleute nach eigenen Angaben noch lange nicht machen. Rechtzeitig haben sie sich ein Redaktionsstatut gegeben, das nicht nur ihre Unabhängigkeit schützen soll, sondern Befürwortern und LeserInnen des Blattes die vertretene publizistische Grundhaltung offenlegt. In dem Statut verpflichten sie sich zu einem „objektiven und demokratisch gestalteten Inhalt unter Ablehnung aller totalitären Bestrebungen... LeserInnen die Bildung einer eigenen Meinung ermöglichen". Überhaupt wird in diesem Blatt LeserInnen und MitmacherInnen viel Platz eingeräumt und bisher von Initiativen und Selbsthilfegruppen und allen „die was zu sagen haben", auch ausgiebig genutzt. Der Förderverein verfolgt damit zugleich eine weitere Zielsetzung seiner Konzeption: „Betroffene zu mehr Selbstverständnis und Eigeninitiative motivieren; sie aus der Isolation und Resignation herausreißen.

Bei einem Stand von mehr als zwei Millionen Arbeitslosen, wöchentlichen Werksschließungen oder Produktionsverlagerungen ins Ausland, Qualifizierungsoffensive und zunehmendem Verweis der Aufgaben der Arbeitsverwaltung an die Sozialämter, fällt es dem Projektteam nicht schwer, die „dringene Notwendigkeit des Blattes" zu erklären. Und es ist keineswegs daran zu zweifeln, daß ernsthaft versucht wird, das Blatt auch weiterhin am Leben zu halten. Notbehelfsschreibtische, ein komplettes Vertriebssystem und ein übersichtliches Archiv stehen dazu bereit. Zudem wurden, nach Angaben Molanders, „Kontakte zu Autoren, freien Journalisten, Informanten in kommunlaen Verwaltungsstellen, Gewerkschaften und Institutionen in den letzten Monaten intensiviert, so daß von einem Neubeginn eigentlich nicht die Rede sein kann; eher schon von einer Fortsetzung des Projekts." Dennoch, und da machen sich die Projektleute trotz Sinneswandels und gesteigertem Engagement nichts vor: „Ein hartes Stück Arbeit!". Ermögliche doch erst die magische Abonnentenzahl 5.000 eine kostendeckende Herausgabe, orakelte Molander, der ABM-geschädigt, keine Zeit mehr vertrödeln möchte. Wenn die ALO- Zeitung Baden-Württemberg bei dieser Ausgangsbasis weiter erscheinen sollte, wäre zumindest ein kleines Wunder perfekt.

Anzeige

links
SOZIALISTISCHE ZEITUNG

Die spätkapitalistische Gesellschaft ist die reichste und technisch fortgeschrittenste Gesellschaft in der Geschichte. Sie bietet — oder sollte bieten — die größten und realistischsten Möglichkeiten einer befriedeten und befreiten menschlichen Existenz. Und sie ist gleichzeitig die Gesellschaft, die diese Möglichkeiten der Befriedung und Befreiung auf sehr wirksame Weise unterdrückt. Diese Unterdrückung durchherrscht heute die Gesellschaft als Ganzes und kann daher nur aufgehoben werden durch eine radikale Veränderung der Struktur dieser Gesellschaft.

Herbert Marcuse

links, PF 10 20 62, 6050 Offenbach
Ich hätte gern ein
○ Probeheft / ○ Abonnement der *links*
Name:
Straße:
Ort:

Die Solidarität der Vielen hat nicht genützt – das „Vorwärts"-Team schreibt jetzt Bewerbungen

Red. Heidelberg Vorwärts und nicht vergessen: Die Solidarität – sie füllt vier pralle Aktenordner. Sympathieadressen erhielt das sozialdemokratische Wochenblatt in den letzten Wochen zu Hunderten, von Ortsvereinen und Gewerkschaften, von Prominenten und von kleinen Leuten wie Gerhard Sesshaft: *„Mein Großvater hat von 1884 bis 1888 als 'Roter Unhold' und Vorwärtsleser in Brandenburg unter dem Sozialistengesetz eingesessen"*, erinnert der Frankfurter Senior. *„Und jetzt das?"* Er bot an, einen Teil seiner kleinen Rente in eine mögliche „Vorwärts"- Genossenschaft einzubringen.

Thomas Schiller

Doch besser bestellte Sozialdemokraten wie Klaus von Dohnanyi, Anke Fuchs, Hans-Ulrich Klose und Erich Schumann konnten sich mit diesem Modell nicht anfreunden. In der „Vorwärts"-Komission des SPD-Vorstandes überstimmten sie Karin Junker und Rudolf Dressler und empfahlen die Vereinigung des 113jährigen Vorwärts mit dem braven „SM- Magazin". Erscheinungsweise: monatlich.

„Wir hatten lange nicht geglaubt, daß die so einen radikalen Schnitt mit uns machen", sagte „Vorwärts"-Dokumentaristin Ingrun Drechler. Seit Wochen sind die Ablage-Körbe auf ihrem Schreibtisch leer. Sie kommt, wie alle ihre Kollegen, nur noch für ein paar Stunden in ihr Büro. Einmal in der Woche sitzt die Redaktion noch um den großen Konferenztisch herum. Ihr Thema: Nicht die große Politik, sondern der Arbeitsmarkt für Journalisten. Das „Vorwärts"-Team schreibt keine Artikel mehr, sondern Bewerbungen. Die meisten Büros sind unbesetzt, die Schreibtische penibel aufgeräumt. Die Leuchtstifte, mit denen Chef vom Dienst Klemens Roloff Manuskripte bearbeitete, liegen in Reih' und Glied nebeneinander – der rote Stift links. Es ist Donnerstag. Normalerweise würde Roloff jetzt hektisch in den Nachbarraum rennen, wo die Seiten montiert werden, um die Texte und Bilder zu umbrechen, und Überschriften zu plazieren. Doch jetzt ist der Redaktionsbetrieb erlahmt. Nur das Summen des Fotokopierers erfüllt den Raum. Doch niemand kopiert. Vor vier Wochen wurde hier noch das Editorial von Chefredakteur Günter Verheugen geklebt. *„Fast 7000 neue Abonnentinnen und Abonnenten – vergebens"*, schrieb er und mahnte: *„Die Wochenpresse steht einigen wenigen Spitzenleuten offen. Oskar Lafontaine hat damit kein Problem, aber tausend andere haben eins."* Für Parteifunktionäre aus dem zweiten Glied stehen nicht die Zeilen von „Zeit" und „Spiegel" offen, für sie ist es oft schwierig genug, in die Regionalpresse zu kommen – besonders dort, wo nur noch eine einzige konservative Zeitung die Meinung macht. Doch dieses Argument war für „Vorwärts"-Komission und Parteispitze nicht ausschlaggebend, als der Vorstand am 14. April mit fünfzehn zu zehn Stimmen das „Aus" für den „Vorwärts" beschloß.

„Die Komission hielt es noch nicht einmal für nötig, zu einer ihrer Sitzungen unseren Chefredakteur hinzuzuziehen", klagt Dokumentaristin Ingrun Drechsler. Sie ist verbittert über die Art und Weise, wie die SPD ihre eigenen Arbeitsnehmer anhört.

Nach den ersten Streichungsplänen im Januar hat die Belegschaft begonnen zu kämpfen, tütete Werbebriefe an Freunde und Gönner ein, hoffte bis zum Schluß. Jetzt ist sie zermürbt. *„So ein Sterben über Wochen hat eine Wirkung, daß man sich hinterher nicht mehr wehren kann"*, resignierte Ingrun Drechsler.

Am härtesten getroffen hat es Redakteur Peter Martens. Er kam erst zum Jahresanfang zum „Vorwärts". Kurz vorher hatte sein früherer Arbeitgeber dichtgemacht – die DGB- Zeitung „Welt der Arbeit". Die Perspektiven für das „Vorwärts"-Team sind alles andere als rosarot. Es gibt zwar Angebote für Senatssprecher-Posten in Berlin. Auch eine fliegende Truppe für die SPD- Wahlkampf-„Zeitung am Sonntag" ist im Gespräch.

Drei neue Stellen soll es beim Mitgliedermagazin geben, das ab Juni acht Seiten dicker wird. Finanziert aus Anzeigen, soll das Heft weiterhin gratis einmal im Monat ins Haus flattern. Mit dem Namen „Vorwärts". Doch der Etikettenschwindel ist leicht zu durchschauen.

„Auch unsere treuesten Leser gehen uns jetzt verloren, wo wir endgültig nicht mehr erscheinen", erkennt Roloff.

Er blickt auf seine abgetakelte Pinnwand über seinem Schreibtisch – der Bezugsstoff ist schwarz. Während der Betriebsrat um einen Sozialplan kämpft und die Redaktion auf Ersatzarbeitsplätze oder Abfindungen wartet, gerät der „Vorwärts" langsam in Vergessenheit. Sie werden weniger, die Briefe der Solidarität.

(Aus „Kontrapunkt", Mitgliederzeitschrift der IG Medien, Nummer 11, Juni 1989)

Die TAZ, der Staat und das Geld

Red. Hamburg Zunächst argwöhnisch beobachtet vergibt die Lawaetz-Stiftung in Hamburg seit über zwei Jahren Kredite und Zuschüsse an selbstverwaltete Betriebe und soziale Projekte. (Vergl. CONTRASTE Dez. 87) Der Fink-Topf in Berlin, die Hessenknete, sie alle scheitern letztlich. In Hamburg hingegen saßen Netzwerk- und Behördenvertreter einträchtig im Vergabeausschuß, bis die TAZ einen Antrag stellte. Ein Lehrstück politischer Kleinkultur sollte sich daraus entwickeln.

Detlef Weiher

Freitag nachmittag 9. Juni 17 Uhr, das Telefon klingelt: „Er hat ihn unterschrieben!" Ein Aufatmen geht durch die noch in der Hamburger Chemnitzstrasse anwesenden TazlerInnen. „Ihn" ist in diesem Falle ein Darlehensvertrag zwischen der Lawaetz-Stiftung und der TAZ- Hamburg über eine 6-stellige Summe, „er" ist der Senator für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Ortwin Runde. Die Odyssee des TAZ-Antrages hatte ein Ende gefunden. Begonnen hatte es ein halbes Jahr vorher.

Selbständige Hamburg-TAZ

Die TAZ-Hamburg beschloß, sich von der großen Mutter in Berlin unabhängig zu machen, die Mutter gab ihren Segen und mit frischem Mut stellte die TAZ-Hamburg Verlagsgesellschaft mbH i. Gr. im Dezember letzten Jahres einen Antrag auf Förderung aus den Fonds für selbstverwaltete Betriebe. Alles wäre vielleicht ohne viel Aufhebens über die Bühne gegangen, schließlich ist die TAZ ein Betrieb mit expliziter Selbstverwaltung, wollte neue Arbeitsplätze schaffen und konnte ein Zahlenwerk vorlegen, das eine solide wirtschaftliche Basis für die nächsten Jahre versprach. Es hättc, ja, wenn nicht die TAZ HH nicht plötzlich der Teufel geritten hätte. Im Hamburg-Teil der Zeitung fand sich ein Artikel mit der Überschrift *„Staatsknete für die TAZ- Lawaetz-Stiftung fördert die TAZ mit Darlehen"*. Halb so schlimm, stünde der Artikel **nach** einer Entscheidung in der Zeitung. Die TAZ veröffentlichte ihn eine Woche **vorher,** bevor die beschließenden Ausschußmitglieder überhaupt die Unterlagen in den Händen hatten. Das ist schlechter Stil und – viel schlimmer – die der TAZ nicht so gut gesonnenen politischen Hunde wurden geweckt. Eine kleine Anfrage von CDU und FDP in der Bürgerschaft, dem Parlament der Freien Hansestadt; in der Presse stand tags darauf etwas von nicht verfassungsgemäßer Förderung von Presseorganen.

Art. 5 Grundgesetz

In dieser Atmosphäre entschied der Arbeitsausschuß der Stiftung nach langer Diskussion zwar positiv, wollte aber die Bedenken durch ein Gutachten eines namhaften Medienrechtlers ausräumen lassen. Und tatsächlich, es existieren Gerichtsurteile, die eine Förderung von Presseorganen durch den Staat ausschließen, um eine Beeinflussung der Berichterstattung zu verhindern. Der Gedanke leuchtet ein, bei näherer Betrachtung der Hamburger Tageszeitungslandschaft erscheint er jedoch absurd. Außer Springer-Blättern erscheint nur noch die Boulevard- Zeitung *Hamburger Morgenpost* und eben die kleine *TAZ*. Eine Förderung würde also der Pressevielfalt eher zu Gute kommen.

Unmittelbare Folge: Die endgültige Entscheidung ist um zwei Monate bis Ende Februar aufgeschoben. Die TAZ bezog derweil ohne finanzielle Absicherung neue Räume, übernahm aus Berlin Geräte für eine modernere Satz-Technik, stellte neue Leute ein.

Nur langsam sickerten Einzelheiten durch, Behördenvertreter sprachen von interessanten Aspekten und neuen Gedanken. Nach einiger Zeit ließ es sich nicht mehr zurückhalten, das Rechtsgutachten des Leiters des renommierten Hans-Bredow-Instituts, Prof. Hoffmann-Riehm, war zu 95% positiv, falls sich Ergebnisse juristischer Gutachten überhaupt in mathematischen Größen ausdrücken lassen. Es ging sogar soweit, daß es fast einen Rechtsanspruch für die TAZ auf Förderung formulierte. Denn es sei gerade Kennzeichen selbstverwalteter Betriebe, daß sie von öffentlichen Subventionen weitestgehend ausgeschlossen seien. Eine Nichtförderung aus einem Fond für selbstverwaltete Betriebe stelle praktisch eine Diskriminierung dar. Der Arbeitsausschuß, das Netzwerk und die TAZ erwarteten täglich den Zuwendungsbescheid.

Hindernislauf

Bis zu diesem Zeitpunkt konnte man das Verfahren noch logisch nachvollziehen. Jetzt begann es, wirklich **politisch** zu werden. Es zeigte sich, daß Politik in Hamburg zumindest nicht viel mit Rationalität zu tun hat. In Stichworten die weiteren Stationen auf der Tour d'Horizon durch die politischen Instanzen der Hansestadt:

Staatsrätin Frau Dr. Simon bittet die TAZ-Geschäftsführung zu sich. Ziel: Ausformulierung eines Vertrages zur stärkeren Trennung von Redaktion und Verlag auf der Basis des sog. „Zwei-Säulen-Modells". (Sozialdemokratisches Vorzeigemodell für die Konstruktion von gemeinnützigen Privat-Radios. Finanzstarke Anbieter ermöglichen den Sendebetrieb für ein Radio, ohne Einfluß auf das Programm ausüben zu können). Die TAZ läßt sich darauf ein.

Hamburger Netzwerk streikt

Senator Runde kann nicht entscheiden, da die **Senatskanzlei** rechtliche Bedenken geltend macht. Die Senatskanzlei ist direkt dem **ersten Bürgermeister Henning Voscherau** unterstellt. Voscherau werden keine großen Sympathien für die TAZ nachgesagt. TAZ-Anwalt Matthias N. formuliert einen neuen Kooperationsvertag. Die Geduld verließ inzwischen das Netzwerk. Anfang April zog es seine Vertreter aus dem Arbeitsausschuß der Lawaetz-Stiftung zurück. Unmittelbare Folge: Die Förderung liegt auf Eis, mehrere Projekte, die entscheidungsreif vorliegen, z.B. das Frauenprojekt BAFF, bekommen keine Mittel. Senator Runde bekundet schriftlich sein Interesse an der weiteren Mitarbeit des Hamburger Netzwerkes in der Stiftung.

Senatssitzung Anfang Mai, **Senator Runde** soll, wie aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen verlautet, den TAZ-Antrag **mündlich** vortragen, nachdem die Staatskanzlei keine offenkundigen Bedenken mehr hegt. Pressekonferenz danach: **Runde** hat nicht vorgetragen, es soll eine **schriftliche** Vorlage erstellt werden. Inoffiziell wird bekannt, daß der Sozialsenator sehr wohl vortrug, wenn auch ohne viel Engagement. Die rechten SPD'ler ergriffen erfreut die Gelegenheit, Hürden für die TAZ-Förderung aufzubauen. Neue Bedenken plagten die Entscheidungsträger. Was tun, wenn rechtsradikale Zeitungen auch gefördert werden wollten? Die früher geäußerte Befürchtung, Springer könnte eine Verfassungsklage starten, wird nicht mehr vernommen. Spekulationen gehen dahin, daß durch ein Scheitern des Antrages nicht nur der ungeliebten TAZ sondern auch gleichzeitig der Lawaetz-Stiftung eins ausgewischt werden soll. Schließlich hatte die Stiftung unbotmäßig ein heftiges Begehren des Ersten Bürgermeisters auf Abmahnung der Hafenstrasse verweigert. Eine peinliche Panne für die politische Spitze, die daraufhin der Stiftung die Verwaltung der Hafenstrasse-Häuser entzog.

Justiz- und **Finanzbehörde** bekommen den Vorgang zwecks Stellungnahme auf den Schreibtisch. Rein formal gesehen hat der Senat evoziert, d.h., er hat dem eigentlich zuständigen Sozialsenator das Entscheidungsrecht entzogen. Warscheinlich wollte Herr Runde von beginn an genau dies.

Senatssitzung 6. Juni, TOP: Taz. Die TAZ selbst hat mittlerweile ihr eigenes Schweigen zu diesen Vorgängen aufgegeben und berichtet. *Bild* und *Hamburger Abendblatt* hatten mehr oder weniger polemisch dazu berichtet. Heute mußte die Entscheidung fallen. Die Vorzeichen standen denkbar schlecht, eine Ablehnung war zu erwarten. Netzwerk und TAZ bereiteten fieberhaft eine Pressekonferenz vor, der Sekt war kaltgestellt und sollte den Tag nicht überleben. **Senatspressekonferenz**: Der Senat hat nicht **gegen** den TAZ-Antrag entschieden, sondern ihn wegen weiterer juristischer Bedenken an den Sozialsenator **zurücküberwiesen**. Zur Überraschung aller: Eine neue Runde für **Runde**.

Regieren auf Weltstadt-Niveau

Das Ergebnis ist bekannt, positiv letztendlich. Dazwischen lagen noch hektische Tage. Mit einem couragierteren Sozialsenator wäre das ganze Theater so nicht abgelaufen. Gleich nach Erstellung des Rechtsgutachtens hätte die Entscheidung fallen können. Der als Taktierer bekannte Runde versuchte sich hingegen abzusichern und lud damit SPD-Rechte zum Mitregieren ein. Letztlich mußte er doch selbst entscheiden.

Diese von außen kaum nachvollziehbaren Machtspielchen brachten das bisher erfolgreiche Modell der Förderung von selbstverwalteten Betrieben in Hamburg an den Rand des Scheiterns, erschwerten den Start der TAZ Hamburg und kosteten geschätzte M 50.000,-- . Die TAZ sollte aus politischen Gründen nicht gefördert werden, die wechselnden Einwände deuten darauf hin. Vielleicht nur durch Zufall gelang dies nicht. Daß eine Stadt, die sich selbst gern als Weltstadt sieht und gesehen werden möchte, nicht die Größe besitzt, eine sicherlich kritische und unbequeme Zeitung mit einer für die Maßstäbe der Wirtschaftsförderung geradezu lächerlichen Summe zu fördern (zum Vergleich, Phillips baut eine Chip-Fabrik, Hamburg ist mit 200 Millionen dabei), stellt der Regierung ein Armutszeugnis aus. Aber was ist schon von einem Bürgermeister zu erwarten, dessen bevorzugtes Printmedium die Bildzeitung ist.

Buchbesprechungen

1989 – das Jahr der Geheimsender

Red. Heidelberg Als Band 8 der Schriftenreihe **„Politische Untergrundsender"** des Kurzwellen-Pressedienstes erschien der Titel „1989 - Das Jahr der Geheimsender" von Rainer Pinkau. Die Broschüre mit 32 Seiten Umfang enthält einen Überblick auf sechs Jahrzehnte Untergrundrundfunk, Geschichte und Geschichten von Geheimsendern, oppositionellen Medien und ihre Bekämpfung durch faschische, sozialistische oder demokratisch gewählte Regierungen.

In der Darstellung der zeitgenössischen Clandestine-Situation stützt sich die Broschüre auf drei thematische Schwerpunkte: die „Radios von unten" in Kurdistan, Nicaragua und Chile.

Der Band ist zum Preis von DM 6,80 erhältlich beim **Kurzwellen-Pressedienst, Weender Str. 30, 3400 Göttingen**, sowie bei Vorkasse auf das Postgirokonto Hannover Nr. 942 01 - 306 (BLZ 250 100 30, Empfänger: Rainer Pinkau, Göttingen). Ein Jahresabonnement der Schriftenreihe „Politische Untergrundsender" (4 Ausgaben) kostet DM 19,90.

Die Machete im alternativen Mediendschungel

Seit gut zwanzig Jahren gibt es in der Bundesrepublik – ausgehend von der StudentInnenbewegung – eine Gegenkultur mit eigenen Medien. LINKECK (1967-68), AGIT 883 (1968-72) oder der EXTRA-DIENST (1967-79) waren einige der ersten – inzwischen eingestellten – Zeitschriften mit dem Anspruch auf Gegenöffentlichkeit.

Auch heute, wo die Begriffe Subkultur oder Underground arg gelitten haben, Zynismus und Resignation sich breit gemacht haben, gibt es noch jede Menge Enkelkinder dieses Aufbruchs, dieser Rebellion. Doch Fluktuation, Kurzlebigkeit und der enge regionale Vertriebsradius vieler Polit- und Kulturzeitschriften erschweren und verhindern oftmals die Verbreitung dieser Druckerzeugnisse.

Bei dieser Unübersichtlichkeit muß es nicht bleiben. Das Amsterdamer ID-Archiv hat mit seinem „Verzeichnis der alternativen Medien" allen interessierten LeserInnen und AutorInnen ein nützliches Werkzeug zum Durchforsten des alternativen Mediendschungels bereitgelegt.

Übersichtlich nach Postleitzahlen, Themen und Anfangsbuchstaben geordnet, werden bis zu 1000 Anschriften bundesdeutscher, schweizer und österreichischen Zeitschriften, Radioinitiativen und Viedeogruppen aufgelistet. Hilfreich sind auch Angaben zum Preis, Themenschwerpunkt, Erscheinungsrhytmus und zur Auflagenhöhe.

Auch wenn ich spontan die Literaturzeitschriften GASOLIN 23 und ORTE (Zürich) vermisse, so sind doch von der AACHENER ILLUSTRIERTEN bis zum ZIVILEN UNGEHORSAM (Bremen) selbst so ausgefallene Kleinstzeitschriften wie das Hanauer Fanzine KOPFZERSCHMETTERN (für Hardcoure-Poesie & Metallyrik, Auflage 80 Stück) oder die Heidelberger KOPIE-KUNST (Zeitung für mentales Jogging, Auflage 300 Stück) enthalten.

Zur Einführung und als Überblick sind dem Verzeichnis zwölf informative Aufsätze über das Innenleben einiger Zeitschriften, Presszensur, Radio Dreyeckland und die Freiburger Medienwerkstatt vorangestellt.

AutorInnen und JournalistInnen sollten das Medienverzeichnis direkt neben Papier und Schreibmaschine griffbereit halten, aber auch für LeserInnen kann es bei Kontaktaufnahme und beim Nachschlagen zum unentbehrlichen Handbuch werden.

VERZEICHNIS der alternativ-MEDIEN
Verlag: Diederich, Hoffmann, Schindowski | Berlin 1989
Herausgeber: ID-Archiv im IISG, Amsterdam
224 Seiten, 25,-- DM

Kai F. Böhne

Anzeige

Aus dem Inhalt:

Schwerpunkt 1: Das Ende der WAA Wackersdorf
Die Ankündigung zukünftig BRD Atommüll in Frankreich od. England aufarbeiten zu lassen, hat die (Anit-)Atom-Scene kräftig durcheinandergewirbelt. Wir dokumentieren redaktionseigene und -fremde Einschätzungen...

Schwerpunkt 2: Atommülltransporte
Im Wendland warten alle auf die ersten Castor-Transporte. An anderen Orten sind sie längst Wirklichkeit. Blockadebericht von Transporte Neckarwestheim - La Hague. Neues aus Lübeck

Schwerpunkt 3: Kriminalisierung
Der Startbahn-Porzess steht vor seiner entscheidenden Phase; die ersten Urteile sind gefällt. Auseinandersetzung zum Thema Beugehaft. Trotz Abbruch des Hungerstreiks - ein kritischer Rückblick auf Vorbereitung und Ablauf der zentralen Bonn-Demo.

Außerdem:
Wendland, Schacht-Konrad, HTR-Modul, THTR-Hamm, Sowjetunion: 3Jahre nach Tschernobyl, Uranabbau in Kanada...

atom
erscheint zweimonatlich, 68 Seiten, Einzelpreis 4 Mark (plus Porto), Abo für 5 Ausgaben 25 Mark. Ab 5 Ex. 3 Mark (plus Porto)

Bestelladresse:
atom, Postfach 1109
2120 Lüneburg

Selbstverwaltung unter rot-GRÜN

Peter Bartelheimer

Red. Rhein/Main Mit dem Ergebnis der Wahlen zum Westberliner Abgeordnetenhaus und der hessischen Kommunalwahlen ist die seit 1987 verschüttete rot-GRÜNE Bündnisperspektive für die gesamte politische Landschaft der Bundesrepublik wieder zur realen politischen Option geworden. Und selbstverständlich durften in den Koalitionspapieren der rot-GRÜNEN Bündnisse von Westberlin und Frankfurt auch die Bekenntnisse zur „Förderung der Selbsthilfe und Selbstverwaltungswirtschaft" (SPD/AL, Westberlin) bzw. zur „Förderung von Existenzgründungen für ökologische Klein-, Frauen- und selbstverwaltete Betriebe" (SPD/GRÜNE, Frankfurt) nicht fehlen.

Zweifellos liegt in der rot-GRÜNEN Option eine Öffnung der Situation für politische und gesellschaftliche Minderheiten und auch für ökonomische Experimente. Doch mit der „Normalisierung" der rot-GRÜNEN Politikvariante sollten sich auch die Erwartungen der Selbstverwaltungswirtschaft an die Segnungen rot-GRÜNEN Verwaltungshandelns normalisieren.

Die selbstverwalteten Betriebe müssen sich entscheiden, was sie selbst aus der politischen Öffnung zu machen gedenken. Die Zeiten, in denen sie „Hessenknete" in aller politischer Unschuld „abzocken" konnten, um dann wieder Politik Politik und den GRÜNEN Umweltminister einen guten Mann sein zu lassen, sind vorbei. Sie können sich entweder mit einer ökonomischen Nischenexistenz als Klientel des kleineren Bündnispartners bescheiden. Oder sie können versuchen, als – wenn auch kleine – politische Kraft das Ziel auf ökologischen und sozialen Umbau der Industriegesellschaft lebendig zu halten und zu präzisieren.

Rot-GRÜNE Wirtschaftsvereinbarungen werden – die Erfahrungen von Westberlin und Frankfurt haben es gezeigt – die SPD-Orientierung auf „ökologische Modernisierung" zur Geschäftsgrundlage haben. Dies nicht nur, weil die politischen Kräfteverhältnisse kaum mehr aus „SPD-Politik mit GRÜNEN Einsprengseln" erlauben. Die Modernisierungsflügel beider potentieller Bündnispartner sind sich ideologisch nähergerückt. Ökologische und soziale Zielvorstellungen sollen nicht mehr im „Bruch mit der herrschenden Entwicklungslogik", sondern vielmehr im marktwirtschaftlichen Diesseits durchgesetzt werden, d.h. sie sollen von einem neuen Weltmarkt- (bzw. EG-Binnenmarkt-) orientierten Wachstumsmodell mitgezogen werden, das auf technologische Innovation, Flexibilisierung und selektives Wachstum setzt.

Träger einer „Ökologisierung der Produktion" sollen die privatwirtschaftlich profitmaximierenden Konzerne selbst sein. Die Grenze des Machbaren verläuft dann dort, wo die staatliche Randsteuerung durch Ökosteuern und Gebühren aufhört. Auch wenn eine solche Politik der ökologischen Modernisierung des Kapitalismus mit dem Begriff des Umbaus noch kokettiert – aus dem Blick geraten ist dessen strategischer Kern: die Arbeitsbeziehungen zu politisieren und zu demokratisieren; abhängig Beschäftigte für die Durchsetzung ökologisch und sozial sinnvoller Arbeitsinhalte und Arbeitsbedingungen zu gewinnen durch Experimente mit alternativer Fertigung, mit Selbstverwaltung und neuen Formen gesellschaftlichen oder genossenschaftlichen Eigentums

Für eine solche Politik sind die Selbstverwalteten Betriebe nur noch nach ihrer „schwachen" Seite interessant. Gesamtwirtschaftlich bedeutungslos, sind sie nurmehr Kronzeugen für die Entbehrlichkeit politischer Eingriffe in Investitionsentscheidungen sowie tariflicher und sozialer Standards. Ihre „starke" Seite – das Einüben betrieblicher Demokratie und umfassender wirtschaftlicher Kompetenz der Arbeitenden wäre nur mehr belächelte Exotik. Die Selbstverwaltungswirtschaft kann sich in diesen Modernisierungskonsens einfügen. Sie kann ihre Identität in der zeitgemäßen Ideologie ökologisch innovativen Jungunternehmertums finden und sich auf die Gewißheit zurückziehen, daß „Alternativknete" (etwa in Form von Kreditbürgschaften und Beratungszuschüssen) auch weiter zu den Schmiermitteln rot- GRÜNER Bündnisse gehören wird – wenn auch in von Sparpolitikern und „Entstaatlichern" vertretbarem Umfang und politisch verpackt als Sonderfall der Wirtschaftsförderung für kleine und mittlere Unternehmen. Vom umfassenderen gesellschaftlichen Anspruch, sinnvoll zu arbeiten und zu leben, hätte die Selbstverwaltungswirtschaft sich damit jedoch verabschiedet.

Der schwierigere Weg wäre der der politischen Einmischung. Im Vorfeld rot-GRÜNER Bündnisse müßten dann die unmittelbaren Forderungen des Selbstverwaltungssektors – von Bürgschaften, Beratungsförderung, Investitionsprämien über verbesserte Marktinformation bis zur gesellschaftsrechtlichen Absicherung alternativer Eigentumsformen und Arbeitsbeziehungen – mit dem Anspruch verknüpft werden, den Selbstverwaltungsgedanken in der Gesamtwirtschaft zu fördern. GewerkschafterInnen und kritische Belegschaftsinitiativen herkömmlich verfaßter Industriebetriebe müßten als Bündnispartner für Schritte zu einem anderen Wirtschaften gewonnen werden. Ein Feld solcher Bündnispolitik könnte zum Beispiel die Auseinandersetzung um Kriterien öffentlicher Auftragsvergabe sein. (Die Neufassung der städtischen Vergaberichtlinien steht als Stichwort im Frankfurter Koalitionspapier; die Ausgestaltung der neuen Vergabepraxis ist noch offen).

Der Weg einer neuerlichen Politisierung ist sicher nicht für alle selbstverwalteten Betriebe und Projekte gleichermaßen gangbar. Nicht nur, daß er mit kraftraubender unbezahlter Arbeit verbunden ist – wer vermöchte zu garantieren, daß es sich einmal auszahlt, eine sichere Identität als marktgängige/r Anbieter/in auszuschlagen und sich das Dilemma linker (GRÜNER und sozialdemokratischer) Modernisierungskritiker zu eigen zu machen, nicht über glaubwürdige Leitbilder einer alternativen gesamtwirtschaftlichen Ordnung zu verfügen. Doch dürfte auch die Bescheidung auf Lobbypolitik nicht jederfraus Sache sein. Das Abfinden mit arbeits- und umbaupolitischer Sprachlosigkeit vielleicht auch nicht. Und an den Grenzen der realpolitischen Kompromisse muß die Diskussion über den unauflöslichen Zusammenhang von Ökologisierung und Demokratisierung der Wirtschaft weitergehen.

Cash-Coop Hessen

Diethelm Damm

Red. Rhein/Main Seit ca. anderthalb Jahren gibt es ihn nun, den hessischen AK Finanzierung, der über das Institut für Selbstorganisation (ISO) koordiniert und vom Netzwerk Rhein-Main unterstützt wird. Ziele des AK sind:

- sich über die Finanzierungsprobleme, -erfahrungen und -strategien selbstverwalteter Projekte auszutauschen
- arbeitsteilig neue Finanzierungsquellen (z.B. bei EG, Stiftungen etc.) zu recherchieren und sich über schon bekannte systematisch auf dem Laufenden zu halten
- gewonnene Informationen in der Szene weiterzugeben
- Beratung und Hilfe bei Antragstellung und -durchsetzung zu organisieren
- Kooperationsmöglichkeiten der alternativen Finanzierungsinstrumente (Netzwerk, Ökofonds und -bank, grünnahe Hessenstiftung, DKV etc.) zu erkunden
- Vorstellungen zur Weiterentwicklung sowohl der „normalen" wie „alternativen" Finanzierungsmöglichkeiten für SV zu entwickeln und durchzusetzen.

Noch sind diese Ziele bei weitem nicht eingelöst, aber das Vorhaben beginnt, sich zu konkretisieren. Am 31.1. und 10./11.4. d.J. führte das ISO zwei Seminare durch, bei denen VertreterInnen aus ca. 20 hess. SV-Netzchen – von Zusammenschlüssen von SV- Betrieben über solche von Ausbildungs-, Bildungs- und Beratungsprojekten bis zu Kulturinitiativen – erörterten, wie man/frau sich durch Kooperation bei Finanzierungsproblemen besser austauschen und unterstützen kann.

Dazu wurden Finanzquellen und -probleme der zu diesen Zusammenschlüssen gehörenden Inis erhoben, eine Liste der für uns interessanten Finanzierungsquellen erstellt und Überlegungen zu möglicher Kooperation der o.g. alternativen Finanziers angestellt. Verschiedene Recherchen bei EG, Bonner Ministerien und über relevante Stiftungen waren bereits letztes Jahr durchgeführt worden, ebenso Infoveranstaltungen über ABM, Sozial- u.a. EG-Fonds.

Das April-Seminar brachte eine Reihe von konkreten Beschlüssen und Absprachen:

1) Name des neuen Kindes: Cash-Coop Hessen (CCH)
2) Mitglieder von CCH sind z.Z. VertreterInnen von 220 SV-Netzchen in Hessen (von AG Hess. Tagungshäuser in SV über Lehrer organisierter Selbsthilfe bis Verband der SV-Betriebe in Hessen), sowie verschiedene FinanzexpertInnen.
3) Alle Mitarbeitenden erheben den in ihren Zusammenhängen bestehenden Finanzbedarf, Finanzierungsstruktur und vorhandene Ressourcen. Jemand, der gerade eine Examensarbeit über derlei schreibt, systematisiert dann für uns die Ergebnisse.
4) Zur Recherche und Observation von Fördermöglichkeiten wurde eine arbeitsteilige Kooperationsstruktur vereinbart, die sicherstellt, daß alle wichtigen Bereiche ständig im Auge behalten werden, ohne daß jede(r) alles verfolgen muß.
5) Zur Infoverteilung wurde ein Verfahren vereinbart, wie die CCH Mitarbeitenden alle Infos aller Beteiligten erhalten, ohne von Tonnen Papier erschlagen zu werden. Die Beratung und Inforamtion der Einzelinis wird über die o.g. Netzchen laufen.
6) Versucht wird bei ISO eine EDV-gestützte Infothek des o.g. Finanzierungswissens aufzubauen, sowie zur Koodination und Unterstützung der Arbeit je einen Hauptamtlichen bei ISO in Ffm und bei den Buntstiften/Werkstatt in Kassel für den dortigen Raum einzustellen.

Bis Ende d.J. werden wir u.a. mit diversen Erhebungen Vorbereitungen beschäftigt sein und Erfahrungen mit der im April vereinbarten Struktur sammeln, die zum einen die Beratungs- und Problemlösungsfähigkeit der einzelnen hess. Netzchen stärken, aber zugleich die vorhandenen Ressourcen durch zentrale Sammlung und Austausch bündeln und effektivieren soll. Ab 1990 hoffen wir dann mit erprobter Struktur und von Hauptamtlichen unterstützt in die vollen gehen und alle Finanzierungsprobleme endgültig lösen zu können...

„Gebt der Zukunft ein Zuhause!"

Selbstverwaltete Projekte planen Ökozentrum in Frankfurt/Was meint Rot-GRÜN?

Red. Rhein/Main Zunächst waren's nur Einzelpersonen aus Betrieben und Projekten, die in regelmäßigen Abständen an der inhaltlichen Konzeption eines – bis heute nur in den Köpfen der Leute existierenden – selbstverwalteten Gewerbehofs in Frankfurt bastelten. Nach unzähligen Treffen dieser Gruppe im letzten Jahr läßt sich dennoch eine positive Bilanz ziehen: Sowohl das inhaltliche, als auch das finanzielle Konzept „steht"; klar ist, wer „mitzieht" und wieviel Platz „man" braucht. Allein: es fehlt das Gelände – noch.

Petra Inden

Das Ökozentrum/Frankfurt ist inzwischen ein Zusammenschluß von knapp 20 Betrieben, Projekten, Ausbildungsinitiativen, Planungs- und Beratungsbüros, die unter einem Dach gemeinsame Wege entwickeln wollen. Die Trennung zwischen Leben, Arbeiten und umweltbewußtem Handeln soll weitestgehend aufhoben werden.

Als Modell alternativer Stadtplanung, auch für andere Großstädte, soll in Frankfurt – parallel zur ML147 und zur Krebsmühle – ein Zentrum entstehen, in dem ökologisch und selbstverwaltet gedacht, geredet und gehandelt wird, und das der Bevölkerung in jeder Beziehung beratend zur Seite steht; sei es in Fragen der Selbsthilfe, der Ökologie oder der betrieblichen Selbstorganisation.

Die beteiligten Betriebe und Projekte haben sich in den letzten Jahren einen festen Platz innerhalb dieses Wirtschaftssystems erarbeitet. Die Idee „Ökozentrum" scheint allerdings weit über deren jetzige Tätigkeit hinauszugehen: Neue Arbeitsbereiche sind in Planung – schon jetzt bieten diese Projekte 150 Menschen einen Arbeitsplatz – und da die Projekte in sich ergänzenden Sparten arbeiten, sind sowohl gemeinsame Auftragsabwicklung alsauch fachübergreifende Aus- und Weiterbildung möglich. Vernetzung im Bereich Beratung, Produktion und Vertrieb sollen ebenso Ziel und Folge eines derartigen Verbunds wie der Aufbau eines gemeinsamen Sozial- und Kulturbereichs sein. Das Ökozentrum: nicht als Rückzug in den Kreis der Gleichgesinnten, sondern ein Ort des Dialogs. Aber wie gesagt: Es fehlt das Gelände.

Die Parteien Frankfurts ...

... hatten sich zur Anzahl der für ein Ökozentrum zur Verfügung stehenden Gelände recht sorglos geäußert. Auf einer Veranstaltung, zu der die Gewerbehof-Gruppe diverse Volksvertreter geladen hatte, hielt es einzig die CDU nicht für nötig, Stellung zu beziehen. Aber da „man" eh von einem Rot-GRÜNEN Frankfurt überzeugt war, sollte die Sprachlosigkeit der Schwarzen nicht unbedingt ins Gewicht fallen. Nach der Kommunalwahl sah die Welt, bzw. die Anzahl der zur Verfügung stehenden Gelände, schon ganz anders aus.

Nachforschungen beim Liegenschaftsamt bestärkten die Skepsis der Gewerbehof-Gruppe gegenüber den sorglosen Aussagen unserer Politiker. Auch sprach „man" in den Koalitionspapieren der SPD und Gruppen von einem „Umweltzentrum". Daß hiermit keinesfalls ein ökologischer Gewerbehof, sondern eine rein städtische Einrichtung gemeint ist, klärte eine KV der GRÜNEN. Die beiden sich merkwürdig ähnendeln Konzepte „Ökozentrum" und „Umweltzentrum" unterscheiden sich nur in einem Punkt gewaltig: in dem der Selbstverwaltung, logisch.

Nun müssen sich Umwelt- und Ökozentrum ja nicht unbedingt widersprechen; von den Koalitionsvereinbarungen wußten eh die wenigsten GRÜNEN bevor sie denn in der Presse nachzulesen waren. Von daher wurde auch dem Ökozentrum eine gewisse Berechtigung zugesprochen und sogar ein Gelände vorgeschlagen. Tom Königs, Umweltdezernent der Stadt Frankfurt, „kümmert" sich derzeit darum.

Einfach wird das nicht. Das Stadtbauplanungs-Dezernat – immer noch CDU besetzt – möchte das Gelände um keinen Preis hergeben und scheint trotz allem Rot-GRÜN, der lachende Dritte zu sein. Und neben der Auseinandersetzung mit der der CDU wird es mit Sicherheit eine zwischen GRÜNEN und SPD über die Nutzung des Geländes geben, wenn's denn wirklich mal frei wird. Laut Aussagen der Gewerbehof- Leute hat die SPD das Gelände schon lange für den sozialen Wohnungsbau vorgesehen.

Zum Schluß ...

... Der Versuch der Kooperation zwischen Selbstverwalteten Betrieben in und um Frankfurt ist nicht neu, war aber gerade in dieser Region immer ein spezielles Problem. Auch der Versuch, das Stadtbild positiv zu beeinflussen, kann gerade in der Bankenmetropole Frankfurt zum Run gegen die Windmühlenflügel werden. Trotzdem: Die Weichen sind gestellt, die Ampel zeigt Gelb und sobald klar ist, wo's hingeht, geht's los.

Wer gerne mehr über das Ökozentrum/Frankfurt wissen möchte, wende sich an nachfolgende Adresse:

Maud Beskow
c/o FaPrik
Im Großen Ahl 35
6050 Offenbach
☎ (069) 86 99 35

Wer da hat, dem wird gegeben

...oder wie sich die geplante Neuformulierung des Gemeinnützigkeitsrechts mit den neuen ABM-Richtlinien auf wundersame Weise ergänzt. Die BAG bei einer Anhörung in Bonn

Red.Heidelberg Seit Jahren kämpfen die Netzwerke vergeblich um ihre Anerkennung als Gemeinnützige Organisationen (1). Für diejenigen, die Wert auf die steuerliche Abzugsfähigkeit ihrer Spenden legen, wurden zwar die gemeinnützigen Netzwerk- Fördervereine gegründet, aber die dürfen mit ihrem Geld wiederum nur andere gemeinnützige Vereine unterstützen. Hingegen wird den „normalen" Netzwerk-Vereinen die Gemeinnützigkeit u.a. deshalb vorenthalten, weil sie selbstverwaltete, und damit Wirtschaftsbetriebe, finanziell unterstützen.

Welch fatale Auswirkungen dies haben kann, wurde erst vor einigen Monaten wieder deutlich, als das Frauennetzwerk Goldrausch aufgrund der fehlenden Gemeinnützigkeit 50.000 Mark Schenkungssteuer für erhaltene Spenden an das Berliner Finanzamt zahlen sollte. (Hier darf Frau gespannt sein, wie der neue Finanzsenator des SPD-Frauen-Vorzeigesenats den Fall entscheidet.)

Franz-Josef Bartsch
BAG-Netzwerke

Neuregelung der Gemeinnützigkeit schon lange in der Diskussion

Ein neues Gemeinnützigkeitsrecht ist schon seit Jahren in der Diskussion. Ende letzten Jahres legte die hierzu von der Bundesregierung eingesetzte Sachverständigen-Komission ihre Empfehlungen vor. Tenor: Begrenzung und Festschreibung der Gemeinnützigkeit auf die eigentlichen Kernbereiche der dem Gemeinwohl dienenden Zwecke, wie z.B. Wohlfahrtspflege, Förderung der Wissenschaft etc...

Anfang dieses Jahres hat nun die Bundesregierung einen eigenen Entwurf vorgelegt. Vorsichtshalber wurde keine einzige Empfehlung der Komission übernommen. Im Gegenteil, die Bundesregierung will die Gemeinnützigkeit auf praktisch jede Form von Sport und Freizeitbetätigung ausdehnen, egal, wie luxuriös, exclusiv, privatistisch sie sein mögen. Zukünftig sollen also Golf, Sportfliegen, Tischfußball, Skat, etc. gemeinnützig werden, und sogar auch die Spendenabzugsberechtigung erhalten.

Folgen absehbar, Projekte gefährdet.

Die Folgen dieser Neuregelung – sollte sie denn Wirklichkeit werden – sind jetzt schon absehbar. Da der Spendenkuchen insgesamt kaum größer sein wird, kommt es zu einer Umverteilung zu Lasten der Kernbereiche gemeinnütziger Arbeit.

Davon betroffen werden nicht nur die großen Wohlfahrtsverbände, sondern auch viele kleine Träger und Initiativen. Letztere scheinen in der Wahrnehmung der Bundesregierung für den Gemeinnützigkeitsbereich ohnehin nicht zu existieren. Auf den Bereich der Arbeitslosen- und Ausbildungsinitiativen, Selbsthilfegruppen und Frauenprojekten oder auf die Netzwerke nimmt die Gesetzesvorlage erst gar keinen Bezug. Für diese Projekte sind Verbesserungen nicht in Sicht.

Im Gegenteil, seit Anfang 89 gilt das neue Arbeitsförderungsgesetz. Die Mittel für die berufliche Weiterbildung wurden erheblich gekürzt, ebenso die ABM-Mittel. Die Antragsteller werden schärfer geprüft und der Kreis der Anspruchsberechtigten wird auf Langzeitarbeitslose und Leistungsempfänger eingeschränkt.
Die Freien Träger sind also von zwei Seiten gefährdet: Die Drittmittel werden radikal gekürzt und gleichzeitig wird die Eigenmittelbeschaffung erschwert. Gerade für die vielen kleinen Projekteträger kann dies das Aus bedeuten.

Statt private Initiativen zu stärken, um etwas gegen die Erwerbslosigkeit bzw. den Ausbildungs- und Pflegenotstand zu tun, werden kurz vor der nächsten Bundestagswahl Wahlgeschenke an das Millionenheer der Sportler und Freizeitaktiven verteilt. Zwar wäre die indirekte staatliche Förderung dieser Bereiche durch steuerliche Erleichterungen kein Ersatz für struktuelle Maßnahmen, könnte aber immerhin helfen, den Status Quo zu erhalten oder in Einzelfällen auch Verbesserungen zu bringen.

Der Regierungskoalition sind aber nun mal offensichtlich die SkatspielerInnen, GolferInnen, SportfliegerInnen, FußballerInnen näher als die Arbeitslosen oder Jugendlichen ohne Ausbildung. Was aus Sicht der Regierungsparteien ein Schritt zur Wiederwahl Kohls ist, ist objektiv ein weiterer Schritt in die Zwei-Drittel- Gesellschaft

Anhörung in Bonn

Als Mitte April in Bonn eine Anhörung des Finanzausschusses des Bundestages zu den Gesetzentwürfen stattfand, hat die Bundesarbeitsgemeinschaft der Netzwerke (BAG) dort ihre Ablehnung des Regierungsentwurfes deutlich gemacht und versucht, die Interessen der Arbeitslosen-, Ausbildungs- , Selbsthilfe- und Frauenprojekte und Netzwerke einzubringen. (Wer sich für den genauen Wortlaut der BAG- Stellungnahme interessiert, wende sich bitte an die Geschäftsstelle, Melchiorstr. 14, 5000 Köln 1, Tel. 0221/7393736).

Die Grünen wollen nun einen entsprechenden Entschließungsantrag einbringen, so daß der Bundestag nochmal gezwungen wird, sich mit den Auswirkungen des neuen Gesetzes unter unserem Blickwinkel zu befassen.

Was die SPD betrifft – eine besonders aus Berliner Sicht interessante Frage – so mache ich mir über das vermeintlich fortschrittliche Potential der Sozialdemokratie keine Illusionen mehr. Auf der Anhörung war die SPD-Riege, allen voran Hans Apel, komplett mit dem goldenen Sportabzeichen am Revers angetreten und gefiel sich darin, sich die Bälle mit dem Deutschen Sportbund gegenseitig zuzuwerfen. Hätte da nicht ein Schild mit der Aufschrift SPD vor ihren Sitzen gestanden, die politische Identifikation bzw. Unterscheidung von der CDU/CSU/FDP wäre nicht möglich gewesen.

Nicht aufgeben!

Auch wenn angesichts dieser Koalitionen die Chancen für eine Einflußnahme in unserem Sinne realistischerweise nicht hoch einzuschätzen sind, will die BAG die Sache nicht auf sich beruhen lassen.

In den nächsten Wochen wird sie möglichst viele betroffene Organisationen anschreiben, um sich mit einer gemeinsamen Erklärung an die Parteien und Fraktionen zu wenden und gegebenenfalls in die Öffentlichkeit treten. Organisationen, die sich daran beteiligen möchten, wenden sich bitte an die BAG-Geschäftsstelle.

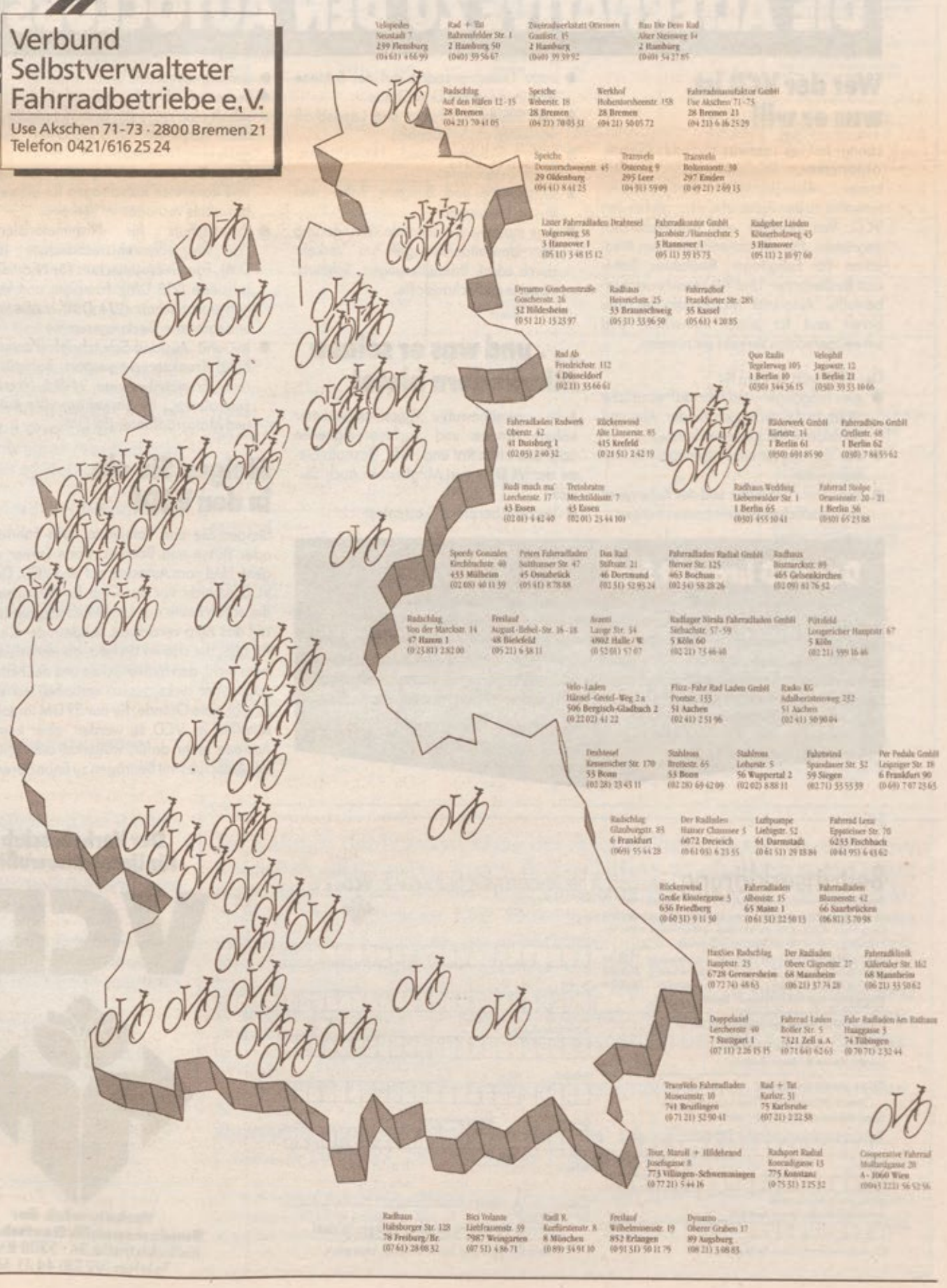
Außerdem will das Kölner Netzwerk in Zusammenarbeit mit örtlichen Projekten eine ABM-Kampagne starten. Sollten damit gute Erfahrungen gemacht werden, wird die BAG versuchen, eine konzertierte Aktion aller Netzwerke anzuleiern.

Anmerkung:
(1) Denn neben Steuervorteilen ist die Gemeinnützigkeit für die steuerliche Abzugsfähigkeit lukrativ.

Anzeige

Etwas mehr als nur Qualität

Verbund Selbstverwalteter Fahrradbetriebe e.V.
Use Akschen 71-73 · 2800 Bremen 21
Telefon 0421/616 25 24



Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Trotz, Verzweiflung und eine kleine Prise Utopie

Ein Überblick über Betriebsfortführungen in Belegschaftshand

Red. Rhein/Main „Wenn keiner uns hilft, helfen wir uns selbst!" Was in einer halbwegs normalen Welt zur selbstverständlichen alltäglichen Lebenshaltung gehören würde, läßt bei uns aufhorchen. Es wird bedrohlich. Es ist eine Kampfparole, gemischt aus Trotz, Verzweiflung und einer kleinen Prise Utopie. Eine drohende Betriebsschließung durch kollektive Selbsthilfe der Belegschaft abzuwenden, gehört im industriellen Alltag der BRD immer noch in den Bereich des *Ungehörigen*. Entsprechend hartnäckig hält sich der Glaube „sowas hat noch nie geklappt."

Rainer Duhm

Die Angestelltenkammer Bremen, eine öffentlich-rechtliche Service-Einrichtung für die Angestellten des Landes, ist in einer Untersuchung den Fragen nachgegangen, wie oft es in der Bundesrepublik zu Betriebsübernahmeinitiativen von Belegschaften gekommen ist, was die wesentlichen Schwierigkeiten und Hindernisse dabei sind, wann und wie Unterstützung sinnvoll wäre, ob hier eine Brücke entsteht zwischen industrieller Arbeitswelt und Selbstverwaltungswirtschaft.

Zunächst einige Fakten:
Wir sind auf etwa 40 Betriebsübernahmeversuche gestoßen, von denen immerhin ein gutes Drittel erfolgreich war – sofern der Erfolg daran gemessen wird, daß wenigstens ein Teil der bedrohten Arbeitsplätze über einen Zeitraum von mehreren Jahren erhalten werden konnte. Der kleinste Übernahmebetrieb hatte 4, der größte 550 Beschäftigte, die in der Regel zugleich auch Eigentümer bzw. (Mehrheits-)Gesellschafter sind oder waren.

Die Belegschaften eines solchen Fortführungsbetriebes sind in der Regel deutlich kleiner als im alten Unternehmen – teils ein konventionelles Sanierungsopfer, teils einfach deswegen, weil in der meist sehr knappen Zeit nur für die wirtschaftlich tragfähigsten Teile der alten Firma ein aussichtsreiches Weiterführungskonzept entwickelt werden kann. Räumlich sind solche Versuche über das ganze Bundesgebiet und Westberlin verteilt mit einer deutlichen Häufung im Stadtstaat Bremen und mit der besten Erfolgsquote in Bayern. In beiden Fällen drückt sich darin eine relativ großzügige öffentliche Unterstützungsbefeitschaft aus – sehr experimentierfreudig im Norden, an den Leitbildern einer konventionellen Unternehmensführung orientiert im Süden.

Etwa die Hälfte aller Übernahmeversuche fanden in der Metallindustrie statt, zehn Prozent im Bereich der Druckindustrie und des graphischen Gewerbes; der Rest verteilt sich auf sechs weitere Branchen bzw. gewerkschaftliche Organisationsbereiche. Das ist auch ein Hintergrund dafür, daß sich bislang allein die IG Metall offiziell mit der Frage von Betriebsfortführungen durch Belegschaften befaßt und die Grundzüge einer unterstützenden Politik dazu entwickelt hat. Bei den übrigen Gewerkschaften wird das Phänomen z.T. ignoriert, z.T. mit sehr spitzen Fingern angefaßt. Es sind allerdings keine Übernahmefälle bekannt geworden, bei denen nicht wenigstens auf örtlicher oder regionaler Ebene die Gewerkschaften unterstützend eingegriffen hätten. Vor allem die *Gefahr* – vorübergehender – untertariflicher Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen scheint die Gewerkschaften zu schrecken.

Die Schwierigkeiten, einen Krisenbetrieb durch die Belegschaft zu sanieren sind oft immens; z.B.:

- Eine Belegschaft, jahrelang ferngehalten von allen wesentlichen Unternehmensinformationen und Entscheidungsbefugnissen, muß innerhalb kürzester Zeit ein Weiterführungskonzept erarbeiten, das die Zustimmung der Belegschaft, die Unterstützung staatlich-politischer Instanzen sowie das Vertrauen von Banken, Kunden und Lieferanten gewinnt.
- Weil ein geeignetes Gesellschaftsrecht fehlt, müssen oft hochkomplizierte Rechtskonstruktionen erfunden werden, um die Belegschaftseigentümer vor unzumutbaren Haftungsrisiken zu schützen, um erweiterte Mitbestimmungsrechte oder Selbstverwaltungsstrukturen mitabzusichern, um übermäßige Einflüsse Dritter abzuwehren und gleichzeitig eine gewisse Attraktion für Kredit- und Kapitalgeber zu gewährleisten.
- Qualifizierte Belegschaftsberater und ein künftiges Management werden dringend benötigt, stehen in vielen Fällen aber nicht zur Verfügung.

Dreh- und Angelpunkt ist aber die Frage der Kapitalbeschaffung. Eigenkapital der Beschäftigten und künftigen Eigentümer ist kaum vorhanden. Selbst wo etwas verfügbar wäre, z.B. im Zusammenhang mit Sozialplänen, sollte es nur in gut begründeten Fällen eingesetzt werden. Lohnabhängig Beschäftigten kann grundsätzlich nicht zugemutet werden, für ihre Arbeitsplätze selbst zu bezahlen – zumal in einem ökonomischen Umfeld, das sie nicht kennen und erst recht nicht kontrollieren können. Ohne Eigenkapital gibt's aber kein Fremdkapital. Und ohne Kapital läßt sich kein Unternehmen erwerben und fortführen. In vielen Fällen haben sich Staat und Banken so lange den Schwarzen Peter zugeschoben – jeder verwies darauf, daß zunächst der andere entscheiden müsse – bis sich die Sache 'von selbst' erledigt hatte, oder bis einer laut und vernehmlich „nein" sagte. Meist aus vorgeschobenen Gründen, aber für die anderen Beteiligten Anlaß, aufzuatmen und den Fortführungsversuch als „wirtschaftlich nicht tragfähig" zu disqualifizieren. Solidarische Angebote seitens alternativer Förder- und Finanzierungseinrichtungen reichen dann nicht mehr aus, um einen mittleren Industriebetrieb auf die Beine zu stellen.

Vorschläge für eine gesetzlich abgesicherte staatliche Förderung liegen vielfach vor. Sie reichen von der Forderung nach gleichen Zugangschancen für Belegschaftsbetriebe zu den existierenden Wirtschaftsförderungsprogrammen über Entwürfe für spezielle Unterstützungseinrichtungen für Belegschaftsübernahmen (wie es sie in einigen EG-Ländern bereits gibt) bis hin zur Erwartung unmittelbarer Kapitalbeteiligung öffentlich kontrollierter Beteiligungsgesellschaften.

Wesentliches Argument ist – neben dem Hinweis auf die sozialen Folgen erhöhter Arbeitslosigkeit – daß die öffentlichen Kassen selbst mit risikoreichen Förderprogrammen und mit befristeten Subventionsleistungen in der Regel weniger belastet werden als durch die Folgen einer Betriebsschließung. Eine Behauptung, die sich nur schwer beweisen läßt – andererseits ist sie noch nie überzeugend widerlegt worden. Als einen vorläufigen Schritt aus der erkannten Misere hat Nordrhein-Westfalen – als bislang einziges Bundesland – Beratungshilfen für derartige Belegschaftsinitiativen im Haushalt des Wirtschaftsministeriums vorgesehen.

Den genannten (und vielen ungenannten) Schwierigkeiten stehen oft als die entscheidenden Gegengewichte die Entschlossenheit einer Belegschaft und die Mobilisierung einer unterstützenden Öffentlichkeit gegenüber. Was sich in dieser Vorbereitungszeit ereignet und wie weit es gelingt, Schließung oder Fortführung des Betriebs als politische Frage zu verdeutlichen, beeinflußt nicht nur die äußeren Erfolgsaussichten. Daran entzünden sich in aller Regel auch die Fragen, die für die 'innere' Umwandlung eines konventionellen Unternehmens in eine Belegschaftsfirma entscheidend sind. In den wenigsten Fällen haben sich die Belegschaften ihren übernommenen Betrieb wirklich angeeignet. Die weitere, oft kaum veränderte Lohnarbeiterexistenz erscheint unter dem Kontrast ihrer formalen Eigentümerschaft um so deutlicher. Verschärfte Konkurrenz untereinander, der Kampf um persönliche Vorteile, Schlampereien – und auf der anderen Seite der Ruf nach dem 'starken Mann', nach Stechuhr und Disziplinierungsmaßnahmen haben dann ebenso ihre Chance wie die gemeinsame Suche nach dem, was man im eigenen Betrieb an Veränderungen wirklich will und verwirklichen kann. Unter den oft drückenden ökonomischen Zwängen, der Ernüchterung nach der Euphorie des Sieges und der vielfachen action im Vorfeld, den Erfahrungen mit einem enttäuschenden Management, ... stehen die Chancen, ein *neues* Unternehmen zu entwickeln, sogar ausgesprochen schlecht. Lediglich einen Betrieb, die Druckerei Geffken in Bremen, haben wir gefunden, dessen Belegschaft, fünf Frauen und fünf Männer, mit langem Atem und konsequent den Weg in die Selbstverwaltung sucht. Dafür genügt es nicht, betriebliche Strukturen zu ändern; die beteiligten Menschen müssen sich ändern wollen. „Das ist ein schwieriger Prozeß, die Umgestaltung der eigenen Person. Das ist ein Lernprozeß – früher hab ich mal gedacht, das dauert ein, zwei Jahre. Heute weiß ich, das dauert länger", sagte dazu der frühere Betriebsobmann von Geffken. Die Geschwindigkeit wird auch davon abhängen, wieviele sich auf den Weg machen. Erst dann wird man, auf Erfahrung gestützt, feststellen können, ob es ein Weg zu den gewünschten Zielen ist.

Anzeige

DIE ALTERNATIVE ZU DEN AUTOCLUBS

Wer der VCD ist, was er will . . .

Lange hat es gedauert. Trotz Ölkrise, Waldsterben, Straßenbauwahn, Unfallchaos . . . Aber jetzt gibt es endlich eine Alternative zu den Autoclubs. Jetzt gibt es den VCD. Von Umwelt- und Naturschützern gegründet. Für alle umweltbewußten Menschen. Für Fußgänger, Radfahrer, Bahn- und Busbenutzer. Und für verantwortungsbewußte Auto-und Motorradfahrer, die bereit sind für einen menschen- und umweltgerechten Verkehr einzutreten.

Der VCD setzt sich ein für
- eine fußgänger- und fahrradfreundliche Stadt, in der sich auch Kinder, Alte und Behinderte frei bewegen können
- den Vorrang für umweltverträgliche Verkehrsmittel
- den Schutz der Natur und der Kulturgüter vor schädlichen Verkehrsauswirkungen
- mehr Gütertransporte auf der Schiene statt immer mehr Lkw-Chaos
- den Schutz von Natur und Landschaft vor weiterem Straßenbau
- mehr Sicherheit und Umweltschutz durch Tempolimits
- attraktivere und billigere Bahn- und Busverbindungen
- eine massive und schnelle Verringerung der Umweltbelastungen im Verkehr durch Lärm, Erschütterungen, Schmutz, Abgase und Schadstoffe.

. . . und was er seinen Mitgliedern bietet

Auch umweltbewußte Verkehrsteilnehmer haben Pannen und Rechtsstreitigkeiten oder brauchen Rat und Hilfe. Deshalb bietet der VCD seinen Mitgliedern auch Service:
- Verkehrsberatung (kostenlos)
- Bahnkundenschutz (auch umsonst)
- sechsmal im Jahr die Mitgliederzeitschrift »fairkehr« (im Beitrag enthalten). Mit nützlichen Informationen zum gesamten Themenbereich »Verkehr und Umwelt«. Und vielen praktischen Tips und konkreten Ratschlägen für umweltbewußtes Verhalten im Verkehr.
- Rechtsschutz für Nichtmotorisierte (20 DM), Verkehrsrechtsschutz (82 DM), Familienrechtsschutz für Nichtmotorisierte (213 DM), Familien- und Verkehrsrechtsschutz (274 DM) – alle mit unbegrenzter Deckungssumme
- In- und Ausland-Schutzbrief (Pannenhilfe, Krankenrücktransport, Bahnrückreise, Ersatzteilversand, 24-Std.-Notrufzentrale etc.) für umweltbewußte Auto- und Motorradfahrer (59 DM).

Steigen Sie ein in den VCD!

Steigen Sie um! Vom Auto auf's Fahrrad oder Busse und Bahnen, wann immer es geht. Und vom Autoclub auf den VCD. Der VCD ist nicht nur der Club für Menschen, die schon heute aus Umweltschutzgründen auf das Auto verzichten, sondern der Club für alle, die sich im Verkehr, ob motorisiert oder nicht, den Mitmenschen und der Natur gegenüber rücksichtsvoll verhalten wollen. Es gibt viele Gründe, für nur 39 DM im Jahr Mitglied im VCD zu werden, aber keine Ausrede mehr dafür, weiterhin die Politik der Autoclubs mit Beiträgen zu finanzieren.

Der VCD braucht Sie!

Obwohl der VCD erst vor 2 Jahren seine Arbeit aufgenommen hat, zählt er bereits mehr als 20 000 Mitglieder. Das ist erfreulich viel für einen so jungen Verein. Aber es ist noch zu wenig, um einer umweltfreundlichen Verkehrspolitik zum Durchbruch zu verhelfen. Deshalb braucht der VCD viele neue Mitglieder.Deshalb braucht der VCD Sie! Und ihre Beitrittserklärung. Sie erhalten dann automatisch Ihre Mitgliedsunterlagen und die Service-Informationen mit Antrag. Und wenn's eilt? Anruf genügt! (Tel. 02 28-44 44 88)

Beitrittserklärung VERKEHRSCLUB DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND VCD e. V.
Bitte eine Beitrittserklärung pro Person (notfalls kopieren) Kalkuhlstraße 24 · 5300 Bonn 3 · Telefon 44 41 44

Ich möchte die Zielsetzungen des Verkehrsclubs der Bundesrepublik Deutschland VCD e. V. für ein menschen- und umweltgerechtes Verkehrswesen unterstützen und trete dem VCD bei als

☐ JUNIORENMITGLIED (unter 18 Jahren) Jahresbeitrag 15,00 DM
☐ EINZELMITGLIED Jahresbeitrag 39,00 DM
☐ MITGLIED auf Lebenszeit (einmalig) 1200,00 DM
Mitgliedsbeiträge sind nicht von der Steuer absetzbar!

☐ Zusätzlich zu meinem Beitrag spende ich jährlich
☐☐☐☐ ,00 DM (mind. 10,00 DM)
Spenden sind von der Steuer absetzbar!

☐ Ich ermächtige den VCD e. V.
☐ meinen Jahresbeitrag ☐ meine jährliche Spende
bis auf Widerruf zu Lasten meines Kontos
Nr. Bankleitzahl
Kreditinstitut
durch Lastschrift einzuziehen.
Kontoinhaber falls nicht identisch mit dem Mitglied
☐ Ich überweise nach Erhalt der Rechnung

Familienname
Vorname
Straße und Hausnummer
Postleitzahl Ort
Geburtsjahr Telefon (freiwillige Angabe)
Datum und Unterschrift

Achtung: Bitte keine Vorauszahlungen leisten!
Kein Bargeld und keine Schecks zusenden.

Der Verkehrsclub für Umweltbewußte
VCD
Verkehrsclub der Bundesrepublik Deutschland
Kalkuhlstraße 24 · 5300 Bonn 3
Telefon (02 28) 44 41 44

Übersicht über erfolgreiche und gescheiterte Versuche von Betriebsfortführungen durch die Belegschaften in der BRD (1) (Stand 31.12.1988)

Firma (Bundesland)	Jahr d. Beginns d. Übern.-Ini	Jahr d. Scheiterns	Jahr d. Gründg. d. Beleg.-firma (2)	Sektor/ Produkte	Größe b. Ankünd. d. Stilllegung	Größe b. Schließung	Größe b. Start d. Beleg.-firma	Hauptgründe f. Scheitern (3)	Anmerkungen: weitere Entwicklung d. Belegschaftsfirma
Glashütte Süßmuth GmbH Immenhausen (Hessen)	1969	---	1970	Glasbläserei	280	---	255	X	erste bekanntgew. Beleg. Übern. i. BRD; Stiftungsmodell; s. 1978 50% d. Kapitals bei externem Untern.; heute eher konvent. Fa. m. ca. 120 Besch.
Mitarbeiterges. BEKU GmbH Thüngersheim (Bayern)	1971	---	1972	Baustoffe	96	---	90	A + B	32 Entlassungen in 1973; scheiterte nach 5 Jahren
August Grüber Lüdenscheid (NRW)	1974	1974	---	Preß- u. Formdrehteile, Amaturen	500	500	---	a,j,k	
Walther Electronic AG, Gerstetten (BaWü)	1974	---	1978/79	Büromaschinen	1.200		400	A, B, X	4,5 J. unter Konk.-verw.; Belegsch. verlor Aktienmehrheit Jan. 84: 460 Besch., Dez. 85: Konkurs; Saniergs. konzept: 2 Fa. mit ca. 240 Beschäft. (zuvor mehrf. Eigentümerwechsel)
EMAG Maschinenfabrik, Salach (BaWü)	1975	---	1975	Maschinenb. heute: vollautomat. Fertiganl.	160		160		eher Beteilig.modell als Belegsch. fortführung; Belegsch. hält 51% d. Kapitals; Beschäft. i. Stammw. 1985: 350, Untern. insg. (Ini.): 700
Bammelsberger Masch.fabrik (BaWü)	1975	1975	---	Maschinenb.	800	?	---	a + b	240 Beschäftigte hatten 2,1 Mio. DM aufgebracht
Glashütte Hirschberg (Hessen)	1974	1975	---	Glasbläserei	140	140	---	b + (e)	
Böseler Metallbau (Nieders.)	1975	---	1975	Metallverarbeitung	105		90	X	Bereits Ende 1975 Verkauf u. Fortführung als konvent. Firma
Füssener Textil AG (Bayern)	1975/76	---	1978/79	Textilind. - Garne	800		400		3 J. unter Konk.verw.; eher Beteilig. - als Belegsch. firma, heute ca. 330 Beschäftigte
Spinnerei u. Weberei Augsburg/ SWA (Bayern)	1976	---	1984	Spinn- und Webprodukte	1.050	---	550		8 J. unter Konk.verw.; konvent. Firma - zu ca. 90% i. Belegschaftseigentum; Niedergang in 1988
Winterwerb & Streng Mannheim (BaWü)	1980	---	1980	Getränkemaschinen	?		ca. 130	(A) + B	erneut.Konk. in 1983; dann Auffangeseil. ohne Arb.nehmerbeteil.; z.Zt. ca 70 Beschäftigte
Mattfelder Möbelteile GmbH Brilon (NRW)	1981	---	1982/83	Möbelteile	35		10		(?)
Kaffee HAG (General Food AG) Oldenbüttel (Niedersachsen)	1982	1982	---	Rohkaffeeverarbeitung (Entcoffein.)	105	82	---	c	Belegsch.firma mit ca. 50 Beschäft. als Entcoffein.betrieb scheiterte an Weigerung d. Muttergesellsch. (später Kauf u. Fortf. durch konvent. Firma)
AEG-Brunnenstr. (Berlin)	1982	1982	---	Großmasch., Elektromotoren	3.900			b, c, d	2.300 sollten entlassen werden Belegsch.-Ini plante Teilübernahme mit ca. 1.000 Beschäftigten
Olympia Leer (Niedersachsen)	1982	1983	---	Schreibmaschinen	700	?	---	b + d	Schließung stufenweise mit mehrf. Erhaltungsbemühungen (Anf. 1981 noch 1.300 Beschäft.)
AN Maschinenbau- u. Umweltschutzanlagen GmbH (vormals Voith) Bremen	1982	---	1984	Maschinenbau	170	120 (?)	2		starke Fluktuation (1987: 43 Besch., heute ca.30); Managementprobl., Abbau von Selbstverw.; schrittweise Umstellung auf öko-techn. Spezialbetrieb
H. Lindner GmbH (Berlin)	1983	1983	---	Werkzeug/ maschinen	300	90	---	b	
Agfa München (Bayern)	1983	1983	---	Fotoapparate	4.000	2.300 sollten entl. werd.		d	3 Ang. übernahmen Automatendreherei mit 30 Beschäftigten (statt vorher 90 Beschäftigten)
Wäschereimaschinenfabrik Arendt, Sersheim (BaWü)	1983	1983	---	Wäschereimaschinen	96		---	b + c	
AG Weser (Bremen)	1983	1983	---	Schiffbau	2.200		---	b + d	Übernahmepläne bezogen sich nur auf einzelne Anlagenteile
Richard Adam & Co GmbH Düsseldorf (NRW)	1983	---	1983	Druckerzeugnisse	4		4	(A)	(eine Firma dieses Namens ist heute unbekannt -?)
Tabbert Wohnwagenwerke Bad Kissingen/Albertshausen(Bayern)	1983	1983	---	Wohnmobile	120		---	c	
Geffken Druck u. Verlags GmbH (Bremen)	1983	---	1983	Druckerzeugnisse	14		13		z. Zt. 10 Anteileigner = Beschäftigte; sehr weit entwickelte Selbstverwaltung
Scheel & Jöhnk GmbH (Hamburg)	1983	1984	---	Schiffbau	94	70	---	i	(Fortführung in konventioneller Form)
Schmalbach-Lubeca Velbert (NRW)	1983	1984	---	Plastikbehälter	127		---	b	
Maschinenfabrik Gebr. Hofmann Eibelstadt (Bayern)	1983/4	1984	---	Land- u. Baumaschinen, Kräne	130	110 (?)	---	b	(angestrebt waren eher Kooperationen mit konvent. Unternehmen als eine eigene Belegschaftsfirma)
Mönninghoff GmbH Hattingen (NRW)	1984	1984	---	Metallverarbeitung	800	800/400	---	b	(ca. 400 Beschäftigte waren Monate vor der Schließung von der Arbeit freigestellt worden)
NEA Lindberg Lübeck (Schleswig-Holst.)	1984	1984	---	Elektronik-Geräte	50		---	c + e	41 sollten entlassen, der Rest in einem Verkaufsbüro der Fa. weiterbesch. werden
Krupp Industrietechnik (Bremen)	1984/5	1985	---	Konstr. u. Entw. f. Wasser- u. Nahrungsmitteltechnik	190(?)	?	---	b, (c), d	2 od. 3 kleinere Ing.büros wurden von ehemal. Angest. gegründet - keine Koop.-Betriebe
Sulzer (Bremen)	1984/5	1985	---	Sanitär, Anlagen- u. Gebäudetechnik	69		---	d (+e)	
Jakob Häuser GmbH Hennefer Ing.bau (NRW)	1985	1985	---	Brücken u. Kläranlagen	50	33	---	b + f	
H.G. Schmidt Verkaufs-GmbH (Bremen)	1985	1985	---	Kfz-Ersatzteil-Großhandel	33	33	---		
Profilia Warendorf (NRW)	1985	1985	---	Polsterei	?		---	d	
Grosser Zell b. Würzb. (Bayern)	1985	1985	---	Jalousien	60		---	b	(außerdem wurde kein Unternehmer als Partner gefunden, was polit. als notwendig erachtet wurde)
Litho Thüngen (Bayern)	1985	---	1985	Lithos u.a. graf. Erz.	28		28		Belegschaft hatte auf Übernahme aller Beschäftigten bestanden
Schuhfabrik Panda Naila (Bayern)	1985	---	1985/6	Schuhe	280		280		Zur Konkursabwendung haben Belegschaft und Gesch.führung d. Betrieb gemeinsam gekauft
Petri Fenster- u. Fassadenbau GmbH Bexbach (Saarland)	1985/6	---	1987	Fenster- u. Fasssadenbau	100		58		weitgehende Sanierung unter Konkursverwalter
Heinatz Druckerei (Bremen)	1986	1986	---	Druckerz.	44		---	b, h, i	(wurde dann von konvent. Unternehmen aufgekauft)
Tempergießerei Batz, Velbert (NRW)	1988	1988	---	Gießereiprodukte	86		---	a (?)	
Pohl & Jozwiak (Hamburg)	1988	?	?	Schiff- u. Maschinenbau	102	?	?	?	(wurde in Übersicht aufgenommen, als Übernahme-Ini gerade publik wurde)

(1) Die Dunkelziffer – vor allem bei Klein- und Kleinstbetrieben – ist unbekannt. Belegschaftsfortführungen sind überdies nicht in allen Fällen von konventionelleren Fortführungslösungen trennscharf zu unterscheiden. Mit wenigen Ausnahmen beschränkt sich diese Übersicht auf klare Belegschaftsfortführungen.

(2) Es fehlen eindeutige Erklärungen, warum die Erfolgsquote bei Übernahmeversuchen in den 70er Jahren so unverhältnismäßig hoch war – möglicherweise sind Fehlschläge in Vergessenheit geraten; möglicherweise spielte die beschäftigungsgünstigere Gesamtsituation eine Rolle; vielleicht haben die insgesamt eher konventionellen Fortführungsmodelle auch bei überwiegendem Belegschaftseigentum – Unterstützungen durch Staat und Banken erleichtert.

(3) Die Buchstaben stehen für folgende Gründe des Scheiterns einer (versuchten) Belegschaftsfortführung. (Die genannten Gründe sind weder systematisch noch vollzählig):

Großbuchtstaben benennen die Gründe für das Ende eines erfolgreich übernommenen Betriebs:

A = Kapitalmangel

B = Managementfehler; beabsichtigter Konkurs; Marktprobleme

C = Betrieb wird fortgeführt, aber nicht als Belegschaftsbetrieb (z.B. wenn bei Kapitalaufstockung die Belegschaftsanteile in die Minderheit geraten oder wenn der Betrieb insgesamt verkauft wird)

Kleinbuchstaben stehen für Gründe, die die Übernahme selbst scheitern ließen:

a = Altunternehmen war zu stark verschuldet

b = fehlendes Startkapital (häufig ein Hinweis auf Weigerung der Banken und/oder des Staates bei Finanzierung mitzuwirken)

c = mangelnde Kooperationsbereitschaft oder Verweigerungshaltung bei Altunternehmen oder Konkursverwalter

d = Gründe innerhalb der Belegschaft (z.B. mangelnde Einigkeit oder Entschlossenheit, Akzeptieren einer anderen Lösung – einschließlich Sozialplanabfindungen, Alternativangebote des Arbeitsmarktes, u.a.)

e = kein ausreichender Markt oder andere wirtschaftliche Risiken

f = Zeitmangel, zu großer Zeitdruck (was oft auch Hintergrund für b + d ist)

g = neue Produkte wären nötig, konnten aber nicht entwickelt oder präsentiert werden

h = unzureichende oder falsche Beratung (was viel häufiger der Fall sein dürfte als in der Übersicht erwähnt)

i = Übernahme-Initiative wurde durch eine andere Fortführungslösung (z.B. Kauf durch einen Dritten) beendet

Im Rahmen der Untersuchung der Angestelltenkammer Bremen über Betriebsfortführungen durch Belegschaften wurde auch eine Dokumentation erstellt, die als Standortarchiv geführt wird. Neben zahlreichen Darstellungen und Dokumenten einzelner Übernahmefälle enthält die Dokumentation auch Unterlagen zu speziellen Fragen wie z.B. Interessenausgleich und Sozialplan bei Betriebübernahmen, rechtliche Probleme, Finanzierungsfragen, etc. Auch Randbereiche wie Betriebsübernahmen in anderen Ländern, Fragen „alternativer" Produktion, Selbstverwaltungs- und Alternativökonomie sind – unsystematisch – berücksichtigt.

Die Dokumentation kann von allen Interessierten benutzt werden.

Kontakt:
Angestelltenkammer Bremen, Betriebs- und Personalrätezentrum
Postfach 10 76 67, 2800 Bremen 1, ☎ (0421) 3 63 01-0.

Es wird darum gebeten, einschlägige Unterlagen und Informationen an dieselbe Adresse einzuschicken, damit die Archiv-Dokumentation vervollständigt und auf dem Laufenden gehalten werden kann.

Frauen in Gewerbehöfen

Netzwerk „Frauen in örtlichen Beschäftigungsinitiativen"

Red. Frauen Das zweite Treffen des Netzwerks „Frauen in örtlichen Beschäftigungsinitiativen" fand Anfang Juni in Berlin statt. Petra Schallhöfer von ZERP aus Bremen nutzte die Gelegenheit, näheres über das Frauenstadthaus Bremen, über die Pläne der Kölner Genossinnen der Ehrenfelder Bau- und Produktionsgenossenschaft und den Entwicklungsstand des Gründerinnenzentrums in Berlin für CONTRASTE in Erfahrung zu bringen. Da alle drei Projekte eine ähnliche Zielrichtung verfolgen, soll der begonnene Erfahrungsaustausch zukünftig fortgeführt werden.

Frauenstadthaus Bremen

Inge, das Frauenstadthaus Bremen steht kurz vor seiner Realisierung. Wie sehen eure Ziele aus?

Das Frauenstadthaus ist ein Wohn- und Arbeitsprojekt mit der Zielsetzung, Wohnungen und neue Wohnformen für Frauen zu schaffen und Raum für Frauenbetriebe bereitzustellen. Um dies zu verwirklichen soll ein Haus über einen Fonds gekauft werden, in den Frauen Geld einlegen können. Damit wollen wir einen Geldkreislauf herstellen, in dem finanzkräftige Frauen andere Frauen unterstützen. Ein weiterer Schwerpunkt des Projektes ist, den Umbau und die Instandsetzung des Hauses zusammen mit Baufachfrauen durchzuführen. Da es in bestimmten Gewerken aber keine Bauhandwerkerinnen gibt, müssen wir bei einem Teil dieser Maßnahmen auch mit herkömmlichen Betrieben zusammenarbeiten. Zur Umsetzung: 15 arbeitslose Bauhandwerkerinnen werden drei Jahre lang an dem Umbau beteiligt. Sie werden über eine Qualifizierungsmaßnahme des EG- Sozialfonds gefördert. In den ersten zwei Jahren werden sie über ABM beschäftigt. Das dritte Jahr gilt als Existenzgründungsphase, so daß sie im Anschlußdaranmöglicherweise den eigenen Betrieb gründen könnten.

Kennt ihr die ABM Frauen?

Zum Teil arbeiten sie bereits seit einem Jahr in unserer AG mit, ein Teil wird zugewiesen.

Geht Eure Mischung von Wohnen und Arbeiten in Richtung Kommune?

Nein, Frauen, die dort ihre Werkstatt einrichten, werden nicht unbedingt dort wohnen. Wir wenden uns mit den Wohnformen an eine andere Zielgruppe. Es sollen Sozialwohnungen für alleinerziehende Mütter, für Mädchenwohngemeinschaften und ältere Frauen entstehen. Im Planungsansatz sind Grundrisse für andere Wohnformen vorgesehen.

Wie kamt ihr auf die Idee, Wohnformen, Ausbildung und Praxis zu verbinden?

Wir machen keine Ausbildung, sondern wollen arbeitslosen Bauhandwerkerinnen mit abgeschlossener Berufsausbildung die Berufspraxis vermitteln, die ihrer Qualifikation entspricht. Wir setzen an der Offensive der Bundesregierung an – Frauen in Männerberufe.

Um welche Berufe handelt es sich?

Tischlerei, Elektro und Malerei. Zu Beginn der Bauphase werden diese drei Werkstattbereiche eingerichtet. Die Idee zu unserem Projekt entstand im Sommer 1986 auf einer Tagung über frauenspezifische Arbeitsmöglichkeiten für Architektinnen. Daraus entstand der Wunsch, ein Projekt von und für Frauen zu machen. Es war uns von Anfang an wichtig, den Wohnbereich miteinzubeziehen und mit Bauhandwerkerinnen zusammenzuarbeiten, d.h. die Trennung von Planung und Ausführung aufzuheben. Nach Abschluß der Bauphase beabsichtigen wir die Gründung einer Sanierungskooperative, in der diese beiden Bereiche wieder ineinander fließen können.

Ihr wollt im Oktober beginnen. Habt ihr schon ein Haus?

Voraussetzung für den Beginn unserer Qualifizierungsmaßnahme ist der Kauf eines geeigneten Objekts. Die Kaufverhandlungen laufen, so daß wie hoffen, im Oktober beginnen zu können.

Braucht ihr noch Geld dafür?

Frauen können Beträge von DM 5.000,– oder ein Vielfaches davon in den Fonds einlegen. Die FondsFrauenstadthaus GmbH wird das Gebäude kaufen. Frauen, die sich an dem Fonds beteiligen wollen, schließen sich aus Gründen der Haftung in einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) zusammen und werden stille Gesellschafterinnen in der GmbH. Ab Vermietung des Hauses erhalten die Frauen 4% Zinsen für ihre Einlage. Wir haben diese Rechtsform gewählt, damit Frauen, die mit dem Projekt nichts zu tun haben, nicht über ihre Anlage hinaus haften. Die Mitbestimmung dieser Frauen ist nur möglich, wenn sie in den Verein Frauenstadthaus eintreten.

Habt ihr euch mit der Rechtsform der Genossenschaft befaßt?

Auf unser Projekt bezogen nicht, da in Bremen erfahrungsgemäß eine Genossenschaftsgründung sehr langwierig ist und wir unser Projekt schnell umsetzen wollten.

Ehrenfelder Bau- und Produktionsgenossenschaft

Gabriele, du bist zur Zeit in einer Genossenschaft tätig und planst Veränderungen. Welche Zielsetzung hat die Ehrenfelder Bau- und Produktionsgenossenschaft und welche Veränderungen stehen an?

Die Ehrenfelder Bau- und Produktionsgenossenschaft ist ein Ableger des Ehrenfelder Vereins für Arbeitsbeschaffung, E.V.A. mit der Zielsetzung, Arbeitsplätze zu schaffen. Allerdings geht die Genossenschaft über diesen Rahmen noch hinaus. Sie bietet für dort angestellte Männer und Frauen mehrere Vorteile: tarifliche Entlohnung, innerbetriebliche Qualifizierungsmaßnahmen und die Teilnahme an einem struktuierten Weiterbildungsprogramm. Durch die Möglichkeit, an der Selbstverwaltung des Betriebs teilzunehmen, Mitbestimmung auszuüben, handelt es sich um einen nicht hierarchisch struktuierten Betrieb.

Wieviele Leute arbeiten dort und in welchen Bereichen?

In der Genossenschaft arbeiten zur Zeit ca. 25 Angestellte in vier unterschiedlichen Betrieben. Es gibt zwei Männer und zwei Frauenbetriebe. Die Betriebe, in denen mit einer Ausnahme ausschließlich Männer beschäftigt sind, sind die Bereiche Bauen und Malen.

Und die beiden Frauenbetriebe?

Das ist Grafik-Design und die Cafeteria. Eine Frau hat eine Cafeteria in der Volkshochschule Köln übernommen.

Beantragen die Frauen über den Verein E.V.A. ABM-Stellen für die Bereiche, in denen sie sich nach Ablauf der Maßnahmen selbständig machen wollen und werden dann von der Genossenschaft als Betrieb übernommen?

Das ist die große Ausnahme. Beim E.V.A. sind arbeitslose Jugendliche beschäftigt. Dort könnte z.B. eine 17jährige Malerin ein Jahr lang tariflich entlohnt beschäftigt werden. Sie hat dann aber noch nicht die Voraussetzung, sich in der Genossenschaft selbständig zu machen. Sie könnte bestenfalls in der Malertruppe der Genossenschaft angestellt werden. In der Regel schließen sich ältere Frauen zwischen 30 und 40 Jahren zu einer Interessensgemeinschaft von Genossinnen zusammen und überlegen, welche Projekte sie gemeinsam verwirklichen können. Das sind entweder Frauen, die neu ins Berufsleben einsteigen oder sich verändern wollen.

Wie haben sich die beiden Frauenbetriebe gegründet?

Kurze Zeit nach der Gründung der Genossenschaft Ende 88 hat sich innerhalb der Genossenschaft auf Betreiben von zwei Frauen die Initiative „Frauen schaffen sich ihre Arbeitsplätze selbst" gegründet. Sie wollten sich mit anderen Frauen zusammenschließen, um ihren Interessen besser nachgehen zu können, andere Frauen zu organisieren und die großen Chancen der Genossenschaft inbezug auf Existenzgründungen wahrzunehmen. Ich habe an der Initiative auch teilgenommen mit dem Ziel, ein Projekt innerhalb der Genossenschaft zu gründen.

Das waren nur zwei Frauen, von denen diese Initiative ausging?

Ja.

Wie viele seid ihr jetzt?

Zur Zeit sind wir eine Stammgruppe von fünf Frauen, die sich regelmäßig in Arbeitskreisen treffen. Wir haben außerdem 10 - 15 Symphatisantinnen, die am allgemeinen Weiterbildungsprogramm teilnehmen. Das ist breit gefächert. Die Frauen wollen sich beruflich verändern und sehen die Chancen, die eine solche Genossenschaft bietet.

Stellt die Genossenschaft das Kapital für ihre Existenzgründung bereit?

Wenn die Frauengenossenschaft gegründet ist, die ausschließlich Fraueninteressen vertritt, wird das so sein. Wir beabsichtigen eine EG-Förderung als Modellprojekt hierfür zu beantragen.

Ihr wollt euch aus der bestehenden Genossenschaft ausgliedern oder wollt ihr innerhalb der Genossenschaft einen eigenen Frauenbereich aufmachen?

Innerhalb der gemischten Genossenschaft besteht ja schon eine eigene Frauenabteilung. Wir erkennen aber mit der Zeit immer klarer, daß das geschlechtsspezifische Problem eine große Bedeutung hat und daß die Genossenschaft neben der Verwirklichung von Kooperation, Selbstverwaltung und Mitbestimmung überfordert ist, soll auch noch die geschlechtsspezifische Problematik gelöst werden. Wir halten es für sinnvoll, die beiden Bereiche zu trennen.

Spielt dabei mit eine Rolle, daß Frauen sich in anderen Bereichen selbständig machen als Männer?

Ja, auf den Gesamtarbeitskreisen schaltet der eine Bereich ab, wenn der andere berichtet. Leider existiert die innerbetriebliche Harmonie nicht.

Wollt ihr weiter in dem Kölner Stadtteil Ehrenfeld ansässig sein oder wollt ihr andere Bereiche, die über die Stadtteilarbeit hinausgehen erschließen?

Wir fühlen uns dem Stadtteil verbunden und wollen dort bleiben.

Weiberwirtschaft e.V.

Und nun zur Weiberwirtschaft, einer Genossenschaft, die es noch noch gibt, in die aber bereits sehr viel Arbeit investiert wurde. Ricarda, was habt ihr vor?

Wir sind 1987 als der Verein Weiberwirtschaft entstanden. Unser Ziel ist der Aufbau eines selbstverwalteten Gründerinnenzentrums in der Form der Genossenschaft in Berlin. Zweck der Genossenschaft ist der Erwerb und Betrieb eines Gewerbehofs, der an Frauen, die sich selbständig machen, an Frauenbetriebe und an soziale und kulturelle Frauenprojekte vermietet werden soll. Wir wollen den Hof mit einer technischen Infrastruktur ausstatten, Kinderbetreuung anbieten, Möglichkeit zur gemeinsamen Werbung, Beratung- und Weiterbildungsangebote dort ansiedeln. Wir versprechen uns von einer solchen Mischung bessere Ausgangsbedingungen für die dort ansässigen Projekte und Betriebe. Inzwischen haben wir uns entschlossen, eine reine Frauengenossenschaft zu gründen. Es geht uns darum Männer aus den Genossenschaftsgremien fernzuhalten, da der Hof ausschließlich von Frauen geleitet werden soll. Die Rechtsform der Genossenschaft setzt in diesem Zusammenhang gewisse Grenzen, so daß wir nun gezwungen sind, Männer von der Mitgliedschaft auszuschließen.

Zur Zeit befinden wir uns in einem Diskussionsprozeß über die Satzung und haben mehrere Stellen über den Verein zur Vorbereitung des Projekts beantragt. Unser zukünftiger Genossenschaftsanteil soll mindestens DM 200,– betragen, um auch weniger finanzkräftigen Frauen, Frauenbetrieben und - projekten die Mitgliedschaft in der Genossenschaft zu ermöglichen, d.h. sich am Aufbau des Gründerinnenzentrums zu be teiligen.

Das können natürliche und juristische Personen sein?

Ja, das Genossenschaftsrecht bietet diese Möglichkeit. Neben natürlichen Personen können auch Personengesellschaften (GmbH, GbR, Verein) die Mitgliedschaft erwerben. Insofern stehen wir vor dem Dilemma zu definieren, was ist ein Frauenbetrieb oder ein Frauenprojekt. Wir haben die Frage der Mitgliedschaft noch nicht abschließend geklärt, tendieren aber derzeit dazu, die Mitgliedschaft auf natürliche Personen weiblichen Geschlechts zu beschränken.

Wie bereits in CONTRASTE berichtet, haben wir unser Auge auf ein großes Gebäude geworfen. Anhand dieses Gebäudes haben wir ein detailiertes Nutzungs- und Umbaukonzept erarbeitet und inzwischen dem neuen Senat eingereicht. Wir haben auch mit Vertretern verschiedener Parteien gesprochen und sind auf ein positives Echo gestoßen.

Zum Genossenschaftszweck: Ihr habt vor, in späteren Jahren Überschüsse aus den Einnahmen der Genossenschaft sozialen und kulturellen Initiativen von Frauen zukommen zu lassen, d.h. einen Geldkreislauf von gewerblicher Frauenarbeit hin zu kultureller zu schaffen.

Ja, wir stellen uns vor, Überschüsse aus den Mieteinnahmen – unsere Genossenschaft wird ihre Einnahmen vorrangig aus Mieten erzielen – in einen Fonds innerhalb der Genossenschaft fließen zu lassen und mit diesem Fonds soziale und kulturelle Zwecke der Frauenbewegung zu begünstigen. Das ist allerdings nur langfristig machbar, denn das hängt ab von der Höhe der Mieten, die wir verlangen können. Zum jetztigen Zeitpunkt ist überhaupt nicht klar, ob wir nicht doch eine Erbpachtregelung eingehen müssen und da ist beispielsweise die Höhe der Mieten festgesetzt.

Ich danke euch für das Gespräch und bitte noch um eure Kontaktadressen.

Frauenstadthaus Bremen
Hamburger Str. 94
2800 Bremen
Tel. 0421 / 49 48 54
Spenden ans Postgiroamt Hamburg
BLZ 200 100 20
Kto. 10 72 42 - 203

Ehrenfelder Bau- und Produktionsgenossenschaft e.G.
Helmholtzstr. 2
5000 Köln 30
Interessierte Frauen, die sich der Initiative eines Gewerbehofs für Frauen in Köln anschließen wollen, melden sich bitte bei: Gabriele Schulten, Tel. 0221 / 546 13 98

Weiberwirtschaft e.V., Hasenheide 54, 1000 Berlin 61
Tel. 030 / 693 53 61

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Vorschau

In der September-Ausgabe werden wir auf dieser Seite über Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen in Frauenprojekten berichten.

Vorwort

Herrmann Cropp

Red. Naturkost Und wieder melden wir uns aus der Naturkostszene ... Bioläden, Coops, Bundesverbände und antiautoritäre Unorganisierte verhelfen uns jetzt zu einem neuen Lesegenuß.

Berichtet wird über die Ergebnisse des Bundestreffens der Lebensmittelcooperativen auf Burg Ludwigstein vom 9. bis 11. Juni '89.
Was zu tun ist, um eine "dezentrale, unabhängige Handelsstruktur zu erhalten" diskutiert Birgit Röhrs aus dem Bremer Maiskolben, einer seit rund 10 Jahren mit Laden bestehenden Verbrauchercoop. Obwohl gerade Bremen sich durch eine Vielfalt und Vielzahl von Coops auszeichnet, was wohl ein Erbe der typisch bremischen Spontiszene ist (welche den Spontibegriff erst kreiert hat), hat der Maiskolben sich nicht wirtschaftlich offensiv entwickelt, sondern legt sein Schwergewicht auf ideelle Dinge wie Verbraucheraufklärung bei Biomessen, Infoständen und Ausstellungen.
Mit den neuen Aktivitäten des Biolädenverbandes befaßt sich mein eigener Beitrag. Übrigens muß bei dieser Gelegenheit vermerkt werden, daß unsere letzten Beiträge in CONTRASTE ungleich mehr über Coops als über Läden sind, was hoffentlich bald wieder ausgeglichen wird. Es sollte über alle Arbeitsbereiche und Handlungsebenen der Naturkost berichtet werden, also auch über Großhandel, Verarbeiter und Erzeuger.

Der Artikel von Thomas Albrecht aus der Berliner Futtercoop Bergmannstraße zeigt in eine hoffnungsvolle Richtung, wie die Gegensätze zwischen Coops und Läden überwunden werden können.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins ...?

Birgit Röhrs

Red. Naturkost Bei Gebrüder Grimm stand dieser Satz in Zusammenhang mit dem Sortieren von Linsen. Der Sinn dieses Sortierens ist leicht zu erkennen, im Zusammenhang mit der Naturkostszene fällt es schwer

Wer sind die Schlechten, wer die guten LadnerInnen bzw. Koops, nach welchen Kriterien kann dies entschieden werden und wer trifft diese Entscheidung?

Grundsätzlich tragen alle zur Vergrößerung des Absatzmarktes für kontrollierte-biologische Produkte bei und somit zum Schutz unserer Umwelt.

Wesentlich wichtiger ist es, sich zukünftig mit der Frage zu beschäftigen, was wir gemeinsam tun können, eine dezentrale, unabhängige Handelsstruktur zu erhalten.

Teile des Naturkosthandels verfallen der widersinnigen Vorstellung, dem Eindringen des konventionellen Handels nur durch Angleichung entgegentreten zu können. D.h. Monopolisierung des Großhandels, Belieferung über regionale Grenzen hinaus und ein Marketing, das sich an einem von konventionellem Handel anerzogenen Konsumverhalten der VerbraucherInnen orientiert. Ein Konsumeverhalten, das einer ökologischen Veränderung entgegensteht.

An einigen Beispielen möchte ich diese Entwicklung verdeutlichen:
- kleine Verpackungseinheiten
- wenn Gläser, dann selten im Pfandsystem
- kunststoffhaltiges Verpackungsmaterial
- steigender Verarbeitungsgrad der Lebensmittel (Brotaufstriche, Bio-Chips)

Durch Veränderungen auf Handelsebene Existenzen zu sichern, ist ein Weg. Nur sollten dabei negative Folgen – wie Konkurrenz- und Preisdruck – nicht außer Acht gelassen werden.

Ein weiterer Schwerpunkt sollte in der Einbeziehung des/der VerbraucherInnen liegen. Ihm/ihr seine/ihre Macht, aber auch Verantwortung verdeutlichen.

Zum einen durch ein offensives Aufzeigen der Folgen einer Verdrängung des Naturkosthandels. Zum anderen durch kontinuierliche Aufklärung, wie mensch schon durch die Wahl der Einkaufsstätte eine Pseudo- Bio-Welle verhindern kann.

Diese Aufklärung muß von großer Offenheit geprägt sein, auch in Fragen der Preisgestaltung. Druch die sogenannten Skandale sind viele Menschen sensibilisiert und mißtrauisch gegenüber jedem gewerblichen Handel. Ein Grund, warum in der letzten Zeit ein reger Zulauf zu den Kooperativen zu verzeichnen ist. Der Wunsch, durch Selbstorganisation weitestgehend nachvollziehen zu können, woher die Lebensmittel kommen, hat viele aktiviert.

Die genannten Entwicklungen haben zu Konkurrenz- und Existenzängsten bei einigen LadnerInnen geführt. Gegenüber Koops wurde dann oft mit Druck über die GroßhändlerInnen reagiert. So verständlich diese Reaktion ist, führt sie doch zu keiner befriedigenden Lösung und verhärtet zudem die Fronten.

So werten wir es als positiv, daß der Bundesverband der NaturkosteinzelhändlerInnen Gesprächsbereitschaft signalisiert hat. Es ist eine Chance, gemeinsam Modelle zu entwickeln, die eine Existenz von gewerblichen und nicht- gewerblichen Vermarktungsformen nebeneinander oder auch in Kooperation ermöglichen.

Zum Schluß möchte ich noch einen positiven Aspekt der teilweise sehr unerfreulichen Auseinandersetzung Gewerbliche/Koops aufgreifen. Einige Koops haben die Notwendigkeit erkannt, Aktivitäten über die Selbstversorgung hinaus zu entwickeln. So gibt es Bestrebungen zu neuen Organisationsmodellen, die eine größere Professionalität beinhalten und trotzdem eine Unabhängigkeit von Gewinnerwirtschaftung garantieren.

Wenn wir uns in Zukunft ernsthaft an der Gestaltung der Naturkost„szene" beteiligen wollen, müssen wir auch Veränderungen bei uns anstreben und zulassen.

Die Ladenszene organisiert sich!

Herrmann Cropp

Red. Naturkost Endlich haben die Bioläden einen gemeinsamen Nenner gefunden, eine gemeinsame Idee, die alle Ernstmeinenden verbinden soll. Und in diesen Wochen schreitet man zur Tat, die jahrelang geplant war.

Die gemeinsame Idee hat etwas gutes, klärendes, der ganze Biowirrwarr soll ausgemistet werden. Aber – die gemeinsame Idee hat auch etwas schlechtes, dogmatisches, unpersönliches; Kontrolle statt Vertrauen!

Natürlich ist es erfreulich, wenn die Bananenchips und Gewürze aus unbiologischem Anbau verschwinden, um Biokräutern Platz zu machen. Aber keine Kokosflocken mehr? Aus biologischem Anbau gibts die nicht, aber aus was soll ich mir künftig Kokosmakronen, Plätzchen oder Müsli machen?! Daß ich die künftig von Aldi hole, kann doch nicht der Plan der Bioladenkontrolleure sein! Gewiß, wenn man zu viele Ausnahmen macht, kann man keine Regeln mehr aufstellen. Aber wozu überhaupt Regeln? Damit die Bioladner eines Sinnes werden, braucht man keine Dogmen sondern eine gemeinsame Überzeugung – das ist es.

Allerdings besteht begründete Hoffnung, daß die Zwangsmaßnahmen, Mängelberichte, Rügen und Ausschlüsse nicht das Verbandsleben werden erstarren lassen, dazu sind die Ladenleute viel zu lebhaft. Bei den Anbauverbänden hat sich auch gezeigt, daß die freiwillige Selbstkontrolle und gegenseitige Unterstützung benachbarter Biobauern das stärkste Organisationselement war (und ist). Ist ein Anbauverband besonders dogmatisch, dann steigen die Bauern auch schon mal aus oder um (wie bei Demeter der Fall).

In einem Bioladen in Hannover letzte Woche war die Ladnerin ganz nervös: um 14 Uhr hat sich der Kontrolleur vom Naturkostverband angesagt – ja, frißt er dich auf? – nein, aber ich muß mich vorbereiten. Was der alles wissen will und vielleicht auszusetzen hat... – Wie wär's , wenn du an ihm was aussetzt? Vielleicht hängt seine Krawatte schief, oder er hat keine Ahnung wie man Linsen kocht... – ach, naja, ich laß mich unnötig nervös machen. Eigentlich haben wir das doch alle so gewollt, daß es nun mal ernst wird mit der Verbesserung des Warenangebots, mit der Kontrolle, damit alle genauso handeln. – Ja siehste, also kein Grund zum Zittern! Heck mit ihm aus, wie ihr mal ganz kräftig in den Regalen aufräumt. Gemeinsames Handeln kann eure Position gegenüber denen, die mit halben Sachen groß auf den Markt gehen, aber auch gegenüber den Erzeugern und Großhändlern doch nur stärken. Dann stellt ihr Läden mal Bedingungen. Und inhaltliche Bedingungen können sehr schnell auch zu Bedingungen in der Großhandelskalkulation führen, was dann letztlich eure wirtschaftliche Position stärken wurde... von dieser Art waren einige Gespräche in den Bioläden in letzter Zeit.

Was rausfliegt, schmerzt den Ladner weniger als die Lieferanten, womit wir bei den wahren Übeltätern wären. Insbesondere jene Produkte, die keiner braucht und an die man nicht mal dachte, werden mit einem gehörigen Aufwand und Überredung, vor allem aber mit kostspieliger Werbung an die Verbraucher gebracht. Den Verdienst an jenen Waren, die nicht in die Bioläden gehören, und die den Ladnern oft wie Goldesel verkauft werden, den haben die Lieferanten, die aus billigsten Rohstoffen mit raffinierter Verarbeitung ein vielfach so teures Präparat herstellen. Ein Wunderdoktor aus dem Himalaya oder den Alpen spricht seinen Segen darüber – und damit wird die vielversprechende Verpackung solcher Waren bedruckt.

Die bislang unorganisierten, mehr oder weniger spontanistischen Bioladner waren bislang (neben Sozialhilfeempfängern) das wirtschaftlich schwächste, aber aufopferndste Glied in der Kette des Biohandels. Endlich wird ihre Stellung stärker! Sollen der Großhandel und die Verarbeiter mal nach ihrer Pfeife tanzen. Nicht daß ich ihnen eine dickere Scheibe aus dem Erlöskuchen wünsche (die sie dann ohnehin haben werden), sondern daß sie mehr ihren fundamentalistischen Geist der ganzen Szene einhauchen, das wünsche ich mir. Nicht daß alle Bioladner solche Fundis wären, es sind auch Betonköpfe darunter, die der betriebswirtschaftlichen Weltanschauung anhängen. Die Mehrheit sind jedenfalls Idealisten, zufrieden mit 5 bis 10 Mark bei reichlich 60 Wochenstunden.

Nach mir vorliegenden Schätzungen verschiedener Herkunft haben die 1.200 bis 1.400 westdeutschen Bioläden einen durchschnittlichen Umsatz von 20.000 Mark – das heißt aber, daß jedem sogenannten gutgehenden Laden mit 50.000 im Monat 3 Läden mit nur 10.000 im Monat gegenüberstehen. (Harald, das ist der Grund, warum du deinen Halbtagsjob neben dem Bioladen nicht aufgeben kannst und deine Mutter weiter aushelfen muß.) Das bedeutet rund 10 bis 12.000 Umsatz pro Arbeitskraft und abzüglich aller Kosten und Abzüge rund 1.000 Mark. Das halte sich mal der moderne, intellektuelle, grünwählende Naturkostverbraucher vor Augen!

Also, die Bioläden bedürfen dringend einer Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage. Und das nicht zu ihrer persönlichen Bereicherung, sondern zur Stärkung ihres marktpolitischen Einflusses. Das könnte die nun anlaufende Sortimentsbereicherung letztlich erbringen, wenn man nicht bei Chips und Kokosflocken stehenbleibt, sondern mit besseren Produkten auch andere Großhandelsstrukturen verlangt. Anfang der 80iger gab's schon mal einen Anlauf, als die bis dahin bestehenden Großhandelsstrukturen regionalisiert wurden und den Läden spürbare Vorteile gegenüber den bundesweit liefernden Großhändlern gaben.

Ich bin kein Ökonomist, der überall den Kapitalismus wittert. Aber ich sage auch nicht, wie Hermann vom Regionalverteiler Elkershausen kürzlich: „daß wir mit (!) dem Kapitalismus leben müssen". Nein, wir müssen trotz dem Kapitalismus leben! Der Kapitalismus ist nur mächtig in denen, die mit ihm handeln, sich ihm anpassen und in täglicher Bequemlichkeit und Geschäftsroutine ihre Ideale vergessen. Aus Bequemlichkeit verkauft man lieber Schokolade als Müsli, trinkt lieber Wein als Kräutertee. Leute, so ist es und nicht anders! (*Wohlvermerkt – das spiegelt nicht die Meinung der Heidelberger Endredaktion wider, die Wein nicht aus Bequemlich-*

Fortsetzung nächste Seite

Übersicht

Für den gespannten Leser eine kurze Klassifizierung der bundesdeutschen Coopbewegung, die in dieser Einteilung sicher manchen überraschen wird:

1. Verbrauchercoops ohne Lagerräume, gelegentliche und geringe Umsätze, wechselnde Organisatoren.

2. Verbrauchercoops mit Laden oder Lager, regelmäßigen Öffnungszeiten, Mitarbeiter nach Plan, ehrenamtlich oder bezahlt. Verkauf nur an Mitglieder, Umsätze gehn so (naja, 3 bis 5 oder 8000 Mark im Monat).

3. Erzeuger-Verbraucher- Gemeinschaften, entstanden aus der Bauernopposition um das Bauernblatt, mit Läden und normalen Öffnungszeiten, Verkauf an alle. Mitarbeiter ehrenamtlich und / oder bezahlt. Umsätze oft sehr gut, jedenfalls besser als mancher Bioladen.

4. Querbeetmodell (wird in einer der nächsten Ausgaben genauer vorgestellt). Läden nach diesem, formal einzelhändlerischen, Modell erzielen höchste Umsätze (40 bis 60.000 im Monat), verkaufen nur an Mitglieder, Mitarbeiter werden bezahlt.

5. und das mag überraschen, auch die Bioläden zähle ich zu den cooperativen Naturkostprojekten. Das erklärt sich aus ihrer idealistischen Gründerzeit, die man getrost urgenossenschaftlich nennen darf, sowie aus ihrer derzeitigen finanziellen Lage. Das Lohnniveau in den Bioläden ist oft nicht höher als Sozialhilfe, manchmal sogar darunter, weil die Ladner zu stolz sind, beim Amt betteln zu gehen. Die Wochenarbeitsstunden betragen oft das doppelte von dem was die Gewerkschaft für erstrebenswert ansieht – (naja, die Gewerkschaften...). Wer aber unter solchen Umständen arbeitet, dem kann objektiv nicht private Bereicherung unterstellt werden, der tut es für seine Mitmenschen, und das ist in gewissem Sinne cooperativ.

Die Umsätze in den obigen Gruppen sind ganz verschieden, desgleichen ihre Anzahl. Am verbreitesten sind die Bioläden (1200 – 1400, genauer gehts nicht) mit einem Jahresgesamtumsatz von um die 300 Millionen. Davon haben die unter 1. und 2. genannten Coops bundesweit schätzungsweise 1 – 2%, jedoch regional bis zu 10% und bei bestimmten Warengruppen, nämlich bei Grundnahrungsmittlen, noch erheblich mehr. Das bedeutet auch, trotz insgesamt so geringer Umsätze, beachtliche Steigerungsmöglichkeiten. Der Querbeetläden (4) sind nur wenige, dieses Vermarktungsmodell ist noch jung, aber dynamisch. Einige ihrer Methoden zur Einbeziehung der Verbraucher werden übrigens auch von Bioläden angewandt, wie Kundenkredite und Kundenverbrauchskonten. Was solche cooperative Elemente anbelangt, gibts in den Bioläden eine vielseitige Praxis. Aus diesem Grund ist die obige Klassifizierung auch mehr theoretisch. Tatsächlich sind die Übergange fließend, – so soll sich ein künftiger Beitrag mit der Entwicklung der Erzeuger- Verbraucher-Läden hin zu normalen Bioläden beschäftigen.

Fortsetzung

keit, sondern ausschließlich wegen des guten Geschmacks und der angenehmen Wirkung wegen trinkt!)

Die kapitalistischen Einrichtungen, kapitalistisches Geschäftsgebahren und die der allgemeinen Bequemlichkeit entspringende Unterordnung unseres Handelns unter materielle Erwägungen, das gilt es hier zu kritisieren. An Einrichtungen aber sind insbesondere der Großhandel und die Hersteller zu kritisieren. Und bei solcher Kritik erfahre ich nun leider, daß sie nicht immer willkommen ist, obwohl ich mich sehr um solidarische, also verständnisvolle Kritik bemühe. Während z.B. die Kornkraft eG schon zweimal recht deutlich aufs Korn genommen wurde und das keinesfalls zum Anlaß für Boykottmaßnahmen nimmt, hört man aus dem Umkreis eines ebenfalls kritisierten Großhandels andere Töne. Als ich dessen gewahr wurde, war ich erst erschrocken, ob ich mich im Ton vergriffen hätte, oder ob man so offen nicht sprechen dürfe. Langsam dämmerte mir, was mir ja schon oft widerfahren ist, was mir aber immer unbegreiflich bleiben wird – das ist ja Zensur! Genug, es muß weitergehen mit solidarischer Kritik, Leserbriefe her, wir wollen doch den ökologischen Umbau der Gesellschaft!

Food Coops und Naturkost e.V.

Red. Naturkost Ergebnisse des Gesprächs Ende Mai '89 in Berlin zwischen Rainer Kutsch (Naturkostladen Schrot und Korn, Berlin), Koordinator der Richtlinienkommision des Naturkost e.V., und Thomas Albrecht (FC Bergmannstraße, Berlin) für die BAG d. LMK und den Berliner Arbeitskreis der Food Coops. Rainer zieht dieses Gespräch und die schriftlichen Antworten auf die „Podiumsfragen" zum 5. BuKo der persönlichen Teilnahme vor.

Die folgenden Punkte sind das Ergebnis einer ersten Fühlungnahme und bedürfen eines weiteren gemeinsamen Klärungsprozesses.

Wir waren uns einig, daß in gemeinsamen Gesprächen und in jeweils internen Diskussionen Vorurteile zu überwinden sind. Auf Ladnerseite: „Food Coops wollen nur billig einkaufen", auf FC-Seite: „Läden verdienen sich eine goldene Nase". Es besteht auf beiden Seiten ein Gefälle zwischen Engagierten, Politischeren und weniger Engagierten. In Gesprächen fanden wir es sinnvoll, uns jeweils realistisch, nicht unbedingt perfekt darzustellen und gemeinsam zu gegenseitiger Akzeptanz und Gleichberechtigung im Naturkostmarkt zu kommen.

Wir waren uns einig, daß sich Läden und FC nicht gegenseitig die Kunden oder Mitglieder wegnehmen sollten. Sowohl Naturkost e.V. als auch die BAG der FCs sprechen nur für ihre Mitglieder. Sie haben keine Allmachtansprüche, für alle vorhandenen Läden oder FCs zu sprechen. Beide Gruppen sollten auch anerkennen, daß die jeweils andere einen akzeptablen Vermarktungsweg darstellt.

Die Läden haben sich bzw. ihre Ansprüche aneinander definiert und erwarten das auch von Food Coops. Ihr Anspruch an sich und die FCs geht weiter als nur billig einkaufen. Definitionspunkte wären:

– Statut/Satzung, Mitgliedsliste
– Landkontakte/Direktbezug
– evtl. mal einen Erzeuger unterstützen
– Bildungsarbeit leisten (z.B. Warenkunde, Ansprüche an Warenqualität klären, Arbeitseinsatzgefälle bei den Mitgliedern)
– wer ist legitimierter, qualifizierter VertreterIn der Gruppe?

Nicht akzeptabel ist für die Ladner eine Gruppe, die:

– sich FoodCoop nennt, und in der eineR die ganze Arbeit macht
– z.B. aus Lehrern und Ärzten besteht und gelegentlich Sammeleinkäufe macht.

Die Situation zwischen Läden und FCs muß für Stadt und Land differenziert betrachtet werden. Auch hier sollte eine Kooperation auf nachbarschaftlicher, lokaler, regionaler und überregionaler Ebene gesucht werden.

Die Ladner wünschen sich unsere finanzielle Beteiligung an der Qualitätssicherung, da wir auch deren Erzeugnisse nutzen. Der Betrag ist noch zu klären. Vielleicht anteilig nach Umsätzen Laden/FC ? Über Finanz- und Mobilisierungsprobleme der BAG der LMK habe ich in diesem Zusammenhang berichtet. Das Bewußtsein der potentiellen Mitglieder und das Gefragtsein der BAG in der Öffentlichkeit klaffen auseinander. Nicht akzeptabel fand Rainer unseren Wunsch nach öffentlicher finanzieller Unterstützung bei unserer Verbraucher-, Koordinierungs- und Aufklärungsarbeit. Zu diskutieren ist meiner Meinung nach über den Wunsch der Ladner, daß Food Coops ihre Großhändlerwaren über einen Laden in der Nachbarschaft beziehen. Positiv sehe ich hier die Kooperation, negativ die unnötige Zwischenstufe der Ware zwischen Großhändler und Coop. Die Mehrarbeit würden sich die Ladner vergüten lassen wollen.

Herrmann Cropp

Spendenaufruf

Ein Gerichtsurteil gegen die Landrechte der Western Shoshone

Wie unmittelbar das Überleben des Western Shoshone Volkes von den Landrechten abhängt, zeigt sich nach dem jüngsten Urteil im Fall Mary und Carrie Dann. In diesem Prozeß, in dem es um die Shoshone Landrechte aus dem Vertrag von Ruby Valley aus dem Jahr 1863 geht, hat die US-Regierung jedesmal Revision eingelegt, wenn ein Gericht die Rechte der Indianer bestätigt hatte. Jetzt sprach ihnen das Berufungsgericht in San Franzisco die Vertrags- und damit auch die Weiderechte auf ihrem Territorium ab. Die Shoshone, die zum größten Teil Rancher sind, sollen nun rückwirkend ab 1979 Weidegebühren zahlen.

1979 hatten die USA eine Zwangsentschädigung verhängt, um die Vertragsrechte zu löschen. Die Shoshone weigern sich jedoch bis heute, das zu akzeptieren und damit ihr Land, ihren Lebensraum zu verkaufen. Weil sie die hohen Weidegebühren nicht zahlen können, droht nun das Landwirtschaftsministerium, ihr Vieh zu konfiszieren.

Die Shoshone sind gezwungen, sofort Widerspruch einzulegen und weiter zu prozessieren, denn es geht um die gesamten Land- und Vertragsrechte, die zunehmend enger mit dem Kampf gegen Atombombentests verbunden sind. Die Western Shoshone brauchen dringend finanzielle Unterstützung für die Anwaltskosten, aber ebenso wollen sie sich auch weiterhin gegen atomare Tests engagieren. Wir bitten daher um Spenden auf das Konto der

Gesellschaft für bedrohte Völker
Postgiroamt HH, Konto 7400
Stichwort: Western Shoshone

Fortsetzung von Seite 2

Reise nach Europa

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

ruf zum Ende der Eiszeit treffen sich in der ersten Bar hinter der italienischen Grenze, wo wir zunächst das perfektionierte Europa der Computertechnologie konsumieren können: Beim Eintritt zieht man ein Computerticket, mit dem an Automaten Getränke und Eßbares hervorgelockt werden können. Bezahlt wird dann trotzdem. Aber: "Computer sind doof" – und wie auch dieser Spezies der Gattung Digital vom gesunden Menschenverstand überlistet werden kann, kann in der Endredaktion erfragt werden.

Obwohl besagter Layouter die Nacht vor der Abreise von Albträumen geplagt wurde, die das Treffen der CONTRASTE- Fahrzeuge immer wieder durch unsägliche – aber zum Alltag eines Zeitungsprojekts gehöhrende – Katastrophen verhinderten, gehts nach dem ersten espresso weiter mit der europäischen Dreckschleuder Autolawine non-stop nach Bologna. Kaum angekommen treffen wir Emilio auf der Straße – einen Drucker. Seine Freude, unseren Layouter wiederzusehen, der als erfahrener Druckereikollektivist dem italienischen, neu gegründeten Betrieb damals einiges an Know-How vermitteln konnte, ist groß. Er steigt ins Auto und zeigt uns den Weg unter einem Absperrseil hindurch und entlang eines holprigen Feldweges zum Zielpunkt: einem über den Dächern von Bologna gelegenen alleinstehenden Bauernhof, wo sich einige der Kollektivmitglieder und deren FreundInnen eine Sommerresidenz besetzt haben.

Parteien und Beziehungen

Die Clique, denn in Italien spielt sich das Leben anders als bei uns in Cliquen von 40-50 Leuten ab, ist mehr oder weniger geduldet als Bewohnerin des Leerstandes. Die PCI, die als regierende Partei auf eine lange Tradition in Bologna aufbaut, drückt hier – bei der natürlichsten Sache der Welt, nämlich dort zu wohnen wo Platz ist – ein Auge zu. Nicht, daß die PCI in ganz Italien so leger wäre, wird uns klargestellt. In Venedig z.B. setze sich die selbe Partei dafür ein, daß RucksacktouristInnen unerwünscht sind. „Überhaupt läuft hier alles über Parteien und Beziehungen – man muß jemand kennen..." erklärt uns die Mitarbeiterin von Bold-Machine. Daß die Vernetzung schon weiter ist als erwartet, zeigt sich darin, daß eben diese Kollektivistin, als in der BRD aufgewachsene Italienerin, unsere Werbefachfrau kennt: aus der autonomen Frauenbewegung... (bätsch – das feministische Europa ist auch überall).

Das Fest

Am Abend wird ein Film an die Hauswand geworfen – wo wir beim kulturellen Europa wären: Ein Berliner drehte den Film über eine Clique in Bologna. Dort stinkt die Langeweile und man will nach Barcelona reisen. Barcelona steht für das, wenn auch nur kurz, befreite Katalonien in Selbstverwaltung. Trinkenderweise verpassen die Jugendlichen den Zug. Ein Hinweis darauf, daß Träume in Europa nur vor Ort zu schaffen sind? Am nächsten Tag, wo wir zugegebenermaßen arbeitsscheu den Festvorbereitungen entfliehen, bis auf – er sei hiermit gelobt – den Layouter, der hunderte von Tintenfischmägen für die abendlichen Calamares entfernt, lungern wir in der Stadt herum, unterschreiben wir für die chinesischen Studenten und bewundern einen Kreidezeichner, der statt der üblichen Madonnenbildchen Pressephotos des chinesischen Aufstandes auf die Straße malt. Abends dann das Fest: Geburtstagsfest von 3 ItalienerInnen, von der Bold- Machine und (ist das etwa ein magisches Zeichen des astrologischen Europas?) der Werbefachfrau – für das sich CONTRASTE hiermit bei unseren italienischen FreundInnen bedankt.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Selbstverwaltete Betriebskultur?

Am nächsten Tag führen wir ein langes Gespräch über die Bold-Machine. Zum Beispiel – und das ist in Emilia Romana, der Region um Bologna, etwas besonderes – erhalten Cooperativen, deren mindestens 9 Mitglieder zu 70% unter 29 Jahre alt sind, die keine anderen Finanzierungen erhalten und wo Gewinne an den Betrieb zurückgeführt werden, über 4 Jahre auf alle gekauften Maschinen und Werkzeuge 60% Zuschuß. Die Bold- Machine, die den BR- deutschen Alternativdruckereien in vielem gleicht (ist es jetzt ein deutsch angehauchtes Projekt oder gibt es soetwas wie eine selbstverwaltete Betriebskultur in Europa?) gegendruckt seit 3 Jahren vor allem für politische Gruppen in und um Bologna. Eine Entwicklung, um das anfängliche Chaos einzudämmen, ist ein/e jeweils für 2 Monate gewählte/r KoordinatorIn, der/die die Arbeitsabläufe managet. Obwohl Garina deutsch spricht und fleißig übersetzt, ist der Begriff der Cooperative schwer übertragbar. Als Cooperativen gelten in Italien auch Familienbetriebe ober Teilhabermodelle. Der in den Betrieb zurückzuführende Gewinn wird dort oft über Arbeitsprämien umgangen.

Interesse für die Messe

Eine übergreifende Selbstverwaltungsdiskussion gibt es nicht. Auch aus diesem Grunde waren die GesprächsteilnehmerInnen von der Idee der europäischen Projektemesse angetan, von der sie sich neben Praktischem wie z.B. technischer Austausch vor allem inhaltliche Diskussionen versprechen. Für Garina fällt die erste Europaarbeit an: sie muß den Aufruf und die CONTRASTE übersetzen. Wir verabschieden uns von unseren neuen FreundInnen – ein Teil der CONTRASTE fährt nach Hause an die Produktion dieser Ausgabe, der andere weiter ans Meer. Dort tun sich im Moment weitere Kontakte auf: Ein Kunst- und Musikverlag mit weitgestreuten Verbindungen wird besucht; in einer Landkommune erzählen wir vom Ende der Eiszeit, und die Idee des alternativen Europas stößt auf großes Interesse. Es ist der Tag nach den EG-Wahlen und beim Reden über unsere Republikaner und ihre Carabinieri kann ich – zur Freude aller – mein neugelerntes italienisches Wort beitragen: porca miseria.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Die unbekannte Kapitalbeteiligung

Gesetzliche Vermögensbildung in Genossenschaften

Conrad Günther

Red. Genossenschaften Zwei Problemkreise im Zusammenhang mit der Beteiligung an einer Genossenschaft werden nachfolgend erörtert: Die Beteiligung von Belegschaftsmitgliedern an der sie beschäftigenden Genossenschaft und die Anlage von vermögenswirksamen Leistungen in Geschäftsanteilen von Genossenschaften. Mit dem Aufgreifen dieses Themas sollen neue Genossenschaften Anregungen erhalten, die gesetzlichen Möglichkeiten stärker für ihre Eigenkapitalbildung zu nutzen.

Mitglied in einer Genossenschaft zu werden ist nicht für jeden möglich, sondern nur für den, der in einer bestimmten Beziehung zum Geschäftszweck der Genossenschaft steht. So kann der Bankkunde Mitglied seiner Volksbank sein, der Einzelhandelskunde bei der Genossenschaft, bei der er einkauft, oder der Landwirt bei der Genossenschaft, die seine Produkte vertreibt. Was Geschäftszweck der Genossenschaft ist und für wen eine Mitgliedschaft in Frage kommt, bestimmt die Satzung. Dabei werden allerdings in den meisten Fällen keine allzu strengen Maßstäbe angelegt.

Modellrechnung für die Nutzung des Vermögensbildungsgesetzes in Genossenschaften (ab 1.1.1990)

Vorteile für das Unternehmen (ab 1.1.1990)	1.436,-- Modell	Vorteile für lohnabhängige GenossenschaftlerInnen (ab 1.1.1990)	normales Kontensparen	1.436,-- Modell
Leistung der Genossenschaft nach § 19a EStG (ohne Sozialversicherungspflicht incl. Abzug als Betriebsausgabe mit Reduzierung der Gewinnsteuern) 30 % von DM 500,--	150,--	Eigenleistung des (Mitarbeiter-) Genossen (Anspruch aus Tarifvertrag bzw. vom Lohn)	936,--	936,--
		Leistung der Genossenschaft nach § 19a EStG	----	500,--
		Arbeitnehmersparzulage (Einkommensgrenzen: 27.000/ 54.000 DM	----	187,20
„Anteil des Finanzamtes" 70 % von 500,-- DM	350,--	Kapitalrendite 5 % p.A. für 6 Jahre	280,80	430,80
Eigenleistung des (Mitarbeiter-) Genossen (z.B. Tarifvertragsanspruch auf vermögenswirksame Leistungen bzw. vom Lohn)	936,--			
	----------	Gesamtvorteil in 6 Jahren	280,80	1.118,--
	1.436,--	Gesamtrendite	5 %	20 %
Ergebnis: Verzehnfachung des Haftkapitals (mit Zinsvorteil gegenüber Fremd- oder Beteiligungs-Kapital von der Hausbank)		Gesamtrenditeverhältnis	1	4

Einen Genossenschaftstyp gibt es, bei dem die dort Arbeitenden gleichzeitig Mitglieder sind: die Produktivgenossenschaft. Sie verkörpert am stärksten die Idee der genossenschaftlichen Selbsthilfe, denn Eigentümer und Arbeitnehmer sind in ihr identisch. Gerade sie findet sich jedoch in der Praxis recht selten, z.T. wird ihr in der Wissenschaft schlichtweg die Existenzfähigkeit abgesprochen, da sie ein instabiles Organisationsmodell sei.

Es gibt sie aber, und sie scheint zunehmend an Aktraktivität zu gewinnen. Dies gilt insbesondere für neue Unternehmen im Dienstleistungsbereich, die qualifizierte Mitarbeiter haben und nicht sehr kapitalintensiv sind. In dieser Genossenschaftsform ist eine kapitalmäßige Einbeziehung der Beschäftigten unproblematisch. Sie gehört sozusagen zu ihrem Geschäftszweck.

Problematik der „Arbeitnehmer"-Mitgliedschaft

Schwieriger mit der Mitarbeiterbeteiligung wird es aber in anderen Genossenschaftsarten. Bei „Publikumsgenossenschaften", also bei solchen, die sich an einen größeren Kreis von Privatpersonen wenden, z.B. bei den Volksbanken, können auch die Mitarbeitenden Mitglieder sein. Vorraussetzung ist, daß sie ihr Konto bei der Volksbank eingerichtet haben. Dann sind sie zugleich auch Kunden und und können als Beschäftigte Mitglied sein wie andere Kunden auch.

Gedanklich handelt es sich dann nicht um Mitarbeiter-Mitglieder, sondern um Kunden-Mitglieder. Die Bank darf sie nicht gegenüber anderen Mitgliedern beim Erwerb der Mitgliedschaft besserstellen, denn Genossenschaften dürfen zu Lasten der Mitglieder nichts „verschenken". Begünstigte Belegschaftsaktien, bei AGs häufig anzutreffen, sind deshalb nicht möglich.
Stellt sich noch die Frage nach Mitarbeiterbeteiligung in Genossenschaften mit einem streng abgegrenzten Mitgliederkreis. Dies gibt es beispielsweise bei Einkaufsgenossenschaften. Mitglied in Genossenschaften des pharmazeutischen Großhandels können z.B. nur selbstständige Apotheken sein. Damit sind Beschäftigte ausgeschlossen, denn als Mitglied muß man in seinen gewerblichen Aktivitäten von der Tätigkeit der Genossenschaft gefördert werden können.

Eine zweite Art von Mitgliedschaft, nämlich die der Mitarbeiter, kann in solchen Genossenschaften nicht existieren bzw. eingeführt werden. Zum Teil sind zwar Hilfskonstruktionen möglich, indem versucht wird, die Mitarbeiter über Genußscheine kapitalmäßig an solchen Genossenschaften zu beteiligen. Dies ist aber strittig und widerspricht im Grunde ebenfalls der genossenschaftlichen Idee.

Genossenschaften im Förderungskatalog des Vermögensbildungsgesetz

Ausgehend von den gemachten Differenzierungen ist auch die Beteiligung an einer Genossenschaft unter Berücksichtigung des Vermögensbildungsgesetzes teilweise problematisch. Erdacht wurde das Gesetz, um die Kapitalbildung in Arbeitnehmerhand zu steigern. Mit einer Prämie förderte der Gesetzgeber Sparleistungen verschiedener Art: Sparverträge, Bausparverträge, Lebensversicherungen und Kapitalbeteiligungen an Aktiengesellschaften. Lange Zeit herrschte dabei die Kapitalbildung durch risikolose Sparverträge und Lebensversicherungen vor.

1984 fand deshalb eine Änderung der Zielrichtung des Vermögensbilbungsgesetzes statt. Nicht mehr allgemein die Kapitalbildung in Arbeitnehmerhand steht nun im Mittelpunkt der Förderung, sondern die Beteiligung von Arbeitnehmern am Produktivvermögen der Wirtschaft. Demzufolge kam es zu einem „Umbau" im Katalog der Anlagemöglichkeiten. Die risikolosen Sparmöglichkeiten wurden stark eingeschränkt, die Möglichkeit, Unternehmensbeteiligungen zu erwerben, stark erweitert. Im Zuge dieser Reform sind Genossenschaften in den Anlagekatalog aufgenommen worden. Unternehmen aller Rechtsformen sollen gleichberechtigt im Anlagekatalog des Vermögensbildungsgesetzes stehen. Nebenaspekt ist auch, die schwierige Eigenkapitalbeschaffung der Genossenschaften zu erleichtern.

Die Konfrontation dieser kurzen Darstellung der Entwicklung des Vermögensbildungsgesetzes mit der Charakteristik der Genossenschaft zeigt, daß dessen Anwendung auf die Genossenschaft Schwierigkeiten bereitet: Auf der einen Seite gibt es die Genossenschaft, bei der die persönliche Mitgliedschaft im Mittelpunkt steht. Auf der anderen Seite liegt ein Gesetz vor, das die Kapitalbildung breiter Bevölkerungskreise fördern soll. Entsprechend heißt es im Vermögensbildungsgesetz, daß der „Erwerb eines Geschäftsguthabens bei einer Genossenschaft" gefördert wird. Dagegen ist gemäß Genossenschaftsgesetz zunächst die Mitgliedschaft zu erwerben und erst daraus ergibt sich die Verpflichtung, einen oder mehrere Geschäftsanteile zu zeichnen. Der einbezahlte Betrag stellt dann das Geschäftsguthaben dar.

Hindernisse bei der Anwendung

Sollen nun nach dem Vermögensbildungsgesetz Geschäftsanteile an einer Genossenschaft erworben werden, ist dies problemlos möglich, wenn der Anleger unabhängig von Vermögensbildungsgesichtspunkten Mitglied dieser Genossenschaft werden kann oder bereits ist. Das Vermögensbildungs-Mitglied darf dann nicht mehr Geschäftsanteile oder Geschäftsanteile anderer Charakteristik erwerben als normale Mitglieder. Bei der Genossenschaft gilt nämlich – von kleineren Ausnahmen abgesehen streng der Grundsatz der Gleichbehandlung und das Prinzip des „one man, one vote". Jedes Mitglied hat deshalb nur eine Stimme, unabhängig von der Höhe seiner Kapitalbeteiligung.

Kann der Anleger nicht Mitglied der Genossenschaft werden, weil sie ihm gegenüber keinen Förderzweck erfüllt, hilft auch keine Änderung der Satzung der Genossenschaft. Würde die Genossenschaft sich durch Satzungsanpassungen Kapitalanlagegesichtspunkten öffnen, verliert sie ihren genossenschaftlichen Charakter und in letzter Konsequenz ihre Existenzberechtigung neben den „klassischen" Kapitalgesellschaften.

Schwierigkeit bereitet auch, daß die vermögenswirksamen Leistungen auf eine Dauer von 6 Jahren festzulegen sind. Andernfalls muß die Arbeitnehmer-Sparzulage zurückbezahlt werden. Insofern hat die Genossenschaft die Verwaltung der Geschäftsanteile so zu organisieren, daß sie den vorzeitigen und damit prämienschädlichen Verkauf von Geschäftsanteilen kontrollieren kann. Dies unterstreicht die generelle Einschätzung, daß eine Verwaltung von Vermögensbildungs- Geschäftsanteilen für Genossenschaften vergleichsweise aufwendig und bürokratisch ist. Ein weiteres Problem juristischer Art hängt ebenfalls mit dem Verkauf von Geschäftsanteilen vor Ablauf der Sperrfrist zusammen: Das Mitglied einer Genossenschaft kann gleichzeitig „normale" Geschäftsanteile als auch Vermögensbildungs- Geschäftsanteile gezeichnet haben. Verkauft es nun einige davon vor Ablauf der Sperrfrist, stellt sich die Frage, ob das Mitglied bestimmen kann, daß genau die „normalen" Geschäftsanteile verkauft werden sollen, um nicht die Sparprämie zu gefährden. Letztlich wird man hier allerdings zu einer Lösung kommen und es für ausreichend halten müssen, wenn trotz Kündigung noch genügend Geschäftsanteile verbleiben, die aufgrund des Vermögensbildungsgesetzes gezeichnet wurden.

Verstärkte Nutzung zur Kapitalbildung ist empfehlenswert

Zusammenfassend läßt sich festhalten: Mitarbeiter-Beteiligungen an Genossenschaften sind unproblematisch, solange es sich um eine Mitarbeiter-Gesellschaft handelt, es also um den Typ der Produktivgenossenschaft geht, oder wenn die Beschäftigten unabhängig von dieser Eigenschaft Mitglieder werden können. Vermögenswirksame Leistungen lassen sich zum Erwerb von Geschäftsanteilen an Genossenschaften verwenden, falls die Genossenschaft den damit verbundenen Verwaltungs-Mehraufwand nicht scheut und die erforderlichen genossenschaftsrechtlichen Voraussetzungen vorliegen. Das Vermögensbildungsgesetz gilt aber nur, wenn darüber die Charakteristik der Genossenschaft nicht verändert wird. Innerhalb dieser Grenzen ist es erstrebenswert, daß der Anlage vermögenswirksamer Leistungen in Geschäftsanteilen von Genossenschaften in Zukunft größere Bedeutung zukommt.

Kurzmeldungen

Nicht nur aus dem Genossenschaftssektor

Das „Hamburger Manifest"

Wohnpolitik für eine multikulturelle Gesellschaft
Aufruf zu einer Innovationskoalition

Red. Heidelberg Zum Abschluß des 4. Internationalen WOHNBUND-Kongresses **„Neue Wohnformen in Europa"**, Anfang April 1989 in Hamburg, wurde von den ca. 850 anwesenden Personen das Manifest „Wohnpolitik für eine multikulturelle Gesellschaft, Aufruf zu einer Innovationskoalition" verabschiedet.

Zu beziehen ist es über:
WOHNBUND e.V.
Ploenniesstr. 18
6100 Darmstadt

Neuer Verband

Red. Heidelberg Mitte April wurde in Gauselfingen der „Verband unabhängiger Bildungsinitiativen und Tagungshäuser Baden-Württemberg e.V." (VuBuT) gegründet.

Bisher existierte in Baden-Württemberg lediglich ein loser Zusammenschluß freier Bildungsinitiativen und Tagungshäuser. Mit der Gründung des VuBuT ist die Intention verbunden, die Zusammenarbeit zu intensivieren, gemeinsame Angebote zu erstellen und gegenüber Behörden und Verbänden als Interessenvertretung der Mitgliedsorganisationen aufzutreten. Der Verein hat es sich zum Ziel gesetzt, selbstorganisierte Bildungsarbeit der freien Träger zu fördern.
Kontakt:
Läufertsmühle
6934 Neckargerach
Tel. (06263) 16 43

Dieses Zeichen steht künftig für unser Projekt: "Gründungshilfen für Neue Genossenschaften"

Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens
Am Hofgarten 20, 5300 Bonn 1, Tel.:0228/215290

Genossenschaftsförderung

100 Jahre Genossenschaftsgesetz

Im Jubiläumsjahr 1989 feiert auch das Deutsche Genossenschaftsgesetz Geburtstag. Am 1. Mai 1989 wurde das Gesetz 100 Jahre alt. Anlaß genug für das Münsteraner Institut für Genossenschaftswesen, diesen Geburtstag in einem akademischen Festakt am 12. Juni feierlich zu begehen. Justizminister *Hans A. Engelhard* war der Einladung des Institutsdirektors *Dr. Holger Bonus* gefolgt und hielt den Festvortrag. *Engelhard* hob insbesondere die Aktualität der genossenschaftlichen Organisationsprinzipien der Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung hervor. Auch die Pflichtmitgliedschaft im Prüfungsverband wurde ausdrücklich als notwendige Schutzinstanz gewürdigt. Hierin stimmten auch *Prof. Dr. Großfeld* und *Willi Croll* vom DGRV zu. Aus der Sicht unseres Vereins also insgesamt nicht viel Neues aus berufenen Mündern. Die Renaissance des Genossenschaftsgedankens ist jedoch bei der Verbandsvertretung entsprechend wahrgenommen und gewürdigt worden. Neue Genossenschaften fanden im Vortrag vom Ministerialdirigenten des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, NRW, *Manfred Linne* Berücksichtigung, der die etablierten Genossenschaften zur Toleranz und Hilfe gegenüber „jungen alternativen Bewegungen" aufrief. Sein Appell, der auch im Interesse unseres Vereins liegt, ist gehört worden. Der „Freie Ausschuß" der Genossenschaftsverbände hat seine Gesprächsbereitschaft über unsere Vorschläge zur Novellierungs des Genossenschaftsgesetzes angekündigt. Ein Zusammentreffen wird geplant.

Aus der Verbundstelle

Das Projekt *Gründungshilfen für neue Genossenschaften* stellt sich unter einem neuentwickelten Signet vor. Beachten Sie bitte die Anzeige in dieser Ausgabe.

Teilnahme am Kirchentag in Berlin

Auf dem Markt der Möglichkeiten des 23. Deutschen Evangelischen Kirchentages in Berlin war der Verein gemeinsam mit der Ökobank mit einem Info- Stand vertreten. Viele Marktbesucher nutzten die Gelegenheit, sich über Genossenschaften zu informieren. Das Projekt der Gründungshilfen für Neue Genossenschaften des Vereins fand besondere Beachtung. Einige Interessenten hatten Pläne, um gemeinsam mit anderen z.B. einen Großeinkauf von Lebensmitteln zu organisieren, neue Energietechnologie zu unterstützen, Erzeuger- Verbraucher- Gemeinschaften zu bilden etc..

Der Regierende Bürgermeister von Berlin *Walter Momper*, der SPD-Parteivorsitzende *Hans-Jochen Vogel* und Frau *Hertha Däubler-Gmelin*, stellvertretende SPD-Vorsitzende, erkundigten sich über den aktuellen Stand der Vereinsarbeit.

VEREIN
ZUR FÖRDERUNG DES
GENOSSENSCHAFTSGEDANKENS E.V.
Am Hofgarten 20, 5300 Bonn 1
☎ (0228) 21 52 90

3,4 Prozent Wirtschaftswachstum 1988

Ein Grund zum Feiern oder zur Besinnung?

Red. Heidelberg Im vergangenen Jahr wurde die Leistung unserer Volkswirtschaft erneut angehoben, und zwar um 3,4 Prozent. Die Mehrzahl aller Verantwortlichen und Bürger sind über diesen Anstieg erfreut. Andere halten ihn sogar für zu gering, vor allem vor dem Hintergrund der gleich hoch gebliebenen Arbeitslosigkeit. Die negativen Folgen dieses erneuten Wirtschaftswachstums werden dagegen kaum gesehen oder verdrängt. Und den Ursachen des ständigen Wachstumszwangs wird noch weniger nachgegangen, obwohl ein ständiges Wachstum unnatürlich und auf die Dauer unmöglich ist.

Helmut Creutz

Ein Wirtschaftswachstum von 3,4 Prozent heißt, daß 1988 zum Beispiel 1034 Autos hergestellt wurden statt 1000 im Jahr zuvor. Diese Vermehrung erscheint fast belanglos. Aufgrund der jährlich höheren Ausgangsbasis sind jedoch 3,4 Prozent Zuwachs heute mengenmäßig soviel wie 12 Prozent in den 50er Jahren. Außerdem bedeutet ein jährliches Wirtschaftswachstum von 3,4 Prozent, daß wir in den nächsten 20 Jahren Produktion und Verbrauch gegenüber heute noch einmal verdoppeln müssen. Dabei haben wir seit 1950 diese Größen bereits auf das fünffache gesteigert! Das heißt, wir produzieren und verbrauchen heute fünfmal soviel wie 1950. Rohstoff und Energieverbrauch, Müllberge und Umweltvergiftung wurden sogar noch deutlicher vermehrt.

Selbst wenn das ganze Wirtschaftswachstum in Umweltschutzmaßnahmen geht, in mehr Kläranlagen, Schallschutzwände, Mülldeponien und -verbrennungsanlagen, nimmt die Belastung unserer Umwelt mit jedem Wachstumsprozent zu. Eine Chance hat also unsere Umwelt nur dann, wenn wir von dem Wahnsinnstrip des ständigen Wachstumszwangs herunterkommen.

Angesichts dieser Tatbestände hätten wir schon längst das ständige Wirtschaftswachstum kritisch hinterfragen müssen. Stattdessen jubelt man ihm allenthalben zu und macht sich Sorge, wenn es einmal auf Null zu fallen droht. Wir verhalten uns also wie Reisende in einem Bus, die sich über das zunehmende Tempo freuen, mit dem sie auf den Abgrund zurollen.

Ist ständiges Wachstum möglich?

Kein Baum wächst in den Himmel, und auch der Mensch hört mit 18 oder 20 Jahren auf zu wachsen. Eine Stabilisierung auf einer optimalen Höhe ist also genauso natürlich wie die vorhergehenden Wachstumsprozesse. In der Natur ist das Ende physischer Wachstumsprozesse sogar die Voraussetzung für neue, qualitative Entwicklungen: Der ausgewachsene Baum trägt Früchte. Der Mensch kann sich geistig-kulturell entfalten, befreit von den Problemen körperlicher Wachstumsschübe.

Das alles gilt im übertragenen Sinne auch für Wirtschaft und Gesellschaft:

So sinnvoll und notwendig eine Ausweitung der Leistung bei ungenügender materieller Versorgung ist, so sinnvoll und notwendig ist auch ihre Stabilisierung. Das gilt insbesondere für Wiederaufbauphasen nach Kriegen oder Naturkatastrophen. Hat man alles wieder hergestellt, sogar schöner und üppiger als zuvor, genügt es, das Erreichte zu erhalten. Der Versuch das Leistungswachstum und -niveau aus der Wiederaufbauzeit beizubehalten, ist völlig widersinnig. Am Ende müßte man dazu das Aufgebaute wieder zerstören oder in immer irrealere Großtechnologien flüchten. Man denke nur an die Reaktortechnik mit ihren ständig größeren Nachfolgeinvestitionen, an den Rhein-Main- Donau Kanal, die Raumfahrt oder die Rüstung bis hin zu SDI. Alles Investitionen, die immer mehr an den Interessen der Bürger vorbei getätigt werden, ja ihn immer mehr gefährden.

Ist Stillstand Rückschritt und Nullwachstum negativ?

Eine Stabilisierung der Leistung wird bei uns meistens mit dem Begriff „Nullwachstum" diffamiert. Außerdem – so sagt man immer – sei Stillstand gleichbedeutend mit Rückschritt. In Wirklichkeit jedoch handelt es sich bei einer solchen Stabilisierung auf optimaler Höhe um jenen positiven Prozeß, der den Weg freigibt in andere Entwicklungsdimensionen.

Daß Stillstand kein Rückschritt ist, zeigt sich daran, daß der materielle Wohlstand selbst bei gleichbleibender Wirtschaftsleistung angehoben werden kann. So können beispielsweise Arbeitskräfte und Kapital aus den gesättigten Bereichen für andere neue Produktionen eingesetzt werden. Außerdem geht auch in stabilisierten Wirtschaftslagen der technische Fortschritt weiter, sodaß entweder die Gütermenge oder die Freizeit ausgeweitet werden kann. Schließlich würde eine Einschränkung unnötiger Produktionen und die Erhöhung der Lebensdauer von sinnvollen Produkten zu Freisetzungen führen und zusätzlich die Umwelt entlasten.

Ein Stillstand des materiellen Verbrauchswachstums bedeutet also keine Bedrohung für den Menschen, sondern ein Stück Befreiung. Und nicht zuletzt ist eine solche Stabilisierung des Wachstums die Voraussetzung für unser physisches Überleben.

Es spricht also alles für den Ausstieg aus dem Wachstumswahn und für eine Besinnung auf Vorteile einer wachstumsfreien, ökologischen Kreislaufwirtschaft. Warum ist heute Stillstand tatsächlich Rückschritt, obwohl das völlig unlogisch ist?

Das Roß-Reiter-Dilemma

Wenn zwei aufeinander angewiesene Teile unterschiedlich wachsen, muß das auf die Dauer zu immer größeren Komplikationen und Krisen führen. Das ist besonders dann der Fall, wenn der langsamer Wachsende den rascher Wachsenden tragen muß.

In unserer Wirtschaft haben wir heute eine solche Diskrepanzentwicklung, zwischen der Wirtschaftsleistung und dem Geldkapital. Letzteres hat in der Bundesrepublik seit 1950 dreimal so rasch zugenommen wie das Bruttosozialprodukt, jene statistische Größe, mit der die Jahresleistung unserer Volkswirtschaft gemessen wird.

Allein von 1980 bis 1987 hat das Geldvermögen um 1.425 Mrd DM zugenommen, während das Bruttosozialprodukt nur um 538 Mrd gesteigert wurde, die Bruttolohn und -gehaltssumme nur um 187 Mrd DM. Da mit dem Überwachstum der Geldvermögen auch ein Überwachstum der Verschuldungen verbunden ist und mit beiden ein Überwachstum der Zinskosten und -erträge, hat die langsamer wachsende Wirtschaft immer größere Last zu tragen. Denn diese zunehmenden Zinsbeträge müssen und können nur im Leistungssektor erarbeitet und von dort an das Kapital abgeführt werden.

Johannes Jenetzky, Professor an einer Fachhochschule in Baden-Württemberg, hat diese gegebene Situation einmal mit einer Roß-Reiter-Situation verglichen, bei der der Reiter schneller größer und schwerer wird als das Pferd. Will das Pferd nicht unter der Last des Reiters zusammenbrechen, muß es versuchen, mit dem Wachstum des Reiters Schritt zu halten. Doch da das Pferd damit seine optimale Größe überschreitet, nehmen vom eigenen Wachstum her die Kollapsgefahren zu. Das heißt, mit dem ständigen Weiterwachsen kann das Pferd nur einen **vorzeitigen** Zusammenbruch vermeiden, nicht den **endgültigen**.

Vermeidbar ist der Zusammenbruch, der am Ende auch den Reiter mit zu Boden reißt nur dann, wenn das Pferd entweder den Reiter abwerfen oder ihn zumindest dazu bringen kann, das ständige Weiterwachsen einzustellen.

Was sind die Folgen für die Weltwirtschaft?

Daß bei einer gleichbleibenden Leistung auch die gleichbleibende Versorgung aller Wirtschaftsteilnehmer gesichert ist, bedarf keiner näheren Erklärung. Das ist jedoch nur dann der Fall, wenn alle Anspruchsberechtigten gleichbleibende Forderungen stellen.

Sieht man einmal von den Zugriffen des Staates ab, dann sind die Anspruchsberechtigten in einer Volkswirtschaft Kapital und Arbeit, konkreter: Die Besitzenden und Werteschaffenden.

Nehmen in einer Volkswirtschaft die Geldvermögen und damit die Kapitalansprüche ständig zu, dann muß auch der „Leistungskuchen" jedes Jahr vergrößert werden. Zumindest, wenn die Arbeitleistenden nicht mit immer weniger nach Hause gehen sollen.

In unserer Volkswirtschaft wächst jedoch das Geldkapital nicht nur schneller als die Wirtschaftsleistung. Es wächst auch weiter, wenn der Leistungszuwachs stagniert. Ja es wächst in solchen Flautezeiten besonders schnell, da diese durchweg mit Hochzinsphasen zusammenhängen und zusammenfallen. Das heißt aber nichts anderes, als daß den Werteschaffenden weniger vom „Kuchen" übrigbleibt. Für diese bedeutet Stillstand also tatsächlich Rückschritt. Nämlich – trotz gleichbleibender Leistung – ein Rückschritt ihrer Arbeitseinkommen!

Unsere Wirtschaft ist also heute immer aufs Neue gezwungen, die Leistungen auszuweiten, wenn sie nicht unter der wachsenden Zinslast zusammenbrechen soll. Zumindest muß sie soviel wachsen, wie das Gewicht des „Reiters" zunimmt, den sie tragen muß. Die Einkommen der Arbeitsleistenden nehmen zwar nicht zu, aber sie gehen wenigstens nicht zurück. Deshalb der Ruf nach einem Wachstum von mindestens 2 bis 2 1/2 Prozent und die Angst vor dem verteufelten „Nullwachstum"!

Aber auch ein solches relativ geringes Wachstum genügt auf die Dauer, um die Erde zu zertreten, auf die das „Pferd" angewiesen ist und von der es sich ernährt.

Welche Konsequenzen sind zu ziehen?

1950 mußten mit jeder Mark des Bruttosozialproduktes 60 Pfennig Geldkapital bedient werden, inzwischen sind es 120 Pfennig. Das heißt, „das Pferd" – die Wirtschaft – hat heute dreimal schwerer am „dem Reiter" zu tragen, und sein Zusammenbruch ist nur noch eine Frage der Zeit. In vielen Entwicklungsländern ist dieser Punkt bereits erreicht.

Wie bei unserem Roß- Reiter-Beispiel kann also auch die Wirtschaft überleben, wenn sie entweder den Reiter abwirft oder ihm wenigstens das Schwererwerden abgewöhnt.

Ein Abwerfen des Reiters – also des Kapitals – ist wenig sinnvoll, weil das Roß den Reiter braucht. Es bleibt darum nur der zweite Weg, dem Kapital das Überwachstum abzugewöhnen. Noch besser, das Geldkapital dazu zu bringen, sich mit seinem Wachstum an der Leistung zu orientieren und nicht umgekehrt. Das wiederum erfordert, daß sich die Zinssätze an den Sätzen des Wirtschaftswachstums orientieren und nicht ständig höher sind bzw. höher bleiben. Denn solange der Zinssatz über der Wachstumsrate liegt, müssen Geldvermögen und Schulden rascher als die Leistungen zunehmen, sogar mit einem zunehmenden Trend aufgrund des bekannten Zinseszinseffektes.

Damit die Zinsen mit der Leistung gegen Null absinken können, ist allerdings eine Korrektur unserer Geldordnung erforderlich. Das Geld muß – wie Produktion und Arbeit – den Marktkräften unterworfen werden. Das heißt, der Knappheitspreis des Geldes – der Zins – müßte mit den Sättigungsentwicklungen genauso gegen Null zurückgehen, wie die Knappheitsgewinne der Unternehmen.

Das kann mit einer anderen Umlaufsicherung des Geldes erreicht werden, die eine künstliche Verknappung des Geldes unterbindet. Denn mit dieser heute möglichen künstlichen Verknappung des Geldangebotes, kann ein organisches Absinken des Zinses immer wieder verhindert werden. Das ist selbst dann der Fall, wenn ein Überfluß an Geld gegeben ist und die Inflation um den Nullpunkt pendelt.

Mit einer wirksamen Umlaufsicherung würde die heute bereits gegebene Annahmepflicht des Geldes durch eine Weitegabepflicht ergänzt. Wie die willkürliche Geldvermehrung (Geldfälschung) heute schon geahndet wird, so müßte das auch bei der willkürlichen Geldverminderung (Geldhortung) geschehen. Denn diese willkürliche Geldzurückhaltung aus spekulativen Gründen, ist für die Konjunktur viel problematischer als die relativ seltene Vermehrung durch Falschgeld.

„99 Prozent der Menschen sehen das Geldproblem nicht. Die Wissenschaft sieht es nicht, die Ökonomie sieht es nicht, sie erklärt es sogar als nicht existent. Solange wir aber die Geldwirtschaft nicht als Problem erkennen, ist eine wirkliche ökologische Wende nicht möglich."

Dieser Ausspruch des bekannten Wirtschaftswissenschaftlers Hans-Christoph Binswanger sollte ein zusätzlicher Anstoß sein, sich intensiver mit den aufgezeigten Zusammenhängen zu befassen.

Hopi und Kachina

Indianische Kultur im Wandel

Vom 7.-29. Juli, täglich 14 bis 22 Uhr im Haus der Kulturen der Welt, Westberlin. Ausstellung von Kachina-Puppen.

6. Juli, 19.00 Uhr	Ausstellungseröffnung anschließend Vorpremiere des Films
20.30 Uhr	**Techqua Ikachi** Land – mein Leben R: Danaqyumptewa, Agnes Barmettler, Anka Schmid Schweiz/BRD 1989
10.-12. Juli, jeweils 18.00 Uhr	**Der zerbrochene Regenbogen** R: Maria Florio und Victoria Mudd USA 1985 Videogroßprojektion
jeweils 20.30 Uhr	**Am Anfang aber war nur der Schöpfer Itam Hakim, Hopiit** Mythen der Hopi R: Hannes Heer BRD 1988 Videogroßprojektion
13. Juli, 20.30 Uhr	**Techqua Ikachi** (wie 6.7.)
17.-19. Juli, jeweils 20.30 Uhr	**Songs of the Fourth World** R: Pat Ferrero USA 1983 **Die Hopi-Prophezeiung** R: Kiyoshi Miyata Japan 1986
20. Juli, 20.30 Uhr	**Techqua Ikachi** (wie 6. u. 13.7.)
21. Juli, 20.30 Uhr	**„Warum wir tanzen"** Vortrag von Marylin Harris (Mishóngnovi) und Orlan Tewa (Hótevilla) über den Umgang mit Energie und Naturkräften aus traditioneller Sicht der Hopi.
22. Juli, 15-19.00 Uhr	**„Warum wir tanzen"** Offene Gesprächsrunde mit Marylin Harris und Orlan Tewa.
23. Juli, 20.00 Uhr	**Das Lied des Kokopelli** Der Lyriker Ramson Lomatuwayma liest Gedichte und erzählt traditionelle Geschichten von den Hopi Mesas (in englischer Sprache)
25.-27. Juli, jeweils 20.30 Uhr	**Koyaanisqatsi** R: Godfrey Reggio USA 1985

Foto: Stoppelmann/Voller Ernst

Jobsuche

Bin **Optikermeisterin**, 30 Jahre, suche Stelle in kleinerem Betrieb in Bremen.
Elisabeth Kazenwadel
Markgrafenstr. 41
7800 Freiburg

Dipl. Kfm. m, 29, sucht Mitarbeitsmöglichkeit im alternativ/ökolog. Bereich
☎ (089) 480 20 32, Dieter

Fremdsprachenkorrespondentin/-Übersetzerin engl./franz., sucht sinnvolle Tätigkeit, mögl. Teilzeit, im Großraum Heidelberg/Mannheim
Ute Kalmbach
☎ (06224) 7 76 07

Suche Möglichkeit des selbstverwalteten Arbeitens im **Druck- und Grafikbereich.** Ich bin gelernte Siebdruckerin mit Berufserfahrung, auch in der Repro.
Petra Wierzchula
Yorkstr. 2
1000 Berlin 61
☎ (030) 251 38 35

Dipl. Ing. (Papier/Kunstst. Verarb.) m, 27J., davon 3 1/2 Gastronomie erfahren, sucht Arbeit in Hamburger Kollektiv.
☎ (089) 29 27 33, Jörg

Lern=werkstatt

Selbstverwaltetes Tagungshaus für Kurse, Seminare, Freizeiten hat noch Plätze frei! Unsere **„Lernwerkstatt"** hat 27 Betten (2-, 3-, 4- Bett-Zi.), 2 Gruppenräume, 2 Küchen für Voll- oder Selbstverpfleg. Haus in kl. Eifeldorf Nähe Daun, sehr gemütlich, herrl. Landschaft. Nur knappe 2 Std. von Köln, Aachen, Bonn, Wiesbaden, Ffm. Entstanden durch die Idee ehem. EntwicklungshelferInnen.
Info & Anmeldung:
Lernwerkstatt e.V.
Brunnenstr. 1
5531 Niederstadtfeld
☎ (06596) 5 51 od. 10 31

Jobs

Der Traumpalast e.V. sucht zum 1.9.1989 für das Kulturzentrum **Brotfabrik** eine/n Mitarbeiter/in, die/der schwerpunktmäßig Aufgaben im Bereich **Programmplanung (Theater/Tanz)**und Realisation wahrnehmen soll. Voraussetzung ist Engagement im Bereich soziokultureller Arbeit sowie Teamfähigkeit. Erwartet wird die Ausrichtung der Arbeit an den Erfordernissen des Gesamtzentrums und des kommunalen Umfelds. Aussagekräftige Bewerbungsunterlagen sind bis zum 8.7.1989 zu richten an:
BROTFABRIK
Traumpalast e.V.
Kreuzstr. 16
5300 Bonn 3

Bäckerei-Kollektiv (echt selbstverwaltet) sucht dringendst noch zwei (möglichst) Vollkornbackerfahrene MenschInnen nach Süddeutschland.
Wir sind 5 Frauen u. 5 Männer, außerdem Bioland-Betrieb und sonst auch ganz nett.
Meldet Euch schnell, weil wir vom 24.7. bis 20.8. Betriebsferien haben.
Bäckerei Weber
Ringstr. 48
7057 Winnenden
☎ (07195) 6 16 92

In unserem **selbstverwalteten Tagungsbetrieb**, 30 km südl. Münchens, suchen wir zum 1.9.1989 auf zwei 30-Stunden- Stellen
zwei qualifizierte Personen
für Haus- und Büroorganisation, Betreuung und Abrechnung von Tagungsgruppen, Erledigung kleiner Reparaturen, Öffentlichkeitsarbeit und die Sorge für Haus und Garten.
Erwartet werden abgeschlossene handwerkl. od. kaufm. Ausbildung, Schreibmaschinen- u. PC-Kenntnisse, evtl. Erfahrung in ähnlichen Feldern. Wohnung vorhanden. Bewerbungen an:

Ökologische Akademie Linden
Baiernrainer Weg 17
8157 Linden

Die Ingenieurgemeinschaft für Elektronik, Betrieb in Selbstverwaltung, entwickelt und produziert elektron. Hilfsmittel für behind. Menschen. Wir suchen eineN **IngenieurIn / TechnikerIn** mit prakt. Kenntnissen sowohl in der Mikroprozessortechnik als auch in der Feinmechanik. Kooperationsdenken, Kreativität, selbständiges Arbeiten und Flexibilität sind erwünscht. Dafür bieten wir eigenständige Gestaltung des Arbeitsfeldes, Gleitzeit, Einheitslohn und – nach einer Einarbeitungsphase – die Aufnahme als GesellschafterIn ohne Kapitalanlage.

Selbstverwalteter Betrieb im Gesundheitsbereich übernimmt neue Aufgaben im Krankentransport, Unfallhilfe, sozialen Diensten, Kindertagesstätte und Gesundheitsladen. WelcheR SanitäterIn, ex. Krankenschwester/-pfleger, AltenpflegerIn, Soz. Päd. und Kindergärtnerin hat Lust und will sich in einer kleinen Gemeinde im Südwesten unserer Republik engagieren?
Chiffre: Soziales

Marketingleiter für ökologisch orientiertes Unternehmen gesucht. Mehrjährige Vertriebserfahrung ist erwünscht, flexible Arbeitszeit möglich.
Chiffre: Ökologie

Elektromeister oder pfiffiger **E- geselle** dringend gesucht von selbstverwalt. Betrieb f. Hochbau u. Elektroinstallationen (12 W u. M mit Schwerpunktziel Baubiologie & lebenswertes Wohnen!)
ELA-Bau
Postfach 1202
6702 Bad Dürkheim
☎ (0 63 22) 28 25

Selstverwalteter Betrieb sucht MitarbeiterIn mit Kenntnissen in **Elektromechanik** oder **-installation.**
Sponton GmbH
Gollierstr. 12
8000 München 2
☎ (089) 50 93 84

HauswirtschafterIn bzw. Koch/in für die Vollwertküche in unserer Bildungswerkstätte mit Kneipe gesucht.
Bildungswerk Westerwald
☎ (02681) 38 70
Margret oder Hermann

Anläßlich seines 10-jährigen Bestehens stellt der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ) der AG SPAK in einer Broschüre seine Arbeit dar.
Sie kann zum Selbstkostenpreis von 3,– DM plus Porto (möglichst im voraus) bestellt werden bei:
Burghard Flieger
Erwinstr. 29
7800 Freiburg

Projekte

Suche Menschen, die wie ich eine bäuerliche **Landkommune** aufbauen wollen (Raum Allgäu). Geplant zunächst Milchviehwirtschaft mit Käserei auf bio.-dyn.- undogmatische Weise. Nähere Infos und Kontakte
Olaf Paulsen
Hauptstr. 36
8941 Kronburg

Wer ist an einem Italo-Deutschen Projekt interessiert, und hat Kapital, Elan, Selbstverw. u. Selbstvers. u. Genossen, Lebensvorstellungen? Melden bei:
Carlo Fani
c/o Zimmermann
Nathstieg 7F
2000 Hamburg 74

Selbstverwalteter Betrieb baut **Blockheizkraftwerke**

und sucht:

Maschinenbauer/in o.ä.
mit Schweißkenntnissen,

Auszubildende/n Bereich Maschinenbau,

Elektromechaniker/in
mit SPS-Kenntnissen, mit Erfahrung in Installation u. Maschinenbau,

Techn. Zeichner/in
mit techn. Zusatzausbildung o. ausführlichen Praktika.

Wenn Du Dich für einen Bereich geeignet fühlst, flexibel bist und eigenverantwortlich arbeiten willst, bewirb Dich bei
COMUNA-metall
Uhlandstr. 17, 4900 Herford
☎ (05221) 5 55 51

ALTERNATIVE ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

MOZ

Lesen macht Lärm

Abo zu öS 320,- oder Probeexemplar bei Grün-Alternativ Verlag
Neulerchenfelderstraße 12, A-1160 Wien, Telefon 48 35 71

IMPRESSUM

CONTRASTE
Zeitung für Selbstverwaltung, erscheint monatlich.
ISSN 0178-5737

Herausgeber ist CONTRASTE, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ **(06221) 1 34 02**

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben. zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.
Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.
Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.
In Heidelberg sitzt die professionelle Stammbelegschaft, während in den Regionalredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.
Vertriebs-, Abonnenten- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.
Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen:

1000 Berlin 36, CONTRASTE, Oranienstr. 186, ☎ **(030) 65 15 64; 2000 Hamburg 50,** Rat & Plan, Eimsbütteler Str. 16, ☎ **(040) 439 91 22; Rhein/Main, 6370 Oberursel 5,** Petra Inden, ASH-Krebsmühle, ☎ **(06171) 7 60 88; 3500 Kassel, Regina Engel, Kantstr. 10,** ☎ **(0561) 2 28 38; 6900 Heidelberg 1,** CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, ☎ **(06221) 1 34 02; 7053 Stetten,** Andreas Küstermann, Mercedesstr. 8, ☎ **(07151) 4 55 25 o. 4 15 76; 8500 Nürnberg,** Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ **(0911) 26 77 68; Österreich, 1020 Wien,** Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, ☎ **(0043- 222) 26 72 84; Niederlande, 1014BA Amsterdam,** Waldemar Schindowski, ID-Archiv, ISSG, Kabelweg 51, ☎ **(0031) 668 58 66**

Fachredaktionen:

Autonome Frauenseite: 1000 Berlin 61, AK zur Förderung autonomer Frauenprojekte, Ricarda Buch, Hasenheide 54, ☎ **(030) 693 53 51; Grafische Betriebe: 1000 Berlin 36,** Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ **(030) 611 68 03; Kultur: 7400 Tübingen,** Eckard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ **(07071) 4 33 41; Genossenschaften: 7800 Freiburg,** Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ **(0761) 70 90 23; Sozialpolitik: 8000 München 2,** AG SPAK, Arno Huber, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎ **(089) 77 40 77; Kommunen: 6445 Alheim-Oberellenbach,** Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎ **(05664) 70 28; Naturkost: 4500 Osnabrück,** Hermann Cropp, Postfach 1641, ☎ **(0541) 43 29 41**

V.i.S.d.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der Autor die Verantwortung.

Eigenverlag; Alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ **(06221) 1 34 02;** Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/86

Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1; **Satz:** auf TEXTLINE- System; **Ausgabe:** Monotype-Lasercomp
Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 11

Endredaktion:

☎ **(06221) 1 34 02**

Vertrieb:

☎ **(06221) 16 24 67**

1789
TRANVIA
Revue der Iberischen Halbinsel
Heft 13 (Sommer 89): Die Französische Revolution und ihre Auswirkungen auf Spanien und Portugal. Juan Goytisolo: 1492 und 1789 im Vergleich. Mehrere Beiträge zum Thema '15 Jahre Nelkenrevolution in Portugal. Politik. Buchbesprechungen. Spanische Rock-Szene.
84 Seiten (A 4); für 7,- + 1,- Porto Tranvia, Postf. 30 36 26, 1 Bln 30

Geschäftsverbindungen

Suche alternative Firma, die absolut umweltfreundliches Verpackungsmaterial herstellt (Folien zum Schrumpfen, Beutel bedruckt und unbedruckt sowie Tragetaschen).
Kontakte unter Chiffre Bioverpackung

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel

blätterwald

Niederurseler Str.7
Postfach 29
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/78011

Sonstiges

Sondernummer „Sanfter Tourismus"
Die Regionalzeitung „Nettzwerg", eine seit 1981 erscheinende kleine „Alternativzeitung", hat sich in Ihrer jüngsten Sondernummer mit dem Themenkomplex „Sanfter Tourismus" auseinandergesetzt. Behandelte Themen sind z.B: Massentourismus, da führt kein Weg vorbei? – Urlaub als Rechenexempel – sanfter Tourismus im Kehdinger Land – und liegt das Fremde doch so nah: unser Dorf wird fremdverkehrt – Reiseliteratur... u.a:
Bezugspreise:

1 Heft:	2,30 DM
5 Hefte:	10,50 DM
10 Hefte:	18,00 DM

(incl. Porto)
(in Briefmarken oder Verrechnungsscheck oder gegen Rechnung)
Bezug:
Nettzwerg
Pferdegasse 2
2858 Geestenseth
☎ (04749) 4 97

versiko GmbH – Kollektive Versicherungsagentur – macht vom 17. Juli bis zum 5. August 1989 Betriebsferien. Bei Bedarf bitte noch vorher anrufen. Mit sommerlichen Grüßen.
Vennhauser Allee 245
4000 Düsseldorf
☎ (0211) 27 70 11

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen
(32 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 DM**
(jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **30 DM**
(jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankierten Rückumschlag. **Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos immer im Papierkorb!** Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM. Da gibt's nämlich ne Rechnung.

Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1

KLEINANZEIGEN

SCHNIPSEL

Tagungen...Seminare...Treffen

euro-radio

II. Internationaler Kongress der Europäischen Förderation Freier Radios (F.E.R.L.) vom 6. bis 13. August 1989 in Forcalquier im Département Alpes de Haute- Provence (Südfrankreich).

Die FERL, in der einige hundert nicht-kommerzielle Sender und Sendeprojekte von Oslo bis Athen zusammengeschlossen sind, wurde im Herbst 1986 gegründet. In den zweieinhalb Jahren ihres Bestehens ist sie auf verschiedenen Ebenen aktiv geworden: Auf ihre Initiative hin brachten Abgeordnete des Europäischen Parlaments und des Europarats Resolutionen zur Anerkennung und Förderung der Gemeinschaftsradios ein. Die FERL organisiert Solidaritätsaktionen für Radioprojekte, die vo kommerziellen Interessen oder staatlicher Repression bedroht sind. Sie hat mit dem Aufbau eines Informations- und Korespondentennetzes begonnen und fördert den Austausch von Programmen unter den Mitgliedsstationen („Programmbank" von Radio Air Libre, Brüssel). Über all diese Aktivitäten wird während des Kogresses ausführlich berichtet.

Das Hauptziel des Treffens liegt jedoch im weiteren Ausbau des im Ansatz bereits bestehenden Kontaktnetzes der sozialen Kommunikation. Wir wollen keineswegs nur unter uns „freien Radioleuten" bleiben, sonder suchen die Diskussion und die Auseinandersetzung mit vollberuflichen ·Medien- und Kulturschaffenden und ganz besonders mit all jenen Initiativen, Organisationen und Bewegungen, die in den etablierten Medien kaum oder gar nicht zu Wort kommen, und für die deshalb freie Kommunikationsmittel ein Bedürfnis sind.

Information & Anmeldung:
FERL
„Les Quatre Reines"
B.P. 42
F-04300 Forcalquier

Programm

„Europa gegen den Strom"

I. Drei Tage Messe vom 15.-17. September in „De Beurs von Berlage", Amsterdam

II. Vier themenbezogene Ausstellungen vom 12.-23. September
1. **Experimentelle graphische Produkte aus Europa (1965-1989)**
Eine Übersicht der letzten 25 Jahre über das Design von Büchern, Postern, Zeitschriften, Mixed Media, Plattencovers, Aufklebern und Postkarten.
2. **Plakatieren Verboten.** Eine interaktive Diainstallation, bei der die Besucher Plakate nach Zeit, Ort, Thema oder Symbol aus einem Bestand von 1000 Plakaten auswählen und kombinieren könnten. Vorschläge für bestimmte Plakate sind gern gesehen.
3. **Vervielfältigungstechniken von „High to low tech".** Demonstrationen und Workshops bieten Gelegenheit, verschiedene Techniken kennenzulernen und mit ihnen zu arbeiten. Besondere Aufmerksamkeit gilt „underground"-Produktionen aus Osteuropa.
4. **Plakatprojekt „Europa gegen den Strom".** Designer und Drucker werden aufgefordert, ihr eigenes Plakat zu entwerfen und zu verteilen. Die Resultate sollen in einer Ausstellung gezeigt werden.

III. Video, Film, Musik – während der Messe.
1. Videobänder und Samplertapes werden auf 10 Monitoren eine fortlaufende Show zeigen.
2. Musikausstellung
Unabhängig produzierte Kassetten können über Kopfhörer an der „Audio-Bar" gehört werden. Von den Ausstellern mitgebrachte Kassetten stehen hier zur Verfügung.

IV. Aufführungen, Vorträge, Debatten während der Messe.
1. Musik,Lesungen etc.
2. Zwei kulturelle Zentren Amsterdams, De Balie und Shaffy, stellen ihre Theater für Vorträge, Debatten, Konzerte, Video und Film zur Verfügung. Vorschläge für das Programm sind willkommen.

V. Europäische Radio- und Telefoninstallation.
Telephonverbindungen und Radiosendungen von 20 lokalen Sendern werden miteinander kombiniert. Sowohl Bandaufnahmen, als auch „live"-Musik werden gesendet. Das Programm ist mehrsprachig aufgebaut. Übertragungen vom lokalen Radio während des Festivals. Beitragen könnt ihr, indem ihr eure Bandaufnahmen nach Amsterdam schickt oder in Zusammenarbeit mit Eurem lokalen Sender.

Kontakt:
Stiftung „Europa gegen den Strom", Jodenbeestraat 24

NL-1011 NK Amsterdam, ☎ (0) 20-258979/272643

Netzwerk München

Diskussionsveranstaltung:
„Selbstverwaltung – Oase oder Fata Morgana in der Marktwirtschaft?"
Donnerstag, 20.7.89, 20 Uhr in München, Werkhaus,
Leonrodtstr. 19

BIT e.V.

„Wenn die Computer kommen"
Gestaltungsmöglichkeiten der Arbeit bei Einsatz neuer Techniken im Büro. Immer mehr Gewerkschaften fordern zur Verhinderung negativer Auswirkungen neuer Technik die Beteiligung der Betroffenen. Diese Forderungen können nur in konkreten Fällen vor Ort umgestzt werden. Dieses Seminar soll neben der Darstellung von Alternativen insbesondere „Werkzeuge" für die betriebliche Vorgehensweise zur Gestaltung der Arbeit vermitteln und die notwendigen Rahmenbedingungen diskutieren.
Vom 4. bis 8.9.1989.
Anmeldeschluß: 15.8.1989
Seminargebühr: 1.000,– DM
+ Unterbringung

„Datenschutz- und -sicherheit beim Einsatz von PC"
Mit der starken Verbreitung von PC erhält das Thema ArbeitnehmerInnendatenschutz eine neue Dimension. Dieses Seminar zeigt besondere Merkmale des Datenschutzes bei PC auf, bietet Hilfen um die Risiken zu analysieren und vermittelt konkrete Möglichkeiten für den Datenschutz und die Datensicherheit (mit praktischen Übungen an PC).
Vom 23. bis 27.10.1989.
Anmeldeschluß: 22.9.1989
Seminargebühr: 1.200,– DM
+ Unterbringung

Beide Seminare sind hauptsächlich für Betriebs- und Personalräte, die aufgrund eines ordnungsgemäßen Beschlusses durch ihr Gremium für die Dauer der Seminare von der Arbeit freigestellt werden, gedacht. Die Kostenerstattung wird nach dem BetrVG bzw. dem BPersVG geregelt.
Information & Anmeldung:
Bit e.V.
Postfach 25 01 69
4630 Bochum 1

Frauenbildungs- und ferienhaus e.V.

zum Osteresch 1,
tel. 05457/1513
4447 Hopsten-Schale,

Zwei Wochen Öko- Sommer:
Zimmerei und Lehmbau
16.-28.7.89
Windenergie
10.-15.9.89
Information & Anmeldung:
siehe obige Anschrift

Internationales Kulturzentrum Achberg

Der einzelne Mensch in seinen sozialen Strukturen – Suche nach einer menschengemäßen Gesellschaftsstruktur
Seminarwoche vom 4. bis 12. November 1989 mit 6 Seminarblöcken:
1. Der einzelne Mensch in der Gesellschaft: Bewußtseinsgrundlage des Zusammenlebens – 2. Individualität, Gruppe und Gemeinschaft – 3. Ich und der soziale Zusammenhang: Wie begreifen wir die gegebene Gesellschaft? – 4. Das Streben des Einzelmenschen nach Selbstbestimmung und deren Verwirklichung in der Gesellschaft – 5. „Arbeiten für andere": Alle leben vom gemeinsamen Wirtschaften – 6. Vom Nebeneinander zum Miteinander: Organisieren der „Gerechtigkeit"
Anmeldung & Information:
Humboldt-Haus
8991 Achberg

2. Bio-Markt in der Provence

8. & 9. Juli 1989 in Caumont sur Durance, 13 km südlich von Avignon.
Thema: Der Baum
- Frische Erzeugnisse, Brot, Wein, Honig, Käse...
- Gesundheit und gesunde Ernährungsweise.
- Ökologie, Landwirtschaft und Gartenbau
- Vorträge, Gespräche und eine Ausstellung: „Baum und Umwelt"

Lutter Gruppe

Autonomes Ferien- und Tagungshaus Lutter hat noch Plätze ab August frei. Es ist Teil unserer Burg, auf der wir nach anarchistischen Gesichtspunkten wohnen, arbeiten und lieben. (Diese Ganzheitlichkeit hat es übrigens in sich. Und wenn unsere Gäste es wollen, schildern wir ihnen hautnah unsere Freuden und Leiden des Alltags.)
3372 Lutter am Barenberge
Auf der Domäne
☎ (05383) 18 84
mögl. Mo 19-20 Uhr,
Mi u. Fr 12-13 Uhr

ISO

Kollektives Managment: Was tun

Das kennt jede/r: Mit großem Engagement setzt man sich zusammen, beginnt man ein Projekt, gründet einen Betrieb. Aber schon nach kurzer zeit wird es schwierig: – Arbeiten werden doppelt erledigt – Besprechungen dauern endlos – einige werden zu Machern –.

Dabei ist eine gut funktionierende Teamarbeit der hierarchischen Arbeitsorganisation weit überlegen. An diesem Wochenendseminar könnt Ihr Eure Teamfähigkeit verbessern. Ausgehend von konkreten Arbeitsaufträgen werdet Ihr Methoden zur effektiven Teamarbeit erarbeiten. Ihr werdet lernen, Eure Fähigkeiten und die der Anderen, optimal für gemeinsame Ziele einzusetzen. Alle Aufgaben sind in einem gleichberechtigten Team zu lösen.

Termine: 11.-13.8., 25.-27.8., 8.-10.9., 15.-17.9.
Ort: Tagungshaus Rommerz
Anmeldegebühr: 50,– DM, Gesamtkosten 190,– DM
Anmeldung: M. Paulini
Bachstr. 22
6100 Darmstadt

Sommerseminar Alternative Ökonomie der AG Spak

Das diesjährige Sommerseminar des Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie der AG SPAK findet vom 28.7. bis 7.8.1989 im Autonomen Bildungs–Centrum in 2168 Drochtersen statt. Vorbereitete Themen sind:

1. Selbstverwaltungstheorie: Konzeption neuer Produktionsverhältnisse
2. Genossenschaften und Selbstverwaltungsbetriebe in Europa – Beispiele
3. Organisationsstruktur sozialer Projekte
4. ABM–Kürzungen, Projektperspektiven, Gegenstrategien
5. Tanz: Theorie, Geschichte, Praxis

Eigene Beiträge inhaltlicher und kultureller Art sind erwünscht und können als Arbeitsgruppe oder Abendveranstaltung eingebracht werden!! Information und Anmeldung:
Andrea Gerth
Kronenstr. 16
6800 Mannheim 51
☎: 0621 / 791026

– WIR SETZEN DAGEGEN

...nicht nur mit der monatlich erscheinenden „Zeitung für Selbstverwaltung", sondern auch durch Aktivitäten des CONTRASTE-Vereins zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie. So ist CONTRASTE Mitinitiatorin der geplanten europaweiten Projektemesse in Berlin 1991, wo Projekte und Betriebe aus europäischen Ländern in Ost und West den verstaubten Regeln der alten Ordnung und Unterordnung ihre Vorstellungen von anderen Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensformen entgegensetzen werden – phantasievoll, lautstark und uneinsichtig.

Besser CONTRASTE fördern als die Kohlsuppe fettmachen!

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
Mein Mitgliedsbeitrag beträgt .....DM pro Jahr
(mind. 72,- DM für Einzelpersonen, mind. 200 DM für juristische Peronen)

O Schickt mir erst mal Eure Satzung

O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo

Unterschrift ..... Datum .....

Name, Vorname .....

Straße .....

Wohnort .....

Abonnement

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug. Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird. Wenn das Abo befristet sein soll, bitte extra angeben!

Name: .....

Adresse: .....

Gruppe/Betrieb/Beruf: .....
Abo für 12 Monate 36,– DM (incl. Versand)

Zahlungsweise (zutrefffendes bitte ankreuzen)
O **Einzugsermächtigung:**
Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber: .....

Geldinstitut: .....

Konto-Nr.: .....

BLZ: .....
Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Unterschrift: .....
O **Gegen Rechnung:**
Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlungen auf unser Konto!**
O Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Davon habe ich Kenntnis genommen .....
Datum, Unterschrift

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einsenden.
Für Österreich (336 Schilling im Jahr an: Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1020 Wien.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.